



Hochschule für
Technik und Wirtschaft
des Saarlandes
University of Applied Sciences



Prof. Dr. Dieter Filsinger

Professur für Sozialwissenschaftliche Grundlagen,
Sozialpolitik und Evaluation

Email: dieter.filsinger@htw-saarland.de

Tel.: 0681 58 67 464/462

Forschungsgruppe Bildungs-, Evaluations- und Sozialstudien (ForBES)

Kontakt: Karsten Ries M.A., 0681 5867-476, E-Mail: karsten.ries@htw-saarland.de

Organisation: FITT – Institut für Technologietransfer an der HTW des Saarlandes gGmbH

Empirische Grundlagen für die Entwicklung der Sozialplanung der Kreisstadt Saarlouis

Abschlussbericht

Karsten Ries M.A. (Koordinator), Anna Gädicke B.A. (wissenschaftliche Mitarbeiterin)

Projektleiter: Prof. Dr. Dieter Filsinger

Saarbrücken, im Februar 2013

Inhalt

1	Einleitung	3
2	Grundlagen der Sozialplanung	7
3	Bestandsaufnahme I: Sozialmonitoring	10
3.1	Indikatorengestützte Sozialberichterstattung	11
3.2	Soziale Lagen in Saarlouis	17
3.2.1	Wirtschaftliche Rahmendaten und Arbeitsmarkt	17
3.2.2	Struktur und Entwicklung der Bevölkerung	20
3.2.3	Armut und soziale Problemlagen	23
3.2.4	Zusammenfassende Betrachtung	26
4	Bestandsaufnahme II: Soziale Infrastruktur	27
4.1	Stadtteilperspektive	27
4.2	Zielgruppenperspektive	32
4.2.1	Familie	33
4.2.2	Kinder- und Jugendliche	39
4.2.3	Senioren	42
4.2.4	Behinderte	44
5	Theorie und Praxis der Sozialplanung in Saarlouis	48
5.1	Strukturen und Planungsprozesse in der Kreisstadt Saarlouis	48
5.1.1	Strukturproblematik	48
5.1.2	Projektförmige Planungsweisen	50
5.2	(An-)Passung der Strukturen im Sinne der Sozialplanung	51
6	Handlungsempfehlungen zur (Weiter)Entwicklung der Sozialplanung in Saarlouis	56
6.1	Strukturelle Empfehlungen	56
6.2	Konzeptionelle Überlegungen	58
6.3	Fazit	60
	Literatur	62
	Anhang	65
6.4	Indikatorenset 2011 (Stand Oktober 2012)	66
6.5	Projekte, Angebote und Informationsmaterialien 2012	70

1 Einleitung

Hintergrund, Auftrag und Zielsetzung der Studie

Hintergrund der vorliegenden Studie bildet das Interesse der Kreisstadt Saarlouis an einer (Weiter-)Entwicklung ihrer Sozialplanung. Diese soll mit einem partizipativen Ansatz fortgeschrieben werden. Als Auftrag wurde vereinbart, dass zunächst *empirische Grundlagen* bereitgestellt werden, um zum einen eine Analyse des IST-Zustandes zu leisten, und zum anderen Entwicklungsperspektiven und Optionen erarbeiten zu können. Mit Hilfe des gewonnenen Wissens sollten Diskussion und Entscheidungen auf der kommunalpolitischen Ebene fachlich vorbereitet werden.

Die empirischen Grundlagen sollten nicht nur objektive Daten zur sozioökonomischen und soziodemographischen Entwicklung der Kreisstadt Saarlouis sowie zur lokalen Infrastruktur liefern, sondern auch – im Sinne einer *partizipativen Vorgehensweise* – das Wissen von administrativen, professionellen und lokalen Akteuren zu künftigen Bedarfen und Handlungserfordernissen erheben und systematisch aufbereiten. Eine solche partizipative Vorgehensweise folgt nicht nur dem Stand der einschlägigen Fachdiskussion, sondern knüpft auch an die Tradition der Sozialplanung in Saarlouis an.

Strukturell ist bedeutsam, dass die Sozialplanung der Kreisstadt Saarlouis zumindest drei Planungs- bzw. Politik-Ebenen berücksichtigen muss: den Landkreis, die Stadt und die Stadtteile. Ein zentrales Anliegen des Auftraggebers war es, der *Stadtteilentwicklung* eine besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Diese *sozialräumliche und lebensweltliche Perspektive* entspricht auch dem Stand der neueren Fachdiskussion, die für integrierte, auf *Nachhaltigkeit* abzielende *Stadtteilentwicklungskonzepte* argumentiert. Übereinstimmung bestand dahingehend, dass die besondere Herausforderung darin besteht, dieser *Mehrebenentatsache* Rechnung zu tragen, was letztlich bedeutet, diese Ebenen in integrativer Weise miteinander zu verknüpfen.

Die Kreisstadt stellt sich damit den Herausforderungen, mit denen sich alle Kommunen konfrontiert sehen: mit dem demographischen Wandel und einer strukturell bedingten finanziellen Unterausstattung. Vor diesem Hintergrund ergibt sich im Hinblick auf die Sozialplanung die Aufgabe, eine bedarfsgerechte soziale Infrastruktur (einschließlich Bildungsinfrastruktur) vorzuhalten, die den unterschiedlichen Lebenslagen, Lebenswelten und Lebensstilen der Bürgerinnen und Bürger (einschließlich jener mit nicht-deutscher Staatsbürgerschaft bzw. mit Migrationshintergrund) Rechnung trägt und diesen Verwirklichungschancen eröffnet, aber gleichzeitig die kommunalen Haushalte im Blick hat. In diesem Zusammenhang empfiehlt etwa auch der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge eine *integrierte Sozialplanung* (vgl. DV 2011).

Konzeption der Studie und Projektverlauf

Die Studie sollte empirische Grundlagen für die Weiterentwicklung der städtischen Sozialplanung bereitstellen. Vorgeschlagen wurde ein *methodenplurales Konzept*, das quantitative und qualitative Analysen miteinander verknüpft. Der erwartete partizipative Ansatz verlangt insbesondere qualitative Methoden, mit Hilfe derer die Sichtweisen und Vorstellungen der verschiedenen Akteure erhoben werden können. Eine bürger- und bedarfsorientierte Planung erfordert eine *breite Akteur-Beteiligung*. Einzubeziehende sind politische Akteure, Akteure aus den Fachbereichen der Stadt, professionelle Experten aus einschlägigen Einrichtungen, aber auch Akteure der Zivilgesellschaft, die sich durch eine besondere sozialräumliche Kundigkeit auszeichnen. Im Zentrum steht die Stadt mit ihren Stadtteilen, wobei den Stadtteilen eine herausragende Bedeutung zukommt, insofern die städtische

Sozialplanung die lokalen Entwicklungen und Bedarfe aufgreifen und bearbeiten muss. Die Einbindung der Stadt in den Landkreis und der Anspruch einer integrativen Planung verlangt auch eine Einbeziehung von politischen Akteuren und Fachbereichen des Landkreises Saarlouis.

Die Konzeption der Studie (vgl. Abbildung 1) sah verschiedenen Phasen vor, die in enger Abstimmung mit dem Auftraggeber konkretisiert wurden.

(1) In einem ersten Schritt sollte ein *Auftaktworkshop* durchgeführt werden, an dem die Steuerungsgruppe Sozialausschuss, VertreterInnen des Stadtrates, Amtsleitungen, Beiräte (z. B. Frauenbeirat) und die Sozialpartner der Stadt beteiligt sein sollten. Ziel des Workshops sollte es sein, die Erwartungen und Vorstellungen der genannten Akteure zur Sprache zu bringen und so zu konkretisieren und zu systematisieren, dass die Studie angemessen strukturiert und praktisch realisiert werden kann. Der Workshop sollte auch dazu dienen, die Beteiligung der Fachbereiche in den verschiedenen Phasen der Studie zu klären und Verabredungen zu gelangen. Der Workshop, der Anfang 2012 stattfand, wurde von der Projektgruppe des Auftragnehmers vorbereitet, moderiert, ausgewertet und dokumentiert. Die Dokumentation liegt als eigenständiges Dokument vor. Im Vorfeld wurde über eine Onlinebefragung eine erste Einschätzung zur sozialen Lage der Stadt Saarlouis und ihrer Stadtteile durchgeführt, die in diesem Rahmen diskutiert wurden.

Abbildung 1: Konzeption der Studie



(2) In einem zweiten Schritt (Analyse des IST-Standes) sollten die vorliegenden – für die Sozialplanung relevanten – Daten und Dokumente gesichtet und systematisch ausgewertet werden (*Dokumentenanalyse und sekundärstatistische Analyse*). Als zentraler Anknüpfungspunkt ist in diesem Zusammenhang das städtebauliche Entwicklungskonzept der Stadt Saarlouis zu betrachten, das bereits erste Hinweise auf (sozial)räumliche Gestaltungsanforderungen enthält (vgl. FIRU 2009).

Dieser Schritt bildete den Schwerpunkt der Studie. Die vorhandenen statistischen Daten wurden gesichtet, systematisiert und mit Blick auf die Sozialplanung einer *Sekundäranalyse* unterzogen. Hierbei wurde insbesondere auf die Daten aus der Sozialberichterstattung der Stadt (Stand: Juni 2010) zurückgegriffen. Die Daten wurden aktualisiert und ergänzt, wobei keine eigenen Erhebungen durchgeführt werden sollten und konnten. Die einbezogenen Daten bilden den aktuell verfügbaren Datenstand ab (Stand Oktober 2012). Vor dem Hintergrund der Datenlage lassen sich zumindest vorläufige Bedarfsabschätzungen für die Sozialplanung formulieren. Darüber hinaus wurde eine Reihe von leitfadengestützten *ExpertenInneninterviews* zur Praxis der Sozialplanung in Saarlouis durchgeführt. Vor dem Hintergrund der Mehrebenentatsache wurden auch ausgewählte Expertinnen/Experten aus dem Landkreis einbezogen. Auf dieser Basis werden Handlungsempfehlungen formuliert, wie die kommunale Sozialplanung perspektivisch weiterentwickelt werden kann.

(3) In einem weiteren Schritt sollten die ‚harten Daten‘ aus der Sozialberichterstattung ergänzt werden durch die *Sichtweisen von administrativen, professionellen und Träger-Akteuren (Sozialwirtschaft) sowie von solchen der Zivilgesellschaft*, wobei sowohl die Ebene der Stadtteile als auch die der Gesamtstadt einbezogen sein sollte. In diesem Zusammenhang waren auch Stadtteilworkshops vorgesehen. Im Kern sollte es zum einen um die Einschätzung und Bewertung des IST-Zustandes und zum anderen um die Ermittlung von Zukunftsvorstellungen und Erfordernissen für die soziale Infrastruktur gehen. Diese avisierte Aufgabe wurde zum Teil durch die Experteninterviews (siehe Schritt 2) realisiert; von einer breiten Erhebung der Akteurperspektiven und von einer Durchführung von Stadtteilworkshops wurde jedoch in Abstimmung mit dem Auftraggeber abgesehen, da sich der zweite Schritt als sehr aufwendig erwies. Vereinbart wurde den Schwerpunkt auf den Schritt 2 der Studie zu legen und *die unerlässliche Einbeziehung der Stadtteilebene im Rahmen einer weiteren Projektphase zu realisieren*.

Diese Entscheidung war auch der Erkenntnis im Projektverlauf geschuldet, dass die Planungsprozesse in der Stadt genauer zu betrachten sind (vgl. Kapitel 2: Grundlagen der Sozialplanung). Eine angemessene, einvernehmlich vereinbarte Prozessstruktur stellt, – neben einer fundierten Datengrundlage –, nämlich eine zentrale Voraussetzung für eine gelingende Sozialplanung dar.

(4) Der ursprünglich geplante *Abschlussworkshop* wurde einvernehmlich zurückgestellt. Zunächst sollten die Kernergebnisse in einem Abschlussbericht für die Gremien der Stadt dokumentiert werden, auf deren Grundlage dann weitere Schritte, insbesondere eine vertiefende Analyse von Sozialräumen, geplant werden können.

Zum Bericht

Nachdem bereits im Dezember 2012 ein Zwischenbericht vorgelegt wurde, bündelt dieser Abschlussbericht alle relevanten Ergebnisse des Projektvorhabens. Der Bericht enthält keine Empfehlungen, in welchen Feldern sich die Kreisstadt Saarlouis künftig engagieren soll. Diese Frage ist insofern nachgelagert, als es zunächst darum gehen sollte, die empirischen Grundlagen für die Sozialplanung zu erheben und zu analysieren. Diese Aufgabe bildet einen Schwerpunkt des Berichts, wobei die vorgefundenen Strukturen und Prozesse der Sozialplanung in der Kreisstadt Saarlouis unter der Perspektive sozialplanerischer Anforderungen analysiert und reflektiert werden. Einen zweiten Schwerpunkt bildet der Vorschlag für ein Indikatoren gestütztes Monitoringsystem, das als Grundlage für die künftige Sozialplanung dienen kann. In diesem Zusammenhang werden auch die bisherigen Anstrengungen der Stadt für eine kontinuierliche Sozialberichterstattung zusammengetragen und im Anschluss

systematisch und handlungsorientiert aufbereitet. Insgesamt wird somit eine Bestandsaufnahme als Ausgangspunkt für die eigentliche Sozialplanung vorgelegt.

In Kapitel zwei werden die theoretischen Grundlagen von Sozialplanung erörtert. Davon ausgehend wird in Kapitel drei (Bestandsaufnahme I) ein Modell für ein Sozialmonitoring (Indikatoren gestützte Sozialberichterstattung) vorgestellt, das die Grundlage für eine Analyse der sozialen Lagen in Saarlouis bildet (IST-Analyse „harter“ Daten). Kapitel vier leistet eine Analyse der sozialen Infrastruktur unter Berücksichtigung von Stadtteilen und Zielgruppen (Bestandsaufnahme II), die auf einer Dokumentenanalyse und ExpertenInneninterviews basiert. In Kapitel fünf stehen Theorie und Praxis der Sozialplanung in Saarlouis im Vordergrund, wobei Strukturen und Prozesse differenziert analysiert und bewertet werden. Das abschließende Kapitel sechs enthält Handlungsempfehlungen zur (Weiter-) Entwicklung der Sozialplanung.

2 Grundlagen der Sozialplanung

Kontexte

Sozialberichterstattung und Sozialplanung wurden in den 1970er Jahren als Instrument gesellschaftlicher Reformen breit thematisiert. Auf der Bundesebene ist in der Folge die Sozialberichterstattung breit etabliert worden. Zu denken ist dabei vor allem an die Sozialberichte, die Kinder- und Jugendberichte, die Alten- und Familienberichte (vgl. Filsinger 2013). Ab Mitte der 2000er Jahren kommt eine umfangreiche Bildungs- und Integrationsberichterstattung hinzu. Auf der kommunalen Ebene ist die Sozialberichterstattung nicht in der Breite eingeführt worden. Vor allem in größeren Städten wurden jedoch Konzepte der Sozialplanung mit experimentellem Charakter eingeführt. In den die Praxis begleitenden wissenschaftlichen und fachlichen Diskursen wurden bereits Fragestellungen erörtert, die in der heutigen Debatte erneut aufkommen. So etwa die Frage nach der Partizipation der Bevölkerung an Planungsprozessen oder die Frage nach den kommunalen Handlungsspielräumen (vgl. Filsinger 2000; Kessl u. a. 2005).

Die Einführung von Sozialberichterstattung und Sozialplanung ist nur vor dem Hintergrund einer allerdings nicht sehr lange dauernden Reformeuphorie angemessen zu verstehen. Bereits in den 1980er Jahren verliert diese Reformeuphorie, insbesondere vor dem Hintergrund ökonomischer Problemstellungen und gesellschaftlicher Gegenbewegungen, an Dynamik. Eine Ernüchterung über die Chancen gesellschaftlicher Steuerung macht sich breit (vgl. Filsinger 2013). Eine elaborierte Sozialplanung hat sich nur in einigen Städten Geltung verschaffen werden können. In den 1990er Jahren gerät Sozialplanung gegenüber dem aufkommenden „Neuen Steuerungsmodell“ deutlich in den Hintergrund, mit einer Ausnahme. Mit der Einführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) im Jahr 1991 wird die Bedeutung von Planung erneut thematisiert und eine Planungs- und Partizipationsverpflichtung festgeschrieben (Kinder- und Jugendhilfeplanung). Der Diskurs über Planung blieb jedoch weitgehend auf dieses Feld begrenzt.

Ab den 2000er Jahren deutet sich ein erneuter Bedeutungsgewinn von Sozialberichterstattung und Sozialplanung an. Eng verknüpft mit Konzepten des Monitoring, der Evaluation und des Qualitätsmanagements (vgl. Filsinger 2013). Vor dem Hintergrund erheblicher sozialer Problemstellungen im Zusammenhang mit Migration und Disparitäten in der Stadtentwicklung (sozialräumliche Polarisierung), um nur zwei bedeutende Herausforderungen zu nennen (vgl. Baum 2007; Filsinger 2008), wächst der politische Bedarf an wirkungsorientierter Steuerung (vgl. Heinelt 2004; Filsinger 2008; 2011; Stockmann 2007), wobei auf kommunaler Ebene insbesondere die notorische Ressourcenknappheit das Interesse an Steuerung motiviert. Hinzukommt das wieder erwachte Interesse an Stadt-, Stadtteil- und Quartiersentwicklung (Sozialraumentwicklung), im Rahmen derer Sozialplanung eine herausragende Bedeutung zukommt (vgl. Kessl u. a. 2005; Filsinger 2008).

Theoretisch-konzeptionelle Grundlagen

Kommunale Sozialplanung ist als Bestandteil kommunaler Sozialpolitik zu begreifen, wobei Sozialpolitik breit zu verstehen ist. Als *Politik zur Daseinsvorsorge* und als *Politik zur Beeinflussung von Lebenslagen*. In einem breiten Verständnis zählen hierzu die Stadtentwicklungspolitik, die lokale Arbeitsmarktpolitik, die Bildungspolitik, die lokale Gesundheitspolitik etc. sowie adressatenspezifische Politiken (z. B. für Kinder und Jugendliche, Familien, Alte). Zumindest weist kommunale Sozialpolitik enge Bezüge zu den genannten Teilpolitiken auf, die in ihren Wechselwirkungen zu berücksichtigen sind (Querschnittsfunktion von Sozialplanung). Wie breit kommunale Sozialpolitik und kommunale

Sozialplanung gefasst werden, liegt im Ermessen der jeweiligen Kommune. Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge plädiert für ein breites Verständnis von Sozialplanung: „Sozialplanung in den Kommunen ist die politisch legitimierte, zielgerichtete Planung zur Beeinflussung von Lebenslagen von Menschen, der Verbesserung ihrer Teilhabechancen sowie zur Entwicklung adressaten- und sozialraumbezogener Dienste, Einrichtungen und Sozialleistungen in definierten geografischen Räumen. Sie geht über die dem Sozialwesen direkt zugeordneten Leistungen, Maßnahmen und Projekte hinaus“ (DV 2011, S. 4).

Mit dieser Definition ist bereits die Zielsetzung von Sozialplanung skizziert. Die Definition von Sozialplanung im Handbuch „Moderne Sozialplanung“ des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (vgl. Reichwein u.a. 2011) reflektiert den Stand der neueren Fachdiskussion und erscheint deshalb zur Zielkonkretisierung besonders geeignet: „Moderne Sozialplanung ist Steuerungsunterstützung“. Sie analysiert die soziale Lage und Entwicklung im Sozialraum, in der Kommune und in ihrem Umfeld. Sie formuliert unter Beteiligung der betroffenen und der „Stakeholder“ Vorschläge für Ziele und Kennzahlen kommunaler Sozialpolitik. Sie entwickelt innovative Produkte und Prozesse mit Blick auf deren Wirkung und den Ressourceneinsatz. Sie unterstützt die Verwaltungsführung, andere Fachressorts und die Politik im Sinne einer integrativen Planung unter dem Dach von Stadt-/ Kreisentwicklungsplanung. Sie ist Grundlage einer ziel- und wirkungsorientierten Sozialpolitik sowie einer bedarfsgerechten sozialen Infrastruktur“ (S. 38).

Grundlagen und Prinzipien für eine kommunale Sozialplanung bilden:

- Ein *Monitoring* und eine kontinuierliche Indikatoren gestützte *Sozialberichterstattung*, die sich quantitativer und qualitativer Methoden bedient,
- die Orientierung an *Sozialräumen* (Stadtteilen, Quartieren), *Visionen und Leitziele*,
- eine *partizipative Vorgehensweise*,
- die sowohl die Einbeziehung der verschiedenen *Managementebenen* als auch
- die Einbeziehung von *Stakeholdern und Betroffenen* betrifft,
- ein *systematisches, methodisches kontrolliertes Vorgehen*,
- die integrative Berücksichtigung von *Ressourcen*, sowie
- die *Evaluation und Wirkungsanalyse* von Politiken, Programmen, Projekten und Maßnahmen (vgl. u. a. Reichwein 2011; Filsinger 2008).

Der Verein für Sozialplanung e.V., für führende Vereinigung für Fragen der Sozialplanung in Deutschland, hat diese Aspekte konkretisiert und überdies normativ unterlegt. Diese Einlassungen erscheinen als Orientierung für die kommunale Sozialplanung ausgesprochen geeignet:

- *Soziale Gerechtigkeit* als Perspektive: Parteilichkeit bei der Verteilung von grundlegenden Lebenswerten, d. h. Ressourcen und Chancen gesellschaftlicher Teilhabe als Leitmotiv und Handlungsauftrag, insbesondere die sozialen Schäden aus struktureller Ungleichheit und segregierten Lebenswelten zu mindern und zu vermeiden,
- *Lebensweltbezug*: Reale soziale Kontexte und individuelle Lebenslagen als Gradmesser für sozialpolitische Ziele und Maßnahmen zur Förderung von Eigenverantwortung und selbst bestimmter Lebensführung,
- *Demokratische Legitimierung von Zielen und Konsensbildung*: Sachverständige Moderation im sozialpolitischen Zielfindungs- und Aushandlungsprozess zwischen öffentlichen Akteuren

und nicht-öffentlichen Partnern für eine sozial orientierte Entwicklung von Städten, Kreisen und Gemeinden,

- *Einbindung auf der Managementebene zur Steuerungsunterstützung:* Fach- und verwaltungsübergreifende Koordination; die Prozessqualitäten der Planung sollen in den Managementkreisläufen der Umsetzung erhalten bleiben; Ergebnissicherung und Wirkungskontrolle gehören in diesem Kontext in das Pflichtprogramm der Planung,
- *Lobby- und Vernetzungsfunktion:* Angemessener Zugang zu sozialpolitischen Institutionen, zur Lobby- und Netzworkebildung auf den verschiedenen Planungs- und Entscheidungsebenen“ (vgl. Reichweis u. a. 2011, S. 11f.; Vorwort des Vereins für Sozialplanung e.V.).

Im Gegensatz etwa zur Kinder- und Jugendhilfeplanung, die auf einen klaren gesetzlichen Auftrag verweisen kann (§§ 79, 80 SGB VIII), ist die Sozialplanung von Rechts wegen nicht reguliert und findet sich nicht per se in den kommunalen Verwaltungsstrukturen wieder. Die Planungsverantwortung in relevanten Bereichen (Jugendhilfeplanung, Altenhilfeplanung, Verkehrs- oder Schulentwicklungsplanung etc.) ist häufig in verschiedenen Zuständigkeitsbereichen angesiedelt, die zumeist unterschiedlichen Gesetzgebungen und somit anderen Verwaltungslogiken folgen (sektoraler Aufgabenvollzug). Demgegenüber erzwingt Sozialplanung (...) geradezu eine integrierte Perspektive. Die verschiedenen Orientierungen sind Teile eines Ganzen, die jeweils spezifische Dimensionen und Perspektiven in den Blick nehmen (Wunderlich/Hensen 2010, S. 293). Bei der Realisierung eines solchen übergreifenden Planungsvorhabens ist insofern mit unterschiedlichen Akteurperspektiven, Planungskulturen und Steuerungserwartungen zu rechnen (vgl. Merchel 2010, S. 752ff.).

Ablauf der Sozialplanung

Die Vorgehensweise einer integrierten Sozialplanung kann nach Reichwein/Berg (2011, S. 42f.) in vier grobe Schritte gegliedert werden (vgl. Abbildung 2). Nach einer grundlegenden Analyse der Ausgangssituation sind zunächst Ziele und Handlungsfelder festzulegen, die in ein operatives Programm in Form von Maßnahmen übersetzt werden. Die Maßnahmen werden kontrolliert implementiert. Sozialplanung ist dabei als ein Kreislauf zu verstehen und nicht nach einmaligem Durchlaufen des Zyklus abgeschlossen.

Abbildung 2: Schritte der Sozialplanung



Die integrierte Perspektive legt nahe, dass im Rahmen der Sozialplanung aller relevanten Planungsstellen und -bereiche gemeinsam betrachtet werden. Schwerpunktsetzungen sind dabei selbstverständlich möglich, wenn nicht gar erforderlich, um die Komplexität der kommunalen Aufgaben auf ein handhabbares Maß reduzieren zu können. Sozialplanung ist als ein gesamtstrategischer Prozess zu begreifen, der aber mehr ist als die bloße Summe isolierter Einzelprozesse. In diesem Sinn bildet sie einen Rahmen, in dem unterschiedliche Fachplanungen zusammengefasst werden, um eine gemeinsame (beteiligungorientierte) Entwicklungsplanung zu ermöglichen. Die konkrete Ausgestaltung dieses strategischen Steuerungsprozesses kann im Spannungsfeld zwischen zentraler vs. dezentraler Verantwortungsverteilung von Kommune zu Kommune verschieden ausgeprägt sein (vgl. Reichwein/Berg 2011, S. 30).

3 Bestandsaufnahme I: Sozialmonitoring

Ein wesentlicher Bestandteil der Sozialplanung ist die Sozialberichterstattung über Lebenslagen der Bevölkerung in ihren sozialräumlichen Bezügen. Die indikatorengestützte Sozialberichterstattung auf kommunaler Ebene mit dem Ziel, Informationen über die Lebensverhältnisse und Lebenslagen der Bevölkerung bereitzustellen, gewinnt bundesweit an Konjunktur. Dabei werden in allen Kommunen trotz heterogener Ausgangslagen vergleichbare Schwierigkeiten offenkundig. Sie bestehen im Wesentlichen in den Fragen der Indikatorenauswahl sowie damit einhergehend in der Verfügbarkeit entsprechender Datenquellen. Erschwerend kommen hierbei die strukturellen Änderungen im System der Sozialversicherung und Existenzsicherung zum Tragen. In ihrer Folge wurden bislang etablierte Strukturindikatoren aufgehoben und durch neue ersetzt. Die statistischen Ämter des Bundes und der Länder haben mittlerweile auf den steigenden, kleinräumigeren Datenbedarf reagiert und ihr Datenangebot entsprechend angepasst.¹ Gleichwohl ist an dieser Stelle nach wie vor erheblicher Handlungsbedarf zu konstatieren.

Zwischenzeitlich haben eine ganze Reihe von Kommunen eigene Indikatoren gestützte Monitoringssysteme entwickelt.² Ein einheitliches Verfahren existiert bis dato jedoch nicht, was angesichts der je spezifischen Voraussetzungen in den verschiedenen Kommunen wenig erstaunt. Dennoch lassen sich übereinstimmende Grundanforderungen an die gewählten Indikatoren benennen (vgl. MAGS NRW 2007, S. 533):

- Stichtagsbezug zur kontinuierlichen Erfassung und Fortschreibung;
- Raumbezug, um kleinräumige Analysen zu ermöglichen;
- Berücksichtigung demografischer Grundstandards (Alter, Geschlecht, wenn möglich Migrationshintergrund³);
- Zielgruppen- bzw. handlungsfeldbezogenen Aussagewert für die kommunale Sozialberichterstattung.

Die Daten der amtlichen Statistik erscheinen in diesem Zusammenhang besonders geeignet, auch wenn sie nicht alle Anforderungen aus Perspektive der kommunalen Sozialplanung vollständig berücksichtigen. Insbesondere die tiefe räumliche Gliederung ist in der Regel nicht vorhanden. So sind zwar Indikatoren gestützte Aussagen auf Ebene der Gesamtstadt möglich, diese spiegeln aber nicht die Heterogenität der städtischen Teilräume wieder. Die Stadt Saarlouis hat bereits Ansätze in Richtung einer Sozialberichterstattung vorgelegt. Ihr fehlt im Kern jedoch noch eine grundlegende konzeptionelle Fundierung sowie eine entsprechende Datengrundlage.

¹ Vgl. <http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/>. Die Indikatoren, die auf dieser Plattform zur Verfügung gestellt werden, stammen überwiegend aus Stichprobenerhebungen (Mikrozensus, EU-SILC), deren Tiefengliederung für die Bedarfe im Rahmen der Sozialplanung der Kreisstadt Saarlouis nicht ausreichend ist.

² Es handelt sich hierbei zumeist um größere Städte, die insgesamt andere Strukturen und Ressourcen aufweisen als dies in Saarlouis der Fall ist. Im Jahr 2007 hat das Land Nordrhein-Westfalen in einem projektförmigen Modellvorhaben mit mehreren Städten versucht die kommunale Ebene in der Sozialplanung stärker einzubeziehen (vgl. MAGS NRW 2007). Erst kürzlich hat auch die Stadt Saarbrücken ein Monitoringsystem implementiert, das in den kommenden Jahren erprobt wird.

³ Die Erfassung des Migrationshintergrundes ist in der amtlichen Statistik noch nicht durchgängig implementiert. Alternativ kann auf das Merkmal „Ausländer“ bzw. „Nicht-Deutsche“ zurückgegriffen werden, wobei zu berücksichtigen ist, dass damit nur ein Teil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund erfasst wird.

Im Folgenden wird eine zweigleisige Vorgehensweise vorgeschlagen, bei der zunächst ‚harte Daten‘ gestützte Indikatoren vorgeschlagen werden, die ein regelmäßiges Monitoring der Lebenslagen in der Stadt ermöglichen sollen. Angesichts der Datenlage und -verfügbarkeit ermöglichen sie eine zunächst noch recht grobe Beschreibung der Ist-Situation, die durch weiche, qualitativ ausgerichtete Indikatoren und (Experten-)Einschätzungen zu ergänzen ist. Perspektivisch ist auch die Bevölkerung selbst in die Sozialberichterstattung ihrer eigenen Lebenswelt (Quartiersbezug) einzubeziehen, um die Datenbasis weiter zu ergänzen.

3.1 Indikatoren gestützte Sozialberichterstattung

Die kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement hat für ein Sozialmonitoring insgesamt sieben verschiedene Handlungsfelder mit 20 Indikatoren vorgeschlagen. Allerdings sind nicht alle genannten Merkmale aktuell für Saarlouis verfügbar. Insofern ist das vorgeschlagene Indikatorensystem (vgl. Tabelle 3)⁴ als Arbeitsgrundlage zu verstehen, die perspektivisch ergänzt werden soll. Es umfasst wesentlich sozio-ökonomische Kennzahlen, die überwiegend von der Bundesagentur für Arbeit sowie dem Statistischen Landesamt Saarland bereitgestellt wurden. Sie umfassen die Bereiche Bevölkerungs- und Haushaltsstruktur, Arbeitsmarkt- und Existenzsicherung sowie Erziehung, Bildung und soziale Infrastruktur. Der Vorteil einer solchen kontinuierlichen Datenbasis ist insbesondere in den daraus resultierenden Synergieeffekten zu sehen. Auch in Zukunft wird die Stadt in Teilbereichen Studien in Auftrag geben, um bestimmte Aspekte näher zu beleuchten. Die grundlegenden Rahmen-daten müssen nicht erneut erhoben bzw. beschafft werden. Vielmehr können Studien somit auf einer einheitlichen Datengrundlage aufbauen.

Abbildung 3: Handlungsfelder und Indikatoren des Sozialmonitorings



Quelle: KGSt M1/2009; zit. Nach Reichwein/Berg 2011, S. 45

⁴ Die vorgeschlagenen Indikatoren sind wesentlich dem Indikatorenkatalog der Stadt Saarbrücken entnommen, der im Kern auf den Empfehlungen des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2009) aufbaut.

Vorstellung und Erläuterung des Indikatorensystems

Das vorgeschlagene Indikatorensystem umfasst insgesamt sieben Bereiche mit zusammen 42 Indikatoren und Kennzahlen. Den zahlenmäßigen Schwerpunkt bilden die Angaben zur demographischen Entwicklung sowie zur Arbeitsmarktintegration und Existenzsicherung. Sie spiegeln damit zentrale Bereiche der amtlichen Statistik wieder. Die übrigen Bereiche umfassen hingegen nur wenige ‚harte‘ Indikatoren. Angesichts der möglichen Aussagekraft der Indikatoren erscheint insgesamt eine qualitative Erweiterung der Betrachtung und Beschreibung geboten. Zudem erscheint die Identifizierung weiterer geeigneter Datenquellen bzw. einer im Hinblick auf Sozialplanung bedarfsorientierten Erfassung und Aufbereitung von Daten sinnvoll.

Tabelle 1: Bereiche und Zahl der Indikatoren

Bereich		Anzahl Indikatoren
1	Bevölkerung und Altersstruktur	10
2	Bevölkerungsveränderung	3
3	Haushalte	4
4	Arbeitsmarktintegration und Existenzsicherung	20
5	Partizipation	1
6	Erziehung, Bildung, soziale Infrastruktur	2
7	Wohnen	2
Summe		42

Bevölkerungs (-entwicklung) und Altersstruktur

Die Bevölkerungsentwicklung und die Altersstruktur der Bevölkerung stellen grundlegende Basisbezugsgrößen zahlreicher statistischer Kennziffern dar. Im Fokus steht dabei die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Geschlecht, Alter und Herkunft. Die amtliche Statistik ist darum bemüht, den Migrationshintergrund der Bevölkerung sukzessive detaillierter zu berücksichtigen. Bislang wird in den meisten Statistiken jedoch nur zwischen deutschen und nicht-deutschen Personen (Ausländer) unterschieden. Die hier vorliegende Fassung der Datengrundlage beschränkt sich aus Gründen der Einheitlichkeit auf die letztgenannte Unterscheidung, wobei zu berücksichtigen ist, dass die Zahl der Ausländer deutlich unter der, der Personen mit Migrationshintergrund liegt.

Neben dem aktuellen Stand der Bevölkerung⁵ (Strukturindikator) ist auch die Bevölkerungsentwicklung eine wichtige Kennziffer. Sie wird wesentlich von zwei Faktoren beeinflusst – der Zahl der Geburten und Sterbefälle (natürliche Bevölkerungsentwicklung) sowie den Wanderungsbewegungen (Zahl der Zu- und Fortzüge). Für eine prospektive Planung ist auch die Abschätzung zukünftiger Entwicklungen zentral; auch wenn diese Vorausschätzungen komplex und immer mit erheblichen Unsicherheiten verbunden sind.⁶

Für die Sozialplanung von besonderem Interesse ist auch der Altersaufbau der Bevölkerung, da hiervon die Bereitstellung altersspezifischer Infrastrukturangebote sowie sozialer Dienstleistungen unmittelbar betroffen ist.⁷

Haushalte

Die Zahl der Haushalte ist eine wichtige Basisgröße im Hinblick auf den Wohnbedarf. Zu beachten ist hierbei, dass Angaben zur Zahl der Haushalte aus den Angaben des Mikrozensus⁸ gewonnen werden. Angaben auf dieser Basis sind lediglich bis zur Kreisebene verfügbar. Dennoch ermöglichen die Zahlen auch eine Abschätzung der Tendenz für die Kreisstadt Saarlouis. Neben der (hochgerechneten) Zahl der Haushalte insgesamt weist die Statistik zudem die Anteile der Einpersonenhaushalte, der

⁵ Stichtag für die Bevölkerungsfortschreibung ist jeweils der 31.12. eines Jahres.

⁶ Im Rahmen dieses Berichts wird keine eigene Vorausberechnung zur künftigen Bevölkerungsentwicklung vorgenommen.

⁷ Vgl. Tabelle 3 zur Differenzierung der betrachteten Altersgruppen.

⁸ Der Mikrozensus ist eine rotierende Panelerhebung bei 1% der Privathaushalte.

Haushalte mit Kindern (unter 18 Jahren) sowie der Haushalte mit einem Haushaltsnettoeinkommen unterhalb von 900 Euro aus. Diese Kennziffern können als Indikatoren für Vereinzelung, besondere Bedarfe für Familien mit Kindern bzw. im Zusammenhang mit Armutsgefährdung interpretiert werden.

Arbeitsmarktintegration und Existenzsicherung

Die Teilhabe am Arbeitsmarkt ist ein wesentliches Bestimmungsmerkmal der sozialen Lage. Zentrale Kennziffern sind daher Beschäftigungsstand und -entwicklung sowie Arbeitslosigkeit,⁹ differenziert nach Geschlecht und Herkunft. Im Rahmen der Arbeitsmarktforschung wird bei den Gruppen der Jüngeren (unter 25 Jahre) sowie der Älteren (ab 55 Jahren) ein besonderer Unterstützungsbedarf unterstellt (Einmündung in bzw. Austritt aus dem Erwerbsleben).

Der *Systemwechsel in der Existenzsicherung* im Zuge der Reformen über moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt stellt die Kommunen vor erhebliche Herausforderungen im Bereich der Daseinsvorsorge. Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe geht einerseits eine erhebliche Ausweitung des Armutspotenzials auf kommunaler Ebene einher, die eine Anpassung der kommunalen Berichtssätze an die neue Form der Leistungsgewährung erforderlich macht. Zudem ist eine einfache Übertragung einkommensbezogener Armutsmaße, wie sie in den gängigen Berichtssystemen des Bundes und der Länder Verwendung finden, auf kommunaler Ebene nicht möglich (MAGS NRW 2007, S. 384f.). Armutsgefährdete Lebenslagen können im Rahmen dieses Berichts nur über den Bezug staatlicher Transferleistungen erhoben werden. Dabei ist zu beachten, dass weder der Bezug solcher Leistungen unmittelbar als Armutslage, noch der Nicht-Bezug als deren Ausschluss interpretiert werden kann.

Im Bereich der Mindestsicherung verfügt die amtliche Statistik über Informationen aus den Rechtskreisen des SGB II, SGB III und SGB XII.¹⁰ Darin ist wesentlich das Leistungsrecht geregelt (vgl. Tabelle 2).

⁹ Als arbeitslos gelten Personen ohne Beschäftigungsverhältnis oder wenn sie weniger als 15 Stunden pro Woche arbeiten, eine versicherungspflichtige Beschäftigung suchen bzw. für Vermittlungsversuche zur Verfügung stehen und bei der Agentur für Arbeit gemeldet sind.

¹⁰ Des Weiteren sind auch Leistungen aus den Sicherungssystemen des Bundesversorgungsgesetz sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes zu nennen. Aufgrund geringer Fallzahlen können diese in der Betrachtung allerdings vernachlässigt werden.

Tabelle 2: Mindestsicherungssysteme und darin enthaltene Indikatoren

Rechtskreis	Leistungen
SGB II	<p>Arbeitslosengeld II</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Erwerbsfähige Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren <p>Sozialgeld</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Nichterwerbsfähige Personen, die mit erwerbsfähigen Personen in einer Bedarfsgemeinschaft leben, soweit diese über kein oder kein ausreichendes Einkommen verfügen.
SGB III	<p>Arbeitslosengeld I</p> <p>Arbeitsförderung</p>
SGB XII	<p>Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (Kap. 3)</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Kinder- und zeitweise Erwerbsgeminderte unter 65 Jahren, die nicht mit erwerbsfähigen Personen in einer Bedarfsgemeinschaft leben <p>Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Kap. 4)</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Personen ab 18 Jahren, die dauerhaft voll erwerbsgemindert sind und Personen ab 65 Jahren

Ohne Asylbewerberleistungsgesetz und Bundesversorgungsgesetz.

Nach Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2009, S. 6.

Im Einzelnen werden im vorgeschlagenen Indikatorensystem die Zahl der Leistungsempfänger nach SGB II insgesamt erfasst, differenziert nach Geschlecht und Herkunft, sowie insbesondere der Anteil der Kinder in dieser Gruppe (Kinderarmut). Zudem werden die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (eLb)¹¹ ausgewiesen und die Zahl der Bedarfsgemeinschaften,¹² in denen die Bezugsberechtigten leben.

Die Grundsicherung im Alter nach SGB XII umfasst Personen, die nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben auf Transferleistungen angewiesen sind. Ihre Zahl, differenziert nach Geschlecht und Herkunft, gibt einen Hinweis auf das mögliche Ausmaß von Altersarmut.

Partizipation – Erziehung, Bildung, soziale Infrastruktur – Wohnen

In diesen drei Bereichen ist die verfügbare Datengrundlage im Vergleich zu den vorhergehenden Bereichen erheblich eingeschränkt.

- Einen Hinweis auf *Partizipation* enthält die amtliche Statistik lediglich in Form der Wahlbeteiligung. Die Aussagekraft dieses Indikators ist als eingeschränkt zu betrachten.
- Verlässliche Angaben zu *Erziehung, Bildung und soziale Infrastruktur* liegen lediglich für Krippen- und Kitaplätze vor, wobei die Erfassung im Hinblick auf die Sozialplanung mit Problemen behaftet ist. Im *schulischen Bereich* ist in Rechnung zu stellen, dass die Stadt Saarlouis im Landkreis einen zentralen Schulstandort darstellt, so dass bei den Schülerzahlen Verzerrungen aufgrund unterschiedlicher territorialer Bezugsgrößen (Wohnortprinzip vs. Schulstandort) zu Buche schlagen. Die *soziale Infrastruktur* wird in der amtlichen Statistik überhaupt nicht erfasst. An dieser Stelle sind alternative Datenquellen zu erschließen.
- Der *Wohnbereich* wird in der amtlichen Statistik nur unzureichend erfasst. Es liegt lediglich die Zahl der Wohnungen insgesamt vor.¹³

¹¹ Als erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb) gelten Personen, die das 15. Lebensjahr vollendet und die Altersgrenze nach § 7a SGB II noch nicht erreicht haben, die erwerbsfähig und hilfebedürftig sind.

¹² Als Bedarfsgemeinschaft gelten Personen, die im selben Haushalt leben und gemeinsam wirtschaften.

¹³ Tiefer gehende Analysen der Studie zur Entwicklung des Wohnungsmarktes in Saarlouis (InWIS 2012), auf die an dieser Stelle verwiesen wird.

Tabelle 3: Indikatorenset zur Sozialberichterstattung der Kreisstadt Saarlouis

Nr.	Kurzbezeichnung Indikator	Merkmale	Erläuterung
1	Bevölkerung und Altersstruktur		
1.1	Einwohnerzahl	Personen insgesamt	Basiskennziffer. Bildet die Grundlagen/Bezugsgröße für zahlreiche relationale Indikatoren.
1.2	Frauenanteil	Anteil der Frauen an der Bevölkerung	Die Geschlechterproportion kann Ausdruck für spezielle Problemsituationen sein.
1.3	AusländerInnenanteil	Anteil der AusländerInnen an der Bevölkerung	Gibt einen Hinweis auf die Struktur der Bevölkerung unter dem Aspekt der Integration. ¹⁴
1.4 1.4a15	Anteil Kleinkinder	Anteil der Kinder im Alter von 0 bis 2 Jahren an der Bevölkerung insgesamt <i>Kleinkinder (AusländerInnenanteil)</i>	Indikator für den Bedarf an Betreuungspätzen für Kleinkinder (Tagesmütter, Krippen)
1.5 1.5a	Anteil Kindergartenkinder	Anteil der Kinder von 3 bis 5 Jahren an der Bevölkerung insgesamt <i>Kindergartenkinder (AusländerInnenanteil)</i>	Indikator für den Bedarf an Kindergartenplätzen
1.6 1.6a	Anteil Grundschul Kinder	Anteil der Kinder von 6 bis 10 Jahren an der Bevölkerung insgesamt <i>Grundschul Kinder (AusländerInnenanteil)</i>	Bedarfsgruppe für schulische Nachbetreuung und ggf. Förder- und Integrationsmaßnahmen; Indikator für Bedarf an schulischen und außerschulischen Förder- und Integrationsmaßnahmen
1.7 1.7a	Anteil Kinder	Anteil der Kinder von 0 bis 14 Jahren an der Bevölkerung insgesamt <i>Kinder (AusländerInnenanteil)</i>	Indikator für heranwachsendes Erwerbspersonenpotenzial; Bedarfsträger für schulische Infrastruktur; Anzeiger für Familienfreundlichkeit; etc.
1.8 1.8a	Anteil Kinder und Jugendliche,	Anteil der Kinder und Jugendlichen von 0 bis 17 Jahren an der Bevölkerung insgesamt <i>Kinder- und Jugendliche (AusländerInnenanteil)</i>	Bevölkerungsanteil in der Vorerwerbsphase; Grobindikator für besondere Notwendigkeit spezieller Infrastruktur (Bildung, Spiel/Sport; Verkehr, Raum) und Maßnahmen für Familien
1.9 1.9a	Anteil SeniorInnen	Anteil der Personen ab 65 Jahren an der Bevölkerung <i>SeniorInnen (AusländerInnenanteil)</i>	Bedarfsträger altersspezifischer Infrastruktur (Medizin/Pflege; soziale Dienste, Barrierefreiheit)
1.10 1.10a	Anteil Hochbetagte	Anteil der Personen ab 80 Jahren an der Bevölkerung insgesamt <i>Hochbetagte (AusländerInnenanteil)</i>	Hinweis auf möglichen spezifischen Pflegebedarf, notwendige Infrastruktur, Einrichtungen
2	Bevölkerungsveränderung		
2.1	Bevölkerungsveränderung Vorjahr	Bevölkerungsveränderung gegenüber dem Vorjahr	Indikator für Gebietsdynamik. Zu kontrollieren ist, inwieweit die Bevölkerungsentwicklung durch Geburten/Sterbefälle sowie Zu-/Fortzüge beeinflusst wird.
2.2	Bevölkerungsveränderung Dekade	Bevölkerungsveränderung gegenüber den letzten 5 bzw. 10 Jahren	
2.3	Zuzugsrate Fortzugsrate	Zuzüge je 100 Einwohner Fortzüge je 100 Einwohner Geburten je 100 Einwohner Sterbefälle je 100 Einwohner	Hinweise auf Mobilität (im Stadtteil). Hohe Mobilität kann ein Hinweis auf wiederkehrende Integrationsanforderungen darstellen. Normierung auf 100 Einwohner zur Vergleichbarkeit.

¹⁴ In der Migrations- und Integrationforschung wird das Konzept des Migrationshintergrundes bevorzugt, dessen empirische Umsetzung jedoch höhere Anforderungen stellt. In der amtlichen Statistik ist dieses Merkmal jedoch (noch) nicht durchgängig verfügbar. Hier wird weiterhin lediglich zwischen Deutschen und Ausländern unterschieden. Zu beachten ist, dass die Zahl der Personen mit Migrationshintergrund die Zahl der Ausländer merklich übersteigt.

¹⁵ Die mit a gekennzeichneten Indikatoren geben jeweils den Anteil der Ausländer in Bezug zur entsprechenden Altersgruppe wieder.

Nr.	Kurzbezeichnung Indikator	Merkmale	Erläuterung
3	Haushalte¹⁶		
3.1	Haushalte	Haushalte insgesamt (in 1.000)	Basisgröße zur Gebietscharakteristik; Hinweis auf Wohnbedarf
3.2	Anteil Einpersonenhaushalte	Anteil der Einpersonenhaushalte an allen Haushalten	Indikator für geringe tradierte Bindungen; Hinweis auf Vereinzelung
3.3	Anteil Haushalte mit Kindern	Anteil der Haushalte mit Kindern (unter 18 Jahren) an allen Haushalten	Hinweis zur Familienstruktur und Bedarf an Maßnahmen für Familien
3.4	Anteil armutsgefährdeter Haushalte	Anteil der Haushalte mit Haushaltsnettoeinkommen unter 900 Euro an allen Haushalten	Hinweis auf Armutsgefährdung
4	Arbeitsmarktintegration - Existenzsicherung		
4.1	Anzahl SVB	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort (30.6.)	Die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stellen ca. 75% aller Erwerbstätigen, nicht enthalten sind Mini-Jobs, Beamte und Selbstständige.
4.2	Anteil SVB	Anteil svp Beschäftigte am Wohnort an der Bevölkerung im Alter 15-64 Jahre	
4.3	Anteil SVB Frauen	Anteil svp Beschäftigte Frauen	
4.4	Anteil SVB AusländerInnen	Anteil svp beschäftigte AusländerInnen	
4.3	Arbeitslose	Gemeldete Arbeitslose am Wohnort	Als arbeitslos gelten alle Arbeitssuchenden, die keine Beschäftigung haben oder weniger als 15 Stunden pro Woche arbeiten, die eine versicherungspflichtige zumutbare Beschäftigung suchen und dabei den Vermittlungsbemühungen der Arbeitsagenturen zur Verfügung stehen
4.4	Arbeitslosenquote	Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung im Alter 18-64 Jahre	Indikator für Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt
4.5	Frauenarbeitslosigkeit	Anteil der arbeitslosen Frauen an der weibl. Bevölkerung im Alter 18-64 Jahre	Hinweis auf besondere Probleme von Frauen auf dem Arbeitsmarkt; Indikator für besondere Fördermaßnahmen zum Abbau von deren Arbeitslosigkeit
4.6	AusländerInnenarbeitslosigkeit	Anteil der arbeitslosen AusländerInnen an der ausl. Bevölkerung im Alter 18-64 Jahre	Hinweis auf besondere Probleme von AusländerInnen auf dem Arbeitsmarkt; Indikator für besondere Fördermaßnahmen zum Abbau von deren Arbeitslosigkeit
4.7	Jugendarbeitslosigkeit	Anteil der arbeitslosen Jugendlichen zwischen 16 und 24 Jahren an dieser Altersgruppe	Indikator für Jugendarbeitslosigkeit und damit für altersgruppenspezifische Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration
4.8	Ältere Arbeitslose	Anteil der Arbeitslosen im Alter von 55 bis 64 Jahren an dieser Altersgruppe	Hinweis auf Sondersituation älterer Arbeitsloser; Indikator für besondere Fördermaßnahmen
4.9	Leistungsempfänger nach SGB II	Empfänger von Leistungen nach SGB II im Alter von 0 bis 64 Jahren	Indikator für armutsgefährdete Bevölkerungsgruppen; Leistungsberechtigt sind auch Beziehende niedriger Einkommen (Aufstocker)
4.10	SGB II-Quote	Anteil der Empfänger von Leistungen nach SGB II an der Bev. im Alter von 0-64 J.	
4.11	SGB II-Quote Frauen	Anteil der Frauen mit SGB II-Leistungen an der weibl. Bev. im Alter 0-64 J.	
4.12	SGB II-Quote AusländerInnen	Anteil der AusländerInnen mit SGB II-Leistungen an der ausl. Bev. im Alter 0-64 J.	
4.13	Kinderarmut	Anteil der Empfänger von SGB II-Leistungen im Alter 0-14 J. an dieser Altersgruppe	Kinder- und Jugendarmut ist in besonderem Maße eine ungünstige Voraussetzung bei der Teilhabe an Bildung und im sozialen Umfeld
4.14	Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb)	Erwerbsfähige Leistungsberechtigte nach SGB II (15-64 J.)	

¹⁶ Daten nur für den Landkreis Saarlouis verfügbar; Ergebnisse des Mikrozensus.

Nr.	Kurzbezeichnung Indikator	Merkmale	Erläuterung
4.15	eLb-Quote ¹⁷	Anteil der eLb an der Altersgruppe 15-64 J.	Hinweis auf Arbeitskräftepotenzial, Armutsgefährdung bzw. Hilfebedürftigkeit
4.16	Bedarfsgemeinschaften	Anzahl Bedarfsgemeinschaften 31.12.	
4.17	Bedarfsgemeinschaften mit Kindern	Anzahl Bedarfsgemeinschaften mit Kindern im Alter 0-14 J.	Hinweis auf besonders armutsgefährdete Gruppe; Indikator für besondere Fördermaßnahmen
4.18	Alleinerziehende Bedarfsgemeinschaften	Anteil der alleinerziehenden Bedarfsgemeinschaften nach SGB II an den Bedarfsgemeinschaften mit Kindern	
4.19	Altersarmut	Empfänger von Grundsicherung (SGB XII, Kap. 4) ab 65 J. insg.	Hinweis auf prekäre Lebenslage Älterer (finanzielle Ausgrenzung)
4.20		Empfänger von Grundsicherung (SGB XII, Kap. 4) ab 65 J. insg. in % der Bev. im Alter von 65 J. u. ä.	
4.18	Weibliche Altersarmut	Anteil der weiblichen Empfänger von Grundsicherung (SGB XII, Kap. 4) ab 65 J. insg. an der weibl. Bev. im Alter ab 65 J.	
	Altersarmut von AusländerInnen	Anteil der ausl. Empfänger von Grundsicherung (SGB XII, Kap. 4) ab 65 J. insg. an der ausl. Bev. im Alter ab 65 J.	
5	Partizipation		
5.1	Wahlbeteiligung	Wahlbeteiligung bei der letzten Stadtratswahl	Hinweis auf Partizipation der Bevölkerung
6	Erziehung, Bildung, soziale Infrastruktur		
6.1	Krippen-/Kitaplätze	(genehmigte) Krippen-/Kitaplätze	Hinweis auf Bildungspartizipation und -gerechtigkeit
6.2	Abiturquote ¹⁸	Anteil der SchülerInnen in Oberstufen an der Altersgruppe 17-18 J.	
7	Wohnen		
7.1	Wohnungsbestand	Wohnungen	
7.2	Änderung Wohnungsbestand	Veränderung des Wohnungsbestandes ggü. dem Vorjahr	

Die grau unterlegten Indikatoren sind als Kernindikatoren zu betrachten.¹⁹

3.2 Soziale Lagen in Saarlouis

3.2.1 Wirtschaftliche Rahmendaten und Arbeitsmarkt

Im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung stellt das Statistische Landesamt Saarland für den Kreis Saarlouis fest, dass sich das regionale Wirtschaftswachstum im Zeitraum 2000 bis 2008 überdurchschnittlich günstig entwickelt hat (Steigerungsrate von 59,2 Prozent). Bezogen auf die Zahl der Erwerbstätigen lag die regionale Wirtschaftsleistung bei 69.919 Euro und fällt damit deutlich überdurchschnittlich aus, was nicht zuletzt der regionalen Wirtschaftsstruktur geschuldet ist (vgl. Statistisches Landesamt Saarland 2010).²⁰ Die finanzielle Situation der Stadt Saarlouis gestaltet sich nach eigener Einschätzung im Vergleich zu anderen Kommunen noch recht gut, wenngleich auch Saarlouis in Zukunft nicht von Einsparungen – insbesondere bei den freiwilligen sozialen Ausgaben – verschont

¹⁷ Zu den Definitionen im Rahmen der SGB II-Statistik vgl. das online-Glossar der Bundesagentur für Arbeit unter: <http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Grundlagen/Glossare/Grundsicherung-Glossar/Grundsicherung-Glossar-Nav.html>

¹⁸ In der aktuellen Fassung ist dieser Indikator aus konzeptionellen Gründen sowie aus Gründen der Datenverfügbarkeit (noch) nicht enthalten.

¹⁹ Das Indikatorenset basiert in weiten Teilen auf den Vorschlägen und Beschreibungen des BBSR (2009) zur laufenden Raumbewertung und zur innerstädtischen Raumbewertung. Die vorliegende Darstellung orientiert sich wesentlich an der Zusammenstellung des Saarbrücker Stadtteilmonitorings.

²⁰ Diese Angaben beruhen auf den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR), die maximal bis zur Kreisebene verfügbar sind.

bleiben wird. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob noch alle Einwohner von Saarlouis in gleichem Maße am gesellschaftlichen Leben der Stadt teilhaben können.

Beschäftigungsentwicklung

In der Stadt Saarlouis sind rund 30.000 Menschen beschäftigt. Angesichts der Einwohnerzahl verzeichnet die Stadt als regionales Zentrum somit täglich einen erheblichen Zustrom an Arbeitskräften aus den umliegenden Gemeinden und Regionen. Ein Schwerpunkt ist auch hier das verarbeitende Gewerbe. Die Stadt verfügt insgesamt über einen attraktiven Branchenmix aus Handel, Handwerk, Industrie- und Dienstleistungsunternehmen, von dem nicht nur die Einwohner von Saarlouis selbst, sondern auch das Umland profitieren (vgl. InWIS 2012, S. 14ff.).

Methodische Anmerkung:

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit sind immer saisonalen Schwankungen unterworfen. Stichtag für Beschäftigungsdaten ist in der Regel immer der 30.6. eines Jahres, der weitgehend den Beschäftigungsstand im Jahresdurchschnitt widerspiegelt. Die Arbeitslosigkeit wird hingegen meist mit Monatswerten²¹ ausgewiesen. Zum Zwecke der Zeitreihenbetrachtung wird an dieser Stelle allerdings auf die Jahresdurchschnittswerte zurückgegriffen, da kurzfristige Entwicklungen der Arbeitslosigkeit nicht im Fokus der Betrachtung stehen. An dieser Stelle ist einer einheitlichen Systematik Vorzug vor der Aktualität einzuräumen.

Für die Stadt ist insbesondere die Entwicklung der Beschäftigung am Wohnort von Interesse. Zwischen 2002 und 2006 ist die absolute Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten kontinuierlich leicht zurückgegangen, bis 2011 hingegen wieder auf das Ausgangsniveau angestiegen. Am 30.06.2011 hatten 12.002 Einwohner der Kreisstadt eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Die Relation zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter beträgt rund 49 Prozent.²² Insgesamt ist für die Stadt Saarlouis somit eine relativ stabile Basis an Arbeitsplätzen innerhalb der Stadt festzustellen.

Der Frauenanteil der *sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort* liegt 2011 bei 43,5 Prozent und damit etwa im Durchschnitt der saarländischen Landkreise. Der Ausländeranteil liegt mit 8,3 Prozent rund drei Prozentpunkte unter ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung in Saarlouis.

Zu beobachten ist auch *ein stabiler Grundstock an geringfügig entlohnten Beschäftigungsverhältnissen* (Mini-Jobs). Ihre Zahl ist mit rund 4.800 in den letzten Jahren weitgehend unverändert geblieben. Frauen sind bei diesen

Beschäftigungsverhältnissen mit zwei von drei Stellen deutlich überrepräsentiert und auch der Anteil ausländischer Arbeitskräfte fällt hier höher aus als bei regulärer sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Insofern spiegeln diese Zahlen die herrschenden strukturellen Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt wieder.

Tabelle 4: Entwicklung der Mini-Jobs im gewerblichen Bereich in der Kreisstadt Saarlouis 2004 bis 2011

Jahr	insgesamt	darunter in %	
		Frauen	Ausländer
2004	4.789	70,2	9,1
2005	4.609	69,9	9,2
2006	4.552	70,2	8,8
2007	4.528	69,9	8,3
2008	4.474	70,3	8,2
2009	4.754	67,9	10,0
2010	4.794	67,4	10,4
2011	4.798	66,0	11,4

Quelle: Statistik der Mini-Job-Zentrale

²¹ Aufgrund von verzögerter Antragsbearbeitung stehen vollständige Datenbestände zur Grundsicherung für Arbeitssuchende erst nach einer Wartezeit von 3 Monaten zur Verfügung, d.h. die Daten für den Berichtsmont Juni werden erst auf Basis der Daten mit dem Datenstand September berichtet (vgl. BA 2011b).

²² Der Wert ist jedoch unterschätzt, da Arbeitnehmer, die in der Stadt Saarlouis wohnen, aber an einem anderen Ort arbeiten (Auspendler), hierbei unberücksichtigt bleiben.

Entwicklung der Arbeitslosigkeit

Seit Januar 2012 zählt der Kreis Saarlouis zu den optierenden Kommunen und organisiert die Arbeitsvermittlung in Eigenregie. Das Jobcenter verspricht sich hierdurch einen strukturellen Vorteil, um den Bedarfen der Klienten durch regionalspezifischere Ansätze besser Rechnung tragen zu können.

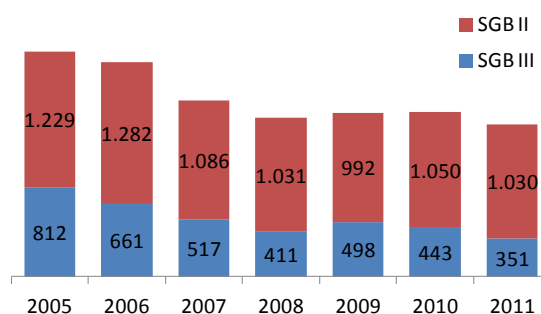
Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit zeigt für Saarlouis ein insgesamt positives Bild. Im Zeitraum von 2005 bis 2011 ist die Zahl der Arbeitslosen (im Jahresdurchschnitt) um 660 Personen bzw. um ein gutes Drittel zurückgegangen. Besonders günstig verlief die Entwicklung für Jüngere zwischen 15 und 25 Jahren. Die Zahl der Arbeitslosen in dieser Altersgruppe hat sich im Betrachtungszeitraum von 264 auf 120 Personen mehr als halbiert. Entsprechend ist der Anteil der Gruppe an den Arbeitslosen insgesamt von 12,9 Prozent auf 8,7 Prozent gesunken. Vergleichsweise ungünstig verlief hingegen die Entwicklung bei den älteren Arbeitslosen ab 50 Jahren. Ihre Zahl hat sich absolut nur geringfügig verringert (25 Personen bzw. 7,4 Prozent), gleichzeitig stieg aber ihr Anteil an den Arbeitslosen insgesamt. Entfiel noch im Jahr 2005 noch etwa jeder vierte Arbeitslose auf diese Altersgruppe (23,4 Prozent), war es 2011 bereits knapp jeder Dritte (32,1 Prozent) (vgl. Tabelle 5). Der Rückgang der Arbeitslosigkeit seit 2005 spiegelt einen bundesweiten Trend wieder, der statistisch als Normalisierung nach einem erheblichen Anstieg nach den Arbeitsmarktreformen betrachtet werden kann. Kritisch zu bedenken ist in diesem Zusammenhang, dass der Rückgang mitunter darauf zurückgeführt wird, dass zahlreiche Betroffene in andere Leistungssysteme integriert wurden und in der Folge nicht mehr als arbeitslos gelten.

Tabelle 5: Arbeitslose in Saarlouis nach Rechtskreisen und Alter 2005 bis 2011 (Jahresdurchschnitt)

Jahr	SGB Träger Insgesamt			darunter					
	Insg.	darunter		Insg.	darunter		Insg.	darunter	
		15 < 25	50 < 65		15 < 25	50 < 65		15 < 25	50 < 65
2005	2.041	264	478	812	133	215	1.229	131	263
2006	1.943	142	517	661	98	211	1.282	45	307
2007	1.603	110	443	517	73	168	1.086	37	275
2008	1.441	111	405	411	61	130	1.031	50	275
2009	1.490	154	409	498	92	158	992	62	251
2010	1.493	140	451	443	74	173	1.050	65	278
2011	1.381	120	443	351	53	140	1.030	67	303

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Abbildung 4: Bestand an Arbeitslosen in Saarlouis nach Rechtskreisen (Jahresdurchschnitte)

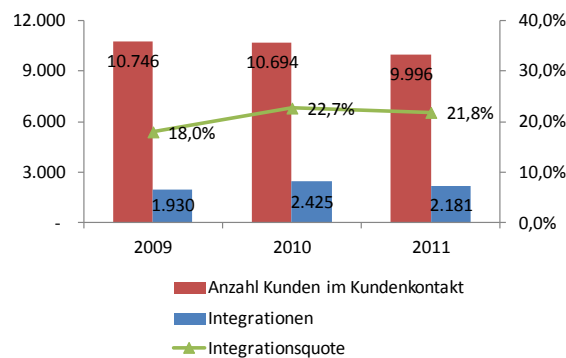


Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Aus Perspektive des Jobcenters ist der Bestand an Arbeitslosen weniger von Interesse, da es sich hierbei um eine aggregierte Angabe handelt, die die eigentliche Dynamik des Arbeitsmarktes ver-

schleiert. Statt dessen wird die Zahl der Integrationen und die Integrationsquote als Relation der Integrationen in Bezug auf die Zahl der Kundenkontakte favorisiert. In dem vergleichsweise kurzen Betrachtungszeitraum von 2009 bis 2011 ist die Zahl der Kundenkontakte von 10.746 um 7 Prozent auf 9.996 in 2011 gesunken, während die Zahl der Integrationen um 13 Prozent von 1.930 auf 2.181 angestiegen ist. Die Integrationsquote fällt dadurch fast 4 Prozentpunkte höher aus. Inwiefern die Neuorientierung als optierende Kommune diese Entwicklung beeinflusst, werden erst die Zahlen der nächsten Jahre zeigen.²³

Abbildung 5: Integrationen und Kundenkontakte im Jobcenter des Landkreises Saarlouis 2009 bis 2011



Quelle: Landkreis Saarlouis, Jobcenter

3.2.2 Struktur und Entwicklung der Bevölkerung

Methodische Anmerkung:

Daten zur Bevölkerungsentwicklung und zur Altersstruktur sind beim Statistischen Landesamt Saarland erhältlich. Eine Differenzierung für die einzelnen Stadtteile ist aber nur mit den Daten der Stadt Saarlouis (Hauptamt für Wirtschaftsförderung, Abt. 5 – Technikunterstützte Informationsverarbeitung) selbst möglich.

Vergleichsweise günstigere demographische Entwicklung – Schrumpfung wird perspektivisch zunehmen

Die demographische Entwicklung im Saarland ist insgesamt gekennzeichnet von einer im Bundesvergleich bereits weiter fortgeschrittenen Alterung der Gesellschaft sowie einem deutlichen Schrumpfungsprozess. Von diesen Tendenzen sind die Kommunen gleichermaßen betroffen, wobei kleinräumig zum Teil abweichende Entwicklungen zu verzeichnen sind. Im Vergleich zur Bevölkerungsentwicklung im Landkreis Saarlouis und zum Saarland insgesamt verläuft die Bevölkerungsentwicklung in der Kreisstadt Saarlouis seit 2000 günstiger, wengleich auch hier seit 2005 ein Rückgang der Einwohnerzahl zu beobachten ist. Im Hinblick auf die Altersstruktur wird deutlich, dass die Altersgruppen ab 45 Jahren in den letzten Jahren dabei zahlenmäßig angewachsen sind, während die übrigen Altersgruppen kleiner geworden sind (vgl. Abbildung 7).

²³ Der Indikator ist nicht explizit im Monitoringsystem enthalten, da er in erster Linie einen Erfolgsindikator für die Arbeit des Jobcenters auf Kreisebene darstellt. Auch wenn dessen Arbeit die Situation in der Stadt nachhaltig beeinflussen kann, ist er aus Sicht der Stadt eher weniger von Bedeutung, weil sie an dieser Stelle keine unmittelbaren Einflussmöglichkeiten besitzt.

Abbildung 6: Bevölkerungsentwicklung in Saarlouis im regionalen Vergleich 1980-2011 (1995=100%)

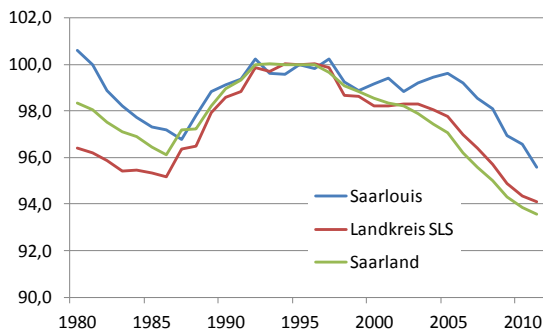
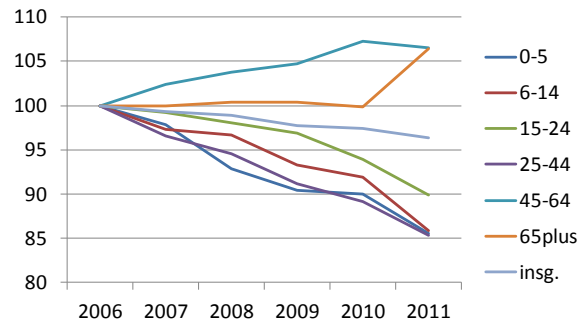


Abbildung 7: Entwicklung der Bevölkerung in Saarlouis nach Altersgruppen (2006=100%)

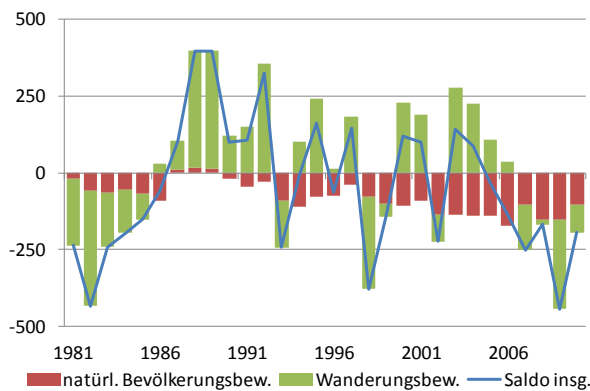


Quellen: Kreisstadt Saarlouis; Statistisches Landesamt Saarland

Zum Stichtag 31.12.2011 zählte die Kreisstadt Saarlouis 36.910 Einwohner. Im zurückliegenden Fünfjahreszeitraum von 2005 bis 2011 ist ein Rückgang um 1.340 Personen bzw. -3,5 % zu verzeichnen. Im Jahr 2011 liegt es bei 47 Jahren. Perspektivisch ist nach Vorausberechnungen des InWIS (2012, S. 23f.) bis 2025 von einem weiteren Rückgang um mindestens 11 Prozent der derzeitigen Bevölkerung auszugehen.

Wesentliche Einflussgrößen der Bevölkerungsentwicklung sind die Zahl der Geburten und Sterbefälle sowie die Wanderungsbewegungen (Zu- und Fortzüge). Rechnerisch entfallen im Jahr 2010 auf ein Neugeborenes in der Stadt Saarlouis 1,4 Sterbefälle. Damit liegt das Geburtendefizit etwas unter dem Schnitt des Landkreises und des Saarlandes (1,7). In den beiden Vorjahren fiel die Differenz etwas geringer aus – ein strukturelles Geburtendefizit bleibt indes durchgängig bestehen (vgl. rote Abschnitte in Abbildung 8). Auch im Hinblick auf die räumlichen Wanderungsbewegungen fällt der Saldo seit 2005 durchgängig negativ aus, während er zwischen Mitte der 1980er Jahre und der Jahrtausendwende den natürlichen Saldo vielfach noch ausgleichen konnte (vgl. blaue Linie in Abbildung 8).

Abbildung 8: Bevölkerungsbewegungen in Saarlouis 1981-2010



Quellen: Kreisstadt Saarlouis; Statistisches Landesamt Saarland

Verschiebungen in der Altersstruktur bereits heute deutlich erkennbar

In der Folge der demographischen Entwicklungen der letzten fünf Jahre sind Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung deutlich erkennbar, die gerade im Hinblick auf Sozialplanung eine hohe Relevanz aufweisen (vgl. Tabelle 6). Die Zahl der Kinder unter 15 Jahren ist um 14,4 Prozent zurückgegangen, der Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung hat sich dabei um 1,5 Prozentpunkte verringert. Mit -12,6 Prozent fällt der relative Rückgang der jungen und mittleren Altersgruppen zwischen 15 und 45 Jahren zwar etwas geringer aus, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung hat

sich indes mit -3,6 Prozentpunkten aber mehr als doppelt so stark verringert. Deutlich stärker wird der Altersaufbau von der Gruppe der 45 bis 64-Jährigen bestimmt, die im Betrachtungszeitraum um 9,3 Prozent angewachsen ist und deren Bevölkerungsanteil um 3,8 Prozentpunkte gestiegen ist. Eine moderate Veränderung ist bei der nicht mehr erwerbstätigen Bevölkerung zu konstatieren, die um 2,7 Prozent angestiegen ist und deren Bevölkerungsanteil um 1,3 Prozentpunkte gestiegen ist. Seit 2005 sind in dieser Gruppe zwei unterschiedliche Entwicklungen zu beobachten: Der Bevölkerungsanteil der ‚jungen Alten‘ (65 bis unter 80 Jahre) blieb trotz eines geringen Rückgangs um 3,5 Prozent stabil, während die Gruppe der Hochbetagten deutlich angewachsen ist. Im selben Zeitraum ist das Durchschnittsalter der Bevölkerung von 43,4 Jahren auf 45,5 Jahre um zwei Jahre gestiegen. Das Medianalter, das die Bevölkerung in zwei gleich große Altersgruppen einteilt, ist noch etwas stärker gestiegen.

Tabelle 6: Altersaufbau der Bevölkerung in Saarlouis 2005 und 2011

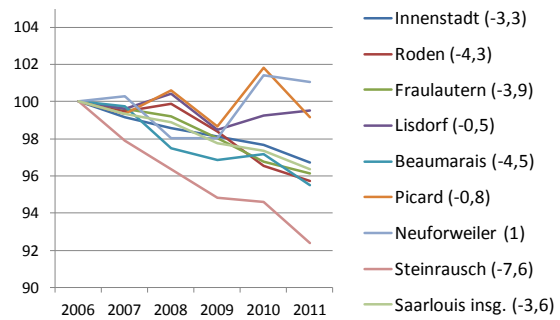
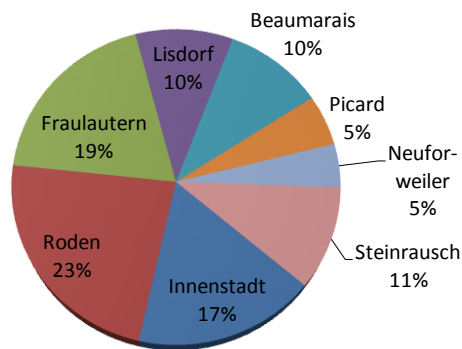
Alter in Jahren	2005	2011	Veränderung 2005-2011		
			absolut	in %	
0 - 2	862	795	-67	-7,8	
3 - 5	942	770	-172	-18,3	
6 - 10	1.672	1.437	-235	-14,1	
11-14	1.503	1.262	-241	-16,0	∑ 0-14: -14,4%
15 - 24	4.312	3.880	-432	-10,0	
25 - 34	4.339	4.394	55	1,3	
35 - 44	6.002	4.528	-1.474	-24,6	∑ 15-44:-12,6%
45 - 54	6.343	6.329	-14	-0,2	
55 - 64	4.519	5.547	1.028	22,7	∑ 45-64: +9,3%
65 - 79	6.083	5.869	-214	-3,5	
80 u. älter	1.673	2.099	426	25,5	∑ 65 u.älter: +2,7%
insgesamt	38.250	36.910	-1.340	-3,5	

Quelle: Statistisches Landesamt Saarland, eigene Berechnung

Stadtteilperspektive

Die einzelnen Stadtteile weisen erhebliche Unterschiede im Hinblick auf die Bevölkerungszahl auf. Roden, Fraulautern und die Innenstadt sind als große, bevölkerungsstarke Stadtteile einzustufen. Gleichzeitig können sie als gewachsene Stadtteile betrachtet werden, die über ein diversifiziertes Angebot verfügen. Picard und Neuforweiler sind die kleinsten Stadtteile (vgl. Abbildung 9). Neben den gewachsenen Stadtteilen können Beaumarais und Steinrausch als attraktive Siedlungsbereiche klassifiziert werden, die zwar an sich eine hohe Wohnqualität aufweisen, insgesamt aber eher als geschlossen zu betrachten sind und für Zuzüge wegen mangelnder Infrastruktur (z.B. Nahversorgung) eher als unattraktiv gelten. Insofern werden die Stadtteile vom demographischen Wandel sehr unterschiedlich betroffen. In den vergangenen fünf Jahren (2006 bis 2011) zeichnen sich unterschiedlich stark ausgeprägte Entwicklungen ab (vgl. Abbildung 10), die in der Tendenz jedoch überwiegend negativ verlaufen. Bezogen auf den Bevölkerungstand im Jahr 2006 weist Steinrausch -7,6 Prozent (-319 Personen) den relativ stärksten Rückgang auf, gefolgt von Beaumarais (-4,5 Prozent; -175 Personen), Roden (-4,3 Prozent; -381 Personen) und Fraulautern (-3,9 Prozent; -285 Personen). Lediglich Neuforweiler verzeichnet mit rund einem Prozent eine positive Entwicklung. Weitgehend stabil zeigen sich daneben auch Picard und Lisdorf mit nur leichten Abnahmen.

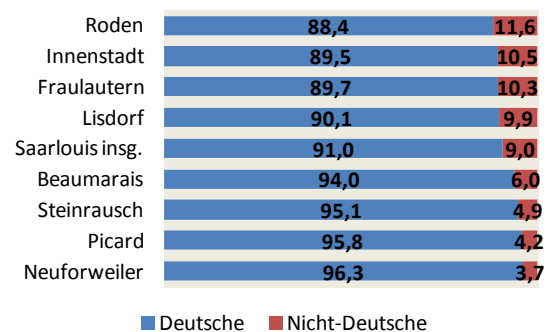
Abbildung 9: Verteilung der Einwohner von Saarlouis nach Stadtteilen am 31.12.2011 **Abbildung 10: Entwicklung der Bevölkerung in den Stadtteilen von Saarlouis (2006=100%)**



Einwohner mit und ohne deutsche Staatsbürgerschaft

Der Anteil der Einwohner ohne deutsche Staatsbürgerschaft lag 2011 bei 9,0 Prozent bezogen auf alle Einwohner. Differenziert nach Altersgruppen zeigt sich ein überdurchschnittlicher Ausländeranteil vor allem in den Altersgruppen 15 bis 24 Jahre sowie 25 bis 44 Jahre (10,4 bzw. 14,9 Prozent) und damit in der Gruppe der jüngeren Erwerbsfähigen. Nur etwa halb so hoch wie im Mittel der gesamten Einwohnerschaft ist der Anteil in der Altersgruppe ab 65 Jahren.

Abbildung 11: Einwohneranteil mit (nicht) deutscher Staatsangehörigkeit am 31.12.2011 in den einzelnen Stadtteilen



Quellen: Kreisstadt Saarlouis; Statistisches Landesamt Saarland

Im Hinblick auf die Stadtteile der Kreisstadt schwankt der Anteil der zwischen 3,7 Prozent in Neuforweiler und 11,6 Prozent in Roden. Vier Stadtteile weisen einen merklich unter dem Durchschnitt der Gesamtstadt liegenden Anteil nicht deutscher Einwohner auf, vier einen umgekehrt höheren Anteil. Die Grenze zwischen den Stadtteilen verläuft angesichts einer Differenz von rund 4 Prozentpunkten dabei geradezu sprunghaft (vgl. Abbildung 11). Dies kann als Hinweis auf eine möglicherweise ausgeprägte Segregation innerhalb der Stadt interpretiert werden.

3.2.3 Armut und soziale Problemlagen

Armut und soziale Teilhabe sind nicht nur aus Perspektive der Stadt Saarlouis zentrale Handlungsfelder der Sozialpolitik. Sie stehen somit auch im Zentrum der Sozialplanung und Sozialberichterstattung, ungeachtet der methodischen Fragestellungen hinsichtlich definitorischer Abgrenzung und empirischer Erfassung. Als armutsgefährdet werden nachfolgend insbesondere die Bezieher staatlicher Transferleistungen angesehen.²⁴ Für die Beratung, Vermittlung und Förderung der Arbeitslosengeld-II-Empfänger ist das Jobcenter des Kreises zuständig. Seit den Arbeitsmarktreflexen im Jahr 2005 ist diese Grundsicherung für Arbeitssuchende die wichtigste Säule der Mindestsicherung. Desweiteren sind das Sozialgeld für nicht erwerbsfähige Hilfsbedürftige, die Kosten der Unterkunft und Heizung zu nennen sowie seit April 2011 auch das Paket für Bildung und Teilhabe.

²⁴ Vgl. hierzu die Vorstellung und Erläuterung des Indikatorensystems (S. 3ff).

Methodische Anmerkung:

- Für die Beratung, Vermittlung und Förderung der Arbeitslosengeld-II-Empfänger ist das Jobcenter des Kreises verantwortlich. Kleinräumige Daten können bzw. dürfen allerdings nicht vom Jobcenter bereitgestellt werden. Es können lediglich Angaben für die Stadt als Ganzes bereitgestellt werden.
- Die Daten beziehen sich bislang ausschließlich auf die Stadtebene insgesamt und erlauben keine Stadtteil bezogenen Aussagen. Für individuelle, kleinräumige Datenaufbereitungen stellt die *Bundesagentur für Arbeit* einen zentralen, kostenpflichtigen Datenservice zur Verfügung. Auf Basis eines von den Städten bereitzustellenden Straßenrasters, mit genauer Abgrenzung relevanter Räume (z.B. Stadtteile) über Straßenzüge inklusive der Hausnummern, können die Daten der BA individuell aufbereitet werden. Voraussetzung ist der Abschluss einer entsprechenden vertraglichen Vereinbarung. Für die Fortschreibung der Sozialberichterstattung sollte diese von der Stadt in Betracht gezogen werden.²⁵ Für die Daten des Statistischen Amtes ist dieser Service leider nicht verfügbar.

Gegenüber dem Jahr 2007 ist die Zahl der Leistungsempfänger nach SGB II um rund 600 Personen gesunken (-18 %). Von dem Rückgang konnten Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft etwas mehr profitieren (-18,7 %) als Personen mit nicht-deutscher Staatsbürgerschaft (-173 %). Bezogen auf die Gesamtbevölkerung bis 64 Jahre ist die Quote der SGB II-Bezieher von 11,7 Prozent in 2007 auf 9,9 Prozent in 2011 zurückgegangen. Die Struktur der Leistungsbezieher blieb im Zeitverlauf weitgehend konstant, auch wenn sowohl der Anteil der Frauen wie auch die der Ausländer und der Kinder (0-14 Jahre) leicht abgenommen haben. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften ist im selben Zeitraum um 12,9 Prozent auf 1.537 im Jahr 2011 gesunken (vgl. Tabelle 7). Die Zahl der armutsgefährdeten Haushalte mit einem geringen Haushaltsnettoeinkommen kann schätzungsweise²⁶ zwischen 1.600 und 2.600 Haushalten beziffert werden. Der Anteil dieser Haushalte ist von 2007 (15,4 %) bis 2011 (9,8 %) merklich zurückgegangen. Die hier genannten vergleichsweise hohen Veränderungsraten dürfen nicht im Sinne einer besonders positiven Entwicklung überinterpretiert werden. Aufgrund des Stichprobencharakters der zugrunde liegenden Datenbasis (Mikrozensus) und der hochgerechneten Ergebnisse, sind diese vielmehr lediglich als ungefähre Größenordnung und nicht als exakte Angabe interpretierbar.

Tabelle 7: Bedarfsgemeinschaften und Leistungsempfänger nach SGB II 2007-2011 in Saarlouis (jeweils 31.12.)

Jahr	Bedarfsge- meinschaften	Leistungsempfänger				
		insgesamt	erwerbsfähige (eLb) ²⁷	nicht erwerbs- fähige (nEf) ²⁸	Deutsche	Ausländer
2007	1.764	3.496	2.524	972	2.772	710
2008	1.707	3.303	2.413	890	2.624	655
2009	1.776	3.355	2.471	884	2.658	659
2010	1.703	3.215	2.332	883	2.568	623
2011	1.537	2.868	2.068	800	2.255	587

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

²⁵ Nach Auskunft der BA sind diese kleinräumigen Auswertungen nur über ihren zentralen Statistik Service verfügbar und dürfen von den jeweils zuständigen Kreissozialämtern nicht herausgegeben werden.

²⁶ Bezugsgröße ist die Zahl der Privathaushalte im Landkreis Saarlouis gewichtet mit dem Bevölkerungsanteil der Stadt Saarlouis an der Gesamtbevölkerung des Landkreises (18,3%) (vgl. Indikator 3.1 und 3.4).

²⁷ Erwerbsfähige Leistungsbezieher sind Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 64 Jahren, die nicht länger als sechs Monate erwerbsunfähig sind.

²⁸ Nicht erwerbsfähige Hilfsbedürftige sind Personen, die mit einem erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in einer Bedarfsgemeinschaft leben und dadurch ebenfalls Leistungen nach SGB II erhalten. Meist handelt es sich hierbei um Kinder bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres

Nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige, die nicht mit einer erwerbsfähigen Person in einer Bedarfsgemeinschaft leben, haben keinen Anspruch auf Leistungen des SGB II. Sie fallen in den Rechtskreis des SGB XII und damit in die Zuständigkeit des Sozialamtes. Sie können hierüber Hilfen zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung²⁹ sowie Wohngeld erhalten.

Tabelle 8: Hilfen zum Lebensunterhalt in Saarlouis 2009 bis 2011 (31.12.)

Jahr	insg.	darunter	
		Ausländer	65 J. u. älter
2009	169	5	44
2010	191	11	23
2011	228	33	14

Quelle: Statistisches Landesamt Saarland

Bei den Hilfen zum Lebensunterhalt (SGB XII, Kap. 3) ist nach Angaben des Kreissozialamtes im Jahresdurchschnitt von 2010 (Ø 66 Fälle) bis 2011 (Ø 82 Fälle) ein Zuwachs feststellbar. Auch in der Jahresendstatistik des Statistischen Landesamtes Saarland (vgl. Tabelle 8) ist ein Anstieg der Fallzahlen beobachtbar, wobei die Zahl der Personen über 65 Jahren jedoch nur einen geringen Anteil ausmachen und ihre Anzahl im verfügbaren Dreijahreszeitraum deutlich zurückgeht. Mitunter ist dies dem Umstand geschuldet, dass im Gegenzug die Zahl der älteren Personen mit Grundsicherung (SGB XII, Kap. 4) ansteigt, von durchschnittlich 323 Fällen im Jahr 2010 auf durchschnittlich 351 Fälle im Jahr 2011. Interessanter Weise nimmt die Zahl der Empfänger von Grundsicherung ab 65 Jahren in der Jahresendstatistik indes ab (2007: 296 Fälle; 2011: 250 Fälle), was möglicherweise auf Schwankungen im Jahresverlauf zurückzuführen ist.

Angesichts dieser Zahlen ergibt sich ein *uneinheitliches Bild im Hinblick auf Altersarmut*. Sie scheint zunächst zwar nur gering ausgeprägt zu sein. Mitunter relativiert sich dieser Eindruck aber, wenn in Betracht gezogen wird, dass gerade ältere Menschen aus Scham davor zurückscheuen, staatliche Leistungen in Anspruch zu nehmen. Stattdessen richten sie sich in ihrer ärmlichen Situation ein und verzichten eher auf elementare Dinge des täglichen Bedarfs. Die Eindrücke der Experteninterviews lassen zumindest ein vorhandenes Dunkelzifferpotenzial in dieser Hinsicht vermuten. Des Weiteren ist davon auszugehen, dass sich Altersarmut im Sinne kumulierter sozialer Problemdimensionen räumlich konzentriert, was jedoch mit der aktuellen Datenlage nicht gestützt werden kann.

Kinderarmut

Im Landkreis Saarlouis gibt es nach den Ergebnissen des Mikrozensus rund 94.000 Haushalte. Der Anteil der Einpersonenhaushalte im Landkreis hat seit 2007 um rund 2 Prozentpunkte zugenommen und liegt im Jahr 2011 bei 37,8%. Eine rückläufige Tendenz zeichnet sich bei den Haushalten mit Kindern ab. Lebten 2007 noch in rund einem von vier (24,1 %) Haushalten Kinder unter 18 Jahren, war dies 2011 nur noch bei etwas mehr als einem von fünf (21,1 %) der Fall. Gewichtet mit dem Bevölkerungsanteil der Stadt Saarlouis an der Gesamtbevölkerung des Landkreises (18,3 %) entfallen auf die Kreisstadt zwischen 16.600 und 17.400 Privataushalte. Darunter befinden sich zwischen 6.000 und 6.500 Einpersonenhaushalte sowie zwischen 3.600 und 4.100 Haushalte mit minderjährigen Kindern und Jugendlichen.

²⁹ Hilfen zum Lebensunterhalt (HLU) und die Grundsicherung im Alter sowie bei Erwerbsminderung sind im Grunde als ähnliche Leistungen zu betrachten, die sich vor allem im Adressatenkreis unterscheiden. HLU erhalten Personen, die ihren Lebensunterhalt nicht ausreichend selbst bestreiten können und länger als sechs Monate arbeitsunfähig, jedoch nicht dauerhaft voll erwerbsgemindert sind. Dauerhaft erwerbsunfähige Personen zwischen 18 und 64 Jahren sowie Personen über 65 Jahren erhalten Leistungen der Grundsicherung. Personen, die weniger als sechs Monate erwerbsunfähig sind, unterliegen dem Rechtskreis des SGB II und fallen somit in die Zuständigkeit des Jobcenters.

Der Anteil der Kinder unter 15 Jahren, die Leistungen nach dem SGB II erhalten, ist zwischen 2007 und 2011 leicht gesunken. Bezog zwischen 2007 und 2010 ein Kind von fünf dieser Altersgruppe (19,1 – 19,9 %), war es im Jahr 2011 eines von sechs (17,6 %). Damit stellt sich die Situation der Kinderarmut in der Kreisstadt günstiger dar als in der Landeshauptstadt (30,8 %). Gerade der Bereich der Kinderarmut ist seit längerem im Fokus der öffentlichen Diskussion. Das Otto-Blume-Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) Köln (2011) hat in seiner Vertiefungsstudie zur Armut von Kindern und Jugendlichen im Saarland einen bundesweit überdurchschnittlichen Anteil an Armutsgefährdung bei Kindern festgestellt und die Landesregierung hat in der Folge politische Maßnahmen zur Bekämpfung ergriffen.

3.2.4 Zusammenfassende Betrachtung

Die in den vorhergehenden Kapiteln beschriebene Datenlage kann noch kein umfassendes Bild der sozialen Lagen in der Stadt Saarlouis abbilden. Insbesondere die Stadtteilperspektive ist darin bislang noch nicht berücksichtigt. Insofern sind die gemachten Ausführungen als erster Schritt hin zu einem Sozialbericht für die Stadt Saarlouis zu verstehen, der keinesfalls den Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann. Vielmehr ist die skizzierte Grundlage perspektivisch weiter anzureichern und um weitere Dimensionen zu ergänzen.

Einige grundlegende Einschätzungen können aus den Daten dennoch abgeleitet werden:

- Der Rückgang der Zahl der **Kinder und Jugendlichen** wird sich perspektivisch nicht unmittelbar in einem geringeren Bedarf an sozialer Infrastruktur niederschlagen. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, insbesondere der erforderlichen Erwerbstätigkeit beider Elternteile sowie die gesetzlichen Ansprüche auf Kinderbetreuungsmöglichkeiten, werden den Bedarf an qualifizierter institutionalisierter Erziehung und Betreuung im frühkindlichen Bereich nicht sinken lassen. Stattdessen wird der möglicherweise quantitative Rückgang mittelfristig durch steigende qualitative Herausforderungen kompensiert werden. Zu erwarten ist ferner ein hoher Bedarf an flexiblen Angeboten, was unter der Planungsperspektive auch in einem Spannungsfeld mit einer (noch) geringen Nachfrage zu betrachten ist.
- Auch im **Jugendhilfebereich** wird es kaum zu einer Entspannung kommen. Der Bedarf an Hilfeleistungen bleibt hoch, wobei sich eine Tendenz zu intensiveren Problemlagen abzeichnet. Die Einflussmöglichkeiten der Stadt sind an dieser Stelle begrenzt (Zuständigkeit Kreis).
- Die Angebote der **Jugendarbeit** werden indes von der Datenlage unter dem Aspekt der gleichberechtigten sozialen Teilhabe durchaus tangiert. Eines von sechs Kindern im Alter bis 15 Jahre erhält Sozialleistungen nach SGB II und ist insofern als armutsgefährdet anzusehen. Ein ausgewogener Mix an Angeboten für diese Altersgruppe ist für die Integration und die Schaffung gleicher Teilhabechancen unerlässlich (vgl. hierzu auch Kapitel 4.2.2).
- Rund einer von zehn Einwohnern in der Altersgruppe der 15 bis 64-Jährigen ist auf sozialstaatliche Transferleistungen angewiesen. Brüchige Erwerbsbiographien und weitere problematische Lebenslagen kumulieren im Alter vielfach zu einem Anstieg der **Armutsgefährdung**. Momentan ergeben die vorliegenden Daten hierzu ein noch uneinheitliches Bild. An dieser Stelle erscheint ein präventives Handeln in Form sozial-integrativer Angebote vielversprechend.
- Die merklichen Schwankungen im Hinblick auf die Anteile der **ausländischen Bevölkerung** zwischen den Stadtteilen scheinen insbesondere auf einen Bedarf an integrativen Maßnahmen und Angeboten insgesamt hinzudeuten. Dies dürfte insbesondere auf den Jugendbereich zutreffen. Eine tiefer gehende Analyse in diesem Bereich erscheint insofern angebracht.

4 Bestandsaufnahme II: Soziale Infrastruktur

Nach den ersten Eindrücken, die sich aus den ‚harten‘ Indikatoren für die Stadt Saarlouis ergeben, nimmt der folgende zweite Teil der Bestandsaufnahme die soziale Infrastruktur der Stadt in den Blick. Die zu Grunde liegende Datenbasis bildet, neben verschiedenen von der Stadt zur Verfügung gestellter Dokumente und den relevanten Webseiten der Stadt, im Wesentlichen die Informationen, die sich aus den geführten ExpertenInneninterviews ergeben.

Die soziale Infrastruktur wird wesentlich von altersspezifischen Bedarfen einerseits sowie dem jeweiligen Leistungsrecht andererseits bestimmt und ist somit in einem Spannungsfeld zwischen diesen beiden Aspekten zu verorten und zu betrachten. Kommunen stehen insofern vor der Herausforderung für verschiedene Alters- bzw. Zielgruppen (z.B. Kinder, Jugendliche, ältere Menschen) spezifische infrastrukturelle Angebote sowohl in einer ausgewogenen Mischung wie auch flächendeckend bereitzustellen. Der Deutsche Verein (vgl. Schmid-Urban et al. 1992) listet etwa für die verschiedenen Altersgruppen in Anlehnung an gesetzliche Regelungen die in Tabelle 9 genannten Infrastrukturbereiche auf.

Tabelle 9: Altersgruppen nach Anforderungen an soziale Infrastruktur

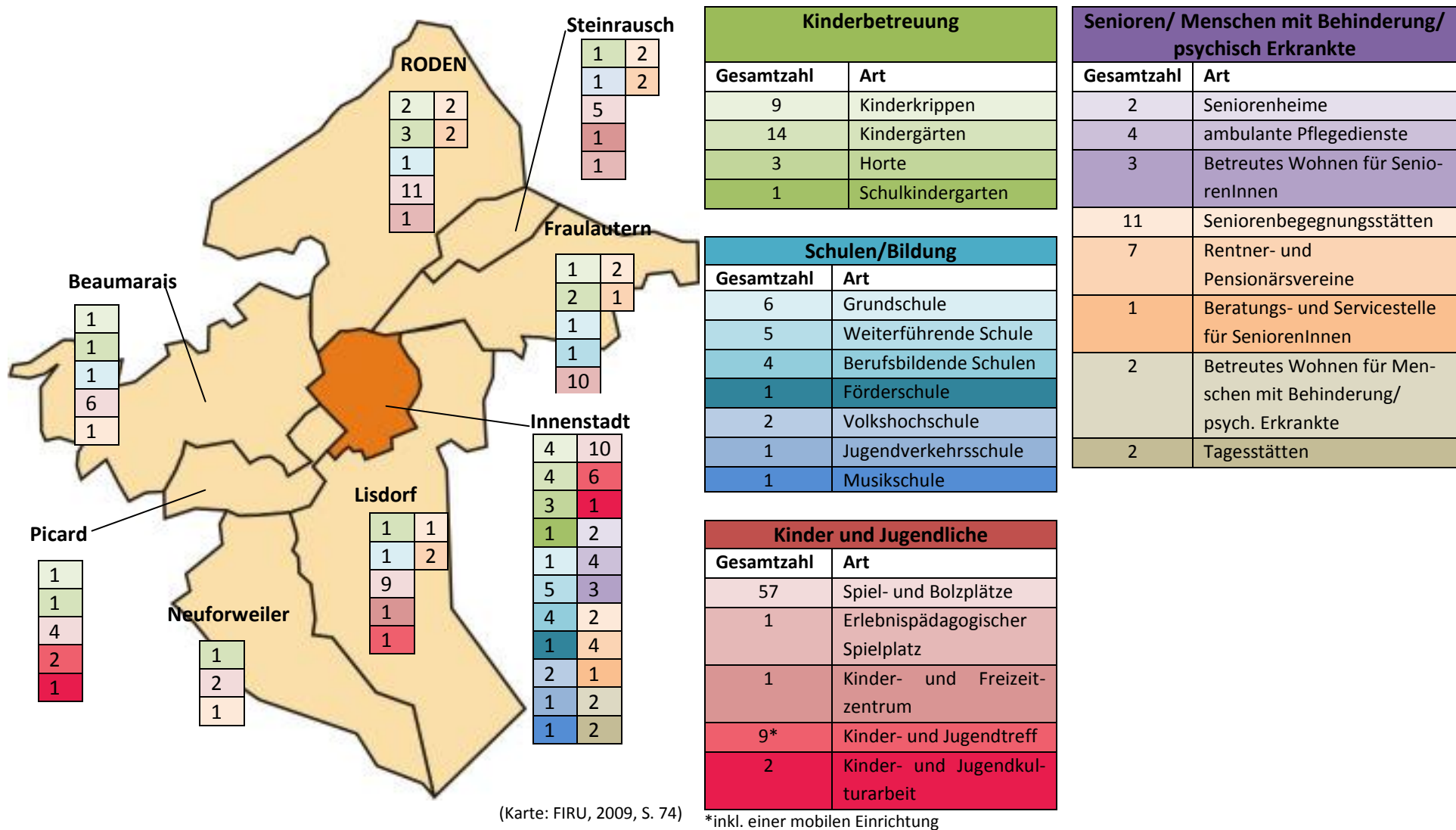
	Außerhäusl. (Klein)Kinder- betreuung	Spielbereiche	Hausauf- gabenhilfe/- Nachmittags- betreuung	Freizeit-/ Begegnungs- möglichkeiten	Beratung/ Einzelfallhilfe	Ambulante häusliche pflegerische Dienste	betreutes Wohnen/ Wohnge- meinschaften	teilstationä- re/stationäre Pflege
0 – 2	X	X						
3 – 5	X	X						
6 – 9		X	X		X			
10 – 13		X	X	X	X			
14 – 18		(X)		X	X			
19 – 24				X	X			
25 – 59				X	X	(X)		
60 – 75				X	X	X	X	X
75 u. älter				X	X	X	X	X

Die Stadt Saarlouis verfügt insgesamt über ein vielfältiges Angebot an Einrichtungen der *sozialen Infrastruktur* – in soziokultureller Hinsicht (Theater, Bibliothek, Museen, Volkshochschule etc.) sowie im Hinblick auf das Angebot sozialer Dienstleistungen. Die folgende Darstellung der Angebote und Maßnahmen orientiert sich wesentlich an den vorliegenden Dokumenten der Stadt. Angesichts der Fülle an Einzelmaßnahmen und Projekten, erhebt sie allerdings nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Zunächst erfolgt eine Betrachtung differenziert nach den einzelnen Stadtteilen. Im Anschluss daran werden aus sozialplanerischer Perspektive ausgewählte zentrale Planungsbereiche thematisch näher aufbereitet.

4.1 Stadtteilperspektive

Die Stadtteile stellen für sich im Grunde jeweils eigene Planungsräume dar, die jedoch immer unter Einbeziehung der gesamtstädtischen Perspektive zu betrachten sind. Hierbei ist ein *Spannungsfeld zwischen den Stadtteilen einerseits sowie in ihrer Beziehung zur Gesamtstadt andererseits (zwischen ‚Teilen‘ und ‚Ganzem‘)* festzustellen. Aus diesem Spannungsfeld können sich in Planungshinsicht zum Teil widersprüchliche Anforderungen.

Abbildung 12: Zielgruppenspezifische soziale Infrastruktur in den Stadtteilen 2011 (eigene Abbildung)



Eigene Darstellung.

Insgesamt ist bei den verschiedenen Angeboten eine starke Konzentration auf den Innenstadtbereich zu konstatieren – zum Teil historisch bedingt, zum Teil vor dem Hintergrund städtebaulicher Vorgaben und Rahmenbedingungen. Die Innenstadt ist somit als zentraler Ort innerhalb der Gesamtstadt zu betrachten, an dem auch die meisten zielgruppenspezifischen Angebote angesiedelt sind.³⁰ Abbildung 12 gibt einen quantitativen Überblick über die Zahl der zielgruppenspezifischen Einrichtungen nach Stadtteilen. Jede Einrichtungsart ist farblich gekennzeichnet und mit der jeweiligen Anzahl versehen.

Städtebaulicher Paradigmenwechsel

Insgesamt können die Stadtteile in zwei Kategorien eingeteilt werden: Einerseits gibt es gewachsene Stadtteile, bei denen in der Vergangenheit ein individueller Mix aus Wohnraum und Geschäftsbetrieb entstanden ist. Sie verfügen in der Regel über ein breites diversifiziertes Angebot im Hinblick auf Güter des täglichen Bedarfs (Innenstadt, Roden, Fraulautern) sowie über eine stärker durchmischte Bevölkerung. Andererseits gibt es in Saarlouis Stadtteile mit Siedlungscharakter, die städtebaulich ausschließlich als Wohnräume konzipiert wurden (Picard, Beaumarais). Sie zeichnen sich zwar durch eine hohe Wohnqualität aus, weisen aber Defizite bei der Nahversorgung auf, die aufgrund der Bebauungsrichtlinien nicht ohne weiteres kompensierbar sind. Sozialplanerische Idealvorstellungen, gerade unter Perspektive des demographischen Wandels mit den daraus resultierenden Konsequenzen einer älter werdenden Bevölkerung, stellen vor diesem Hintergrund quasi einen *städtebaulichen Paradigmenwechsel* gegenüber „motorisierten Gesellschaftsvorstellungen“ dar. Die gesellschaftlichen Leitbilder von Wohnen, Arbeiten und Leben, die bei der Planung der Siedlungen strukturprägend waren, sind heute kritisch zu bewerten. Da die Bebauungspläne jedoch nach wie vor gültig sind, schränken sie somit die Handlungsspielräume sozialplanerischer Ansätze ein.

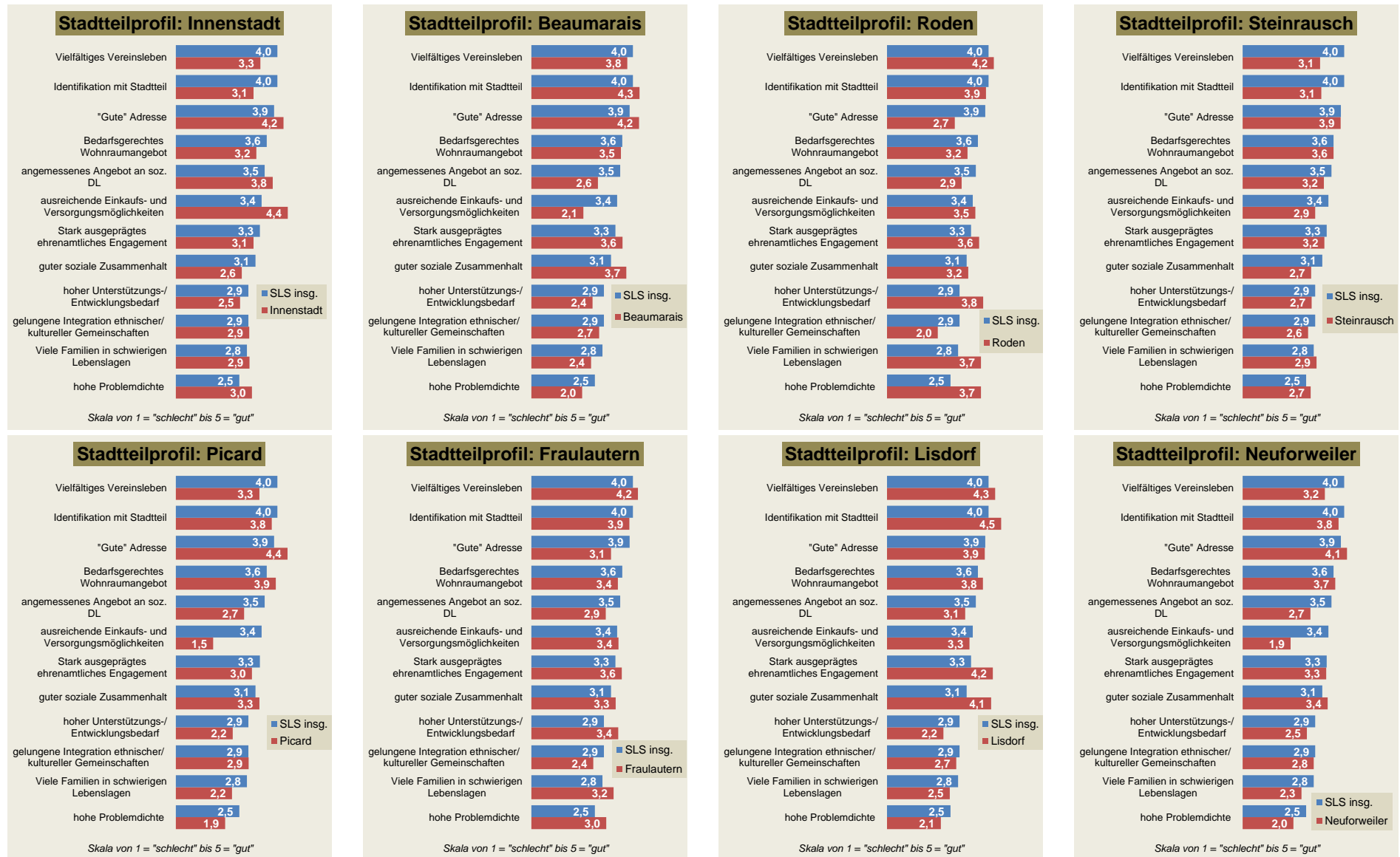
Vor diesem Hintergrund fügen sich die verschiedenen Stadtteile zu einem äußerst heterogenen Gesamtbild. Diese Heterogenität findet Ausdruck in den Experteneinschätzungen zur Situation in den Stadtteilen, die bereits im Rahmen des Projektauftrags erhoben wurden.³¹ Unter Bezugnahme auf die soziale Infrastruktur und wahrgenommene Problemlagen wurden die Stadtteile wie folgt charakterisiert:

- **Innenstadt:** „Der Vorzeigestandort mit attraktiven Einkaufsmöglichkeiten.“
- **Beaumarais:** „Die ‚gute‘ Adresse mit weitgehend intaktem sozialem Umfeld und perspektivischem Unterstützungsbedarf.“
- **Roden:** „Stadtteil mit hoher Problemdichte, multipler Deprivation (Problem: Integration) und kippendem sozialem Zusammenhalt.“
- **Steinrausch:** „Der ‚ungeliebte‘ durchschnittliche bzw. etwas ‚abgehängte‘ Stadtteil mit geringer Identifikation.“
- **Picard:** „Der ‚gute‘, gut situierte/‘spießige‘ aber etwas ‚langweilige‘ Wohnort ohne Einkaufsmöglichkeiten.“
- **Fraulautern:** „Der noch gut funktionierende Stadtteil mit steigendem Interventionsbedarf.“
- **Lisdorf:** „Der ‚dynamische‘, gut aufgestellte Stadtteil.“
- **Neuforweiler:** „Der durchschnittliche Stadtteil ohne große Attraktionen.“

³⁰ Vgl. hierzu beispielsweise den Familienratgebers „Familie XIV“.





³¹ Vgl. hierzu die Dokumentation des Auftaktworkshops.

Abbildung 13: Einschätzungen der Stadtteile im Rahmen der Auftaktbefragung







Diese Einschätzungen können mit den in Abbildung 14 aufgelisteten Merkmalen der Stadtteile ein Stück weit objektiviert werden. Die Angaben sind überwiegend dem Städtebaulichen Entwicklungskonzept der Stadt aus dem Jahr 2009 entnommen. Da die darin festgestellten Bedarfe bis dato wenig bzw. überhaupt nicht weiter verfolgt wurden, sind sie auch heute noch als aktuell zu betrachten.³² Dennoch erscheint eine Aktualisierung der Bestandsaufnahme unter Einbeziehung weiterer für die Sozialplanung relevanter Aspekte empfehlenswert.

Abbildung 14: Übersicht über die strukturellen Merkmale der Stadtteile

Stadtteil	Merkmale
 <p data-bbox="272 842 406 869">Beaumarais</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Tendenz zur Bevölkerungsabnahme seit 2000 / Trend zum unterdurchschnittlichen Bevölkerungsrückgang ▪ Niedriger AusländerInnenanteil ▪ Tendenz zur Überalterung ▪ Funktion: Wohn- und Gewerbestandort ▪ Defizitäre Nahversorgung
 <p data-bbox="272 1155 406 1182">Fraulautern</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ seit 2000 bereits stagnierende Bevölkerungszahl / Trend zu einem leicht erhöhten Bevölkerungsrückgang ▪ AusländerInnenanteil über dem städtischen Durchschnitt ▪ Altersstruktur nahezu im städtischen Durchschnitt ▪ Funktion: Wohn- und Industrie-/Gewerbestandort ▪ Ausreichende Nahversorgung ▪ Reges Vereinsleben
 <p data-bbox="272 1491 406 1518">Innenstadt</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Seit 2000 geringfügige Tendenz zur Bevölkerungszunahme / Trend zu einem unterdurchschnittlichen Bevölkerungsrückgang ▪ AusländerInnenanteil liegt über dem städtischen Durchschnitt ▪ Deutliche Überalterungstendenzen ▪ auf Grund kurzer Wege und guter Infrastruktur attraktiv für wenig mobile Bürger (Senioren, sozial Schwache, Migranten), dadurch besteht in Teilbereichen grundsätzlich die Gefahr sozialer Polarisierung ▪ Funktion: Einkaufsinnenstadt mit Fußgängerzone, Mischnutzung mit Handel, Dienstleistungen, gewerbliche Nutzungen, Verwaltung, Sondernutzungen und Wohnen ▪ Gesicherte Nahversorgung
 <p data-bbox="272 1827 406 1854">Lisdorf</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Seit 2000 Tendenz zur Bevölkerungszunahme / Trend zu überdurchschnittlichen Bevölkerungsrückgang ▪ AusländerInnenanteil liegt über dem städtischen Durchschnitt ▪ Keine Überalterung / überdurchschnittlicher Anteil an Kinder und Jugendliche ▪ keine Gefahr der sozialen Brennpunktbildung erkennbar ▪ Funktion: Wohnstandort, Standort für Gewerbebetriebe/Gartenbau ▪ Ausreichende Nahversorgung ▪ Reges Vereinsleben

³² Das Städtebauliche Entwicklungskonzept wurde 2009 zur Akquise von Fördermitteln im Rahmen des Stadtumbauprogramms West erstellt und diente dort als Nachweis des entsprechenden Bedarfs. Die darin skizzierten Problemlagen wurden nach Experteneinschätzung aber nicht konzeptionell weiter verfolgt.

Stadtteil	Merkmale
 <p data-bbox="264 510 411 539">Neuforweiler</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Seit 2000 stagnierende Bevölkerungszahl/Trend zu einem stark unterdurchschnittlichen Bevölkerungsrückgang im Vergleich zum gesamtstädtischen Mittel ▪ Überalterungstendenzen ▪ Funktion: Wohnstandort ▪ Geringe Nahversorgung
 <p data-bbox="300 824 371 853">Picard</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Tendenz zu Bevölkerungszunahme/Trend zu einem überdurchschnittlichen Bevölkerungsrückgang ▪ Niedriger AusländerInnenanteil ▪ Gesunde Altersstruktur mit hohem Kinderanteil und unterdurchschnittlichem Anteil Senioren ▪ keine Gefahr der sozialen Brennpunktbildung erkennbar ▪ Funktion: Wohnstandort ▪ Defizitäre Nahversorgung ▪ Vereins- und Sozialstruktur noch intakt
 <p data-bbox="300 1137 371 1167">Roden</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Seit 2000 stagnierende Bevölkerungszahl/zu einem überdurchschnittlichen Bevölkerungsrückgang ▪ AusländerInnenanteil liegt über dem städtischen Durchschnitt ▪ Gesunde Altersstruktur mit hohem Kinderanteil und unterdurchschnittlichem Anteil Senioren ▪ Gefahr der Segregation erkennbar ▪ Funktion: Wohn-, Gewerbe- und Industriestandort ▪ ausreichende Nahversorgung
 <p data-bbox="268 1451 403 1480">Steinrausch</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ seit 2000 stagnierende Bevölkerungszahl/Trend zu einem unterdurchschnittlichen Bevölkerungsrückgang ▪ Seniorenanteil unter dem städtischen Durchschnitt ▪ Gefahr der Bildung sozialer Brennpunkte durch ethnische Segregation bei anhaltendem Zuzug von Zuwanderern aus Osteuropa denkbar ▪ Funktion: Wohnstandort ▪ Gesicherte Nahversorgung

Eigene Abbildung in Anlehnung an FIRU 2009 ; Karte: FIRU 2009, S. 74.

Deutlich wird in der Darstellung, dass ein zentrales Problem in der Sicherstellung der Nahversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs zu konstatieren ist. Ebenso werden in den Experteneinschätzungen die Wohnqualität (Modernisierungsbedarf etc.) sowie insbesondere die Wohnungsnachfolge (geschlossene Wohnviertel) als wichtige Problemfelder genannt. Angesichts dessen bleibt der städtebauliche Paradigmenwechsel zunächst nur eine Fiktion und ist noch weit entfernt von einer Umsetzung. Ob und inwiefern Änderungsmöglichkeiten bestehen und wie diese möglicherweise umgesetzt werden können, wird zukünftig von den zuständigen Fachabteilungen zu beraten sein.

4.2 Zielgruppenperspektive

Auf Basis der vorliegenden Dokumente, Projektbeschreibungen und Experteneinschätzungen lassen sich zielgruppenspezifische Infrastrukturen sowie Kooperationsstrukturen identifizieren. Darüber hinaus können anhand dieser Angaben Handlungsempfehlungen abgeleitet werden. Im Folgenden werden vier große Zielgruppen (Familie, Kinder und Jugendliche, Senioren und Behinderte) näher

betrachtet. Zu jedem dieser Themengebiete erfolgen eine Einschätzung zu den bestehenden Angeboten sowie eine Identifikation von Planungs- und Kooperationsstrukturen. Die besondere Bedeutsamkeit von Familie spiegelt sich dabei an den vielen Nahtstellen zu anderen Bereichen wie Kinder, Jugendliche und Senioren wieder.

In Anhang 1 findet sich ein Überblick über die verschiedenen, aktuellen Projekte der Kreisstadt Saarlouis. Die Angebote finden in durchschnittlich ein bis zweimal die Woche und meist ab den Nachmittagsstunden statt. Anhand der Auflistungen zeigt sich, dass Kooperationen mit Sozialstationsinstanzen und anderen Stellen und öffentlichen Einrichtungen zur Gestaltung von Zielgruppenspezifischen Angeboten (Still- und Krabbelgruppen, Kindergärten, Kinderhorten, Schulen, Jugendtreffs, Projekten, Kirchengemeinden, Beratungsstellen, städt. Fachämtern und Einrichtungen sowie sonstigen Behörden) und auch zur Einzelfall- und Familienhilfe und Beratung für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bestehen. Ausgewählte Projekte werden in den näheren Ausführungen detaillierter beschrieben. Projekte, welche in den Zielgruppenbeschreibungen nicht explizit erwähnt werden, sollen damit nicht als weniger relevant bewertet werden. Der Stadt liegen detaillierte Projektbeschreibungen vor, so dass in dem hier vorliegenden Bericht nur eine Auswahl getroffen wurde.

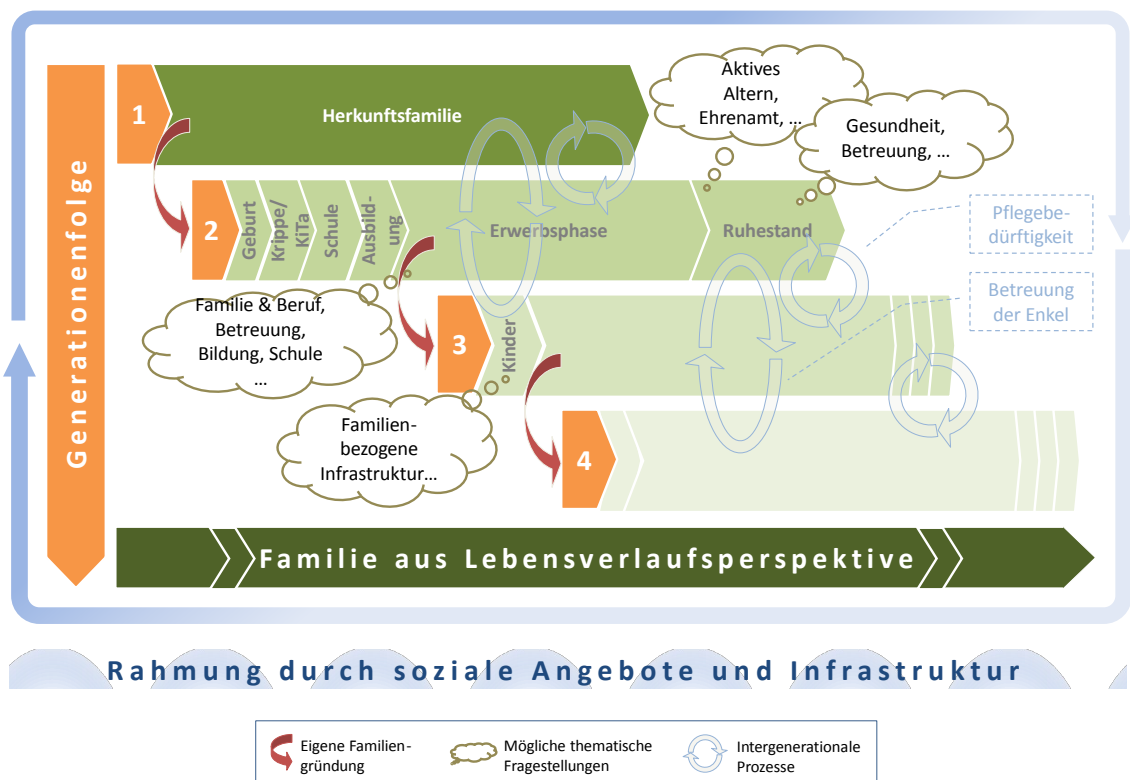
4.2.1 Familie

Familien sind im Rahmen der Einschätzung der sozialen Infrastruktur einer Stadt nicht vollständig losgelöst zu betrachten. Es finden sich Nahtstellen in verschiedenen anderen Bereichen. Familie wird in der Fachdiskussion aus einer intergenerationalen Perspektive betrachtet. Noch zu keinem Zeitpunkt lebten so viele Altersgruppen über eine solch lange Zeitspanne zusammen und das im engen Kontakt oder auch multilokal an verschiedenen Orten. Familie wird in diesem Kontext nicht nur als Ort an dem Kinder aufwachsen definiert, sondern weiter gefasst, als eine Gemeinschaft in der mehrere Generationen füreinander sorgen. Eine besondere Bedeutung kommt hier den Beziehungen zwischen den Generationen zu. Ziel ist es, die Vorteile der früheren Großfamilien in moderne Sozialstrukturen zu überführen (BMFSFJ 2006).

Deutlich wird dies im Hinblick darauf, dass die Familie gerade in ihrer heutigen vielfältigen Ausgestaltung, einer der Grundpfeiler der Gesellschaft und als eine relevante Ressource, etwa bei der Versorgung der zukünftigen Pflegebedürftigen, darstellt. Bereits heute gilt sie als „größter Pflegedienst der Nation“ (Enquête-Kommission des Landtags Nordrhein-Westfalen 2005 S. 103). Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, kommt diesem Umstand zukünftig noch größere Bedeutung zu (s. 4.2.3).

Bedeutsam in diesem Zusammenhang ist des Weiteren die Betrachtung der städtischen Projekte und Infrastrukturen vor dem Hintergrund einer prospektiven Planung. Die heutigen Jugendlichen etwa, reifen zu Erwachsenen heran und haben irgendwann die Rolle des Vaters, der Mutter, des Arbeitnehmers in der sozialen Umwelt der Stadt inne. Heute geschaffene Strukturen beeinflussen somit auch die zukünftige Gesellschaft einer Stadt.

Abbildung 15: Familie aus Lebensverlaufsperspektive



Eigene Darstellung

Miteinander der Generationen

Zentral im Fokus einer intergenerationalen Perspektive, steht das Projekt ‚Miteinander der Generationen‘ im Stadtteil Steinrausch. Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senioren sollen sich hier selbstverständlich begegnen, sich helfen und voneinander lernen. Partizipation und bürgerschaftliches Engagement wird in hohem Maße angestrebt, so dass sich alle BürgerInnen aus dem Stadtteil Steinrausch und den angrenzenden Stadtteilen beteiligen können. Die Stadt kooperiert hier mit einer Vielzahl an Trägern und Vereinen um eine breite Palette an Angeboten anbieten zu können.

Das Projekt befindet sich in gemeinsamer Trägerschaft durch die ev. Kirchengemeinde SLS und der Kreisstadt Saarlouis sowie dem Förderverein ‚Miteinander der Generationen e.V.‘. Zu den Angeboten gehören generationenspezifische- und übergreifende Angebote wie Zielgruppenarbeit bei Jugendlichen, gemeinsames Frühstück und der Wichteldienst (Besuchsdienst) im Bereich der Senioren, sowie gemeinsame Spiele- und Bastelnachmittage, Angebote für und mit Oma und Opa u.v.m.. Das Angebot wechselt täglich, manche Angebote laufen je nach Bedarf oder einmal pro Monat.

Die stadtteilübergreifende Konzeption des Projekts weist jedoch Schwierigkeiten auf. Dies zeigt sich insbesondere darin, dass die Angebote überwiegend von BewohnerInnen aus Steinrausch und Roden genutzt und aktiv unterstützt werden. Ein Grund dafür besteht in der Ausgestaltung des ÖPNV. Gerade am Abend gestaltet es sich oft schwierig mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zurück in den Heimatstadtteil zu fahren. Darum wird etwa der offene Jugendtreff kaum von Kindern- und Jugendlichen aus den anderen Stadtteilen in Anspruch genommen. Darüber hinaus setzt gesellschaftliches Engagement voraus, dass dies in einem vertrauten Umfeld mit Bekannten, Nachbarn und Freunden realisiert werden kann. Die soziale Einbindung in einer Gesellschaft wirkt sich somit förderlich auf der Bereitschaft bürgerlichen Engagements aus (BMFSFJ 2009). Darum ist anzunehmen, dass diese Ein-

bindung nur dort besteht, wo auch der familiäre Alltag gestaltet wird oder sich seit langen Jahren der Lebensmittelpunkt befindet. Aktuell wird eine Ausweitung der Idee auf andere Stadtteile anvisiert, was die Teilhabechancen insgesamt erhöhen würde.

Dieses Problem der stadtweiten Inanspruchnahme gilt analog auch für andere Bereiche. Die Berücksichtigung der stadtteilspezifischen Besonderheiten spielt dabei eine große Rolle. Der Meinung der Experten zufolge, weist jeder Stadtteil bestimmte strukturelle Merkmale auf, welche als eine Art Selbstwahrnehmung des ‚Wir als Gemeinde‘ seitens der BewohnerInnen auch deutlich nach Außen getragen wird. Mit dem Wissen um diese Strukturen und lokale Ressourcen, bieten sich bei der Ausgestaltung von Angeboten neue Möglichkeiten. Es ist anzunehmen, dass sich bei Beachtung dieser spezifischen Gefüge auch die Anzahl der Teilnehmer und Engagierten erhöhen wird.

Familien- und Sozialpass

Ein zentraler Schritt der Stadt zur Erhöhung der allgemeinen Teilhabechancen ist die Einführung des ‚Familien- und Sozialpasses‘ im Jahr 2010. Mit diesem Pass implementierte die Kreisstadt ein zielgruppenorientiertes Element innerhalb der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik. Ziel ist es u.a. finanziell schwachen Personengruppen die Teilhabe an kulturellen und freizeitgestaltenden Angeboten zu erleichtern. Gleichzeitig soll er ein Instrument der städtischen Familienpolitik sein, um Saarlouis familienfreundlicher zu entwickeln. Familien mit Kindern erhalten diese Leistung auch ohne Bedürftigkeit so lange Kindergeld gezahlt wird. Im Rahmen der Ausgestaltung des ‚Familien- und Sozialpasses‘ hat die Stadt begonnen eigene Daten nach Stadtteilen gegliedert zu erheben. In erster Linie dienen diese Daten dem internen Controlling. Insgesamt kommen auf 100 Einwohner von Saarlouis statistisch 1,2 Familien- und Sozialpässe. Mit 1,8 Pässen je 100 Einwohner fällt die Relation in Fraulautern am höchsten aus. Ebenfalls überdurchschnittlich schneiden die Innenstadt und Roden ab; nur geringfügig unter dem Durchschnitt rangiert Steinrausch. Die Verteilung deckt sich somit im Hinblick auf die wahrgenommenen Problemkonstellationen und -ausprägungen.

Tabelle 10: Familien- und Sozialpässe (Stand 25.09.2012)

Stadtteil	Einwohnerzahl	Familien- und Sozialpässe	Familienpässe je 100 Einwohner
Innenstadt	6.407	90	1,4
Roden	8.528	121	1,4
Fraulautern	7.062	126	1,8
Steinrausch	3.885	43	1,1
Lisdorf	3.639	30	0,8
Picard	1.920	13	0,7
Beaumarais	3.717	16	0,4
Neuforweiler	1.638	14	0,9
insgesamt	36.796	453	1,2

Quelle: Stadt Saarlouis

Zur Frage, inwiefern der Ausweis tatsächlich in den beteiligten Einrichtungen eingesetzt wird, liegen seitens der Stadt keine Angaben vor. Lediglich die Nutzung des ‚Windelzuschusses‘ als Teil des Leistungsspektrums kann mit Zahlen hinterlegt werden, da der Sozialpass Voraussetzung für die Beantragung der Leistung für Personen über drei Jahren ist.

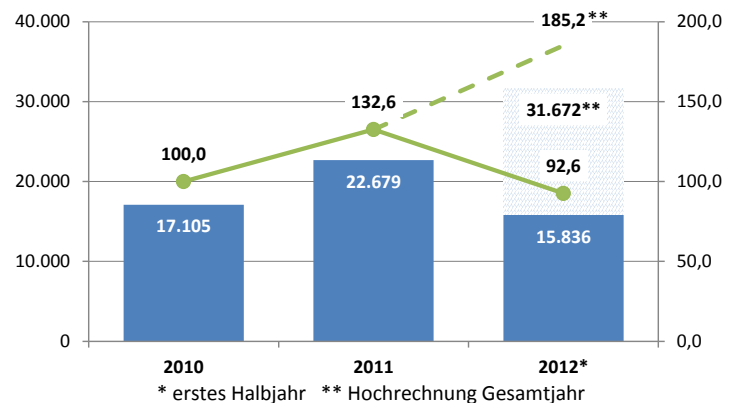
Sozialkaufhaus

Das Sozialkaufhaus der Stadt wurde im Jahr 2009 in Kooperation mit dem Diakonischen Werk (DW) ins Leben gerufen. Das DW hat weitere eigenständige Projekte an das Sozialkaufhaus angeschlossen, die quasi als ‚Zulieferer‘ fungieren. Diese Projekte werden eigens gefördert. Das Projekt ist einerseits

im Bereich der *Armutsbewältigung* zu verorten sowie unter dem Gesichtspunkt *arbeitsmarktqualifizierender Maßnahmen*. Zum einen erhalten armutsgefährdete bzw. von Armut betroffene Personen eine Möglichkeit, sich kostengünstig mit gebrauchten, wieder aufbereiteten Waren (insbesondere Möbel, Textilien und Hausrat, aber auch Bücher oder Fahrräder) zu versorgen. Zum anderen leistet es einen Beitrag zur Heranführung und Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt. Das Sozialkaufhaus ist an vier Tagen pro Woche sowie an jedem ersten Samstag im Monat geöffnet.

Seit seiner Gründung ist eine merkliche Steigerung der Nutzerzahlen festzustellen. Bereits im ersten Halbjahr 2012 waren fast annähernd so viele Nutzer zu verzeichnen wie im gesamten Jahr 2010. Bezogen auf das Gesamtjahr ist daher von einer erheblichen Steigerung auszugehen. Dieser *Nachfrageindikator* deutet auf einen merklichen Bedarf des Angebotes in Saarlouis hin und spiegelt insofern auch die gesamtgesellschaftliche Diskussion um eine gleichberechtigte soziale Teilhabe bzw. zunehmende gesellschaftliche Spaltung wieder. Angesichts der nur groben Aussagekraft des Indikators besteht an dieser Stelle *allerdings weiterer Informationsbedarf* hinsichtlich der kleinräumigen Lebenslagen in Saarlouis.

Abbildung 16: Nutzerzahlen des Sozialkaufhauses 2010-2012 (erstes Halbjahr)



Vereinbarkeitsproblematik und Betreuungssituation

Ein weiteres zentrales Thema bei der Betrachtung der Familien in der Kreisstadt ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Kreisstadt bietet zwar ein vielfältiges Angebot an Betreuungsangeboten für Kinder und Senioren. Problematisch stellt sich jedoch nach wie vor die Abdeckung von Randzeiten dar. Die Familien sind hier überwiegend auf Alternativlösungen angewiesen, da es in der Kreisstadt selbst keine Kinderbetreuungseinrichtung mit entsprechendem Öffnungszeitenkonzept gibt. Lediglich in Saarwellingen, einem Nachbarort der Kreisstadt existiert eine solche Einrichtung, das ‚Kinderland‘. In den Interviews wurde deutlich, dass die Stadt Saarlouis eine derartige Kinderbetreuung gerne ansiedeln möchte. Sie verfügt in diesem Fall jedoch nicht über die Entscheidungsmacht, da dies Kreisangelegenheit ist. In diesem Zusammenhang wurde nicht nur in den Interviews, sondern bereits auf dem Auftaktworkshop auf zukünftig mögliche Kooperationen mit den ansässigen Firmen hingewiesen, auch hinsichtlich der Ausgestaltung der Ansiedlungspolitik von Pendlern.

Nicht zuletzt aufgrund des Rechtsanspruches auf einen Krippenplatz stehen Kommunen bundesweit unter einem enormen Handlungsdruck bei Ausbau der entsprechenden Infrastrukturlandschaft. Im Jahr 2011 werden in der Statistik für Saarlouis insgesamt 15 Kindertageseinrichtungen mit zusammen 1.137 genehmigten Plätzen gezählt. Die Durchschnittsgröße liegt zwischen 65 und 70 Plätzen je Einrichtung. In Steinrausch und Roden befindet sich jeweils eine besonders große Tagesstätte mit über 100 Plätzen. Mit drei Ausnahmen bieten alle Einrichtungen sowohl Krippen- wie auch Kindergartenplätze an. In zwei dieser Fälle handelt es sich um Regelkindergärten ohne Krippenplätze, der dritte Fall bietet neben Krippenplätzen auch Betreuung für Schulkinder zwischen 5 und 14 Jahren, einschließlich Kindern, die eine vorschulische Einrichtung besuchen (vgl. Tabelle 11).

Methodische Anmerkung

In der Statistik wird nicht zwischen Krippen- und Kindergartenplätze differenziert. Auch die Anzahl der Ganztagsplätze wird nicht ausgewiesen. Ab dem Berichtsjahr 2012 werden indes die Öffnungszeiten der Kitas erfasst.

Tabelle 11: Kindertageseinrichtungen 2011 mit genehmigten Plätzen in Saarlouis

Stadtteil	Genehmigte Plätze	Nichtschulkinder von ... bis unter ... Jahren		Schulkinder von ... bis unter ... Jahren
		0 - 3	3 - 8*	5 - 14*
Innenstadt I	100		x	
Innenstadt II	42	x	x	
Innenstadt III	70	x	x	
Innenstadt IV	40	x		x
<i>Innenstadt insg.</i>	<i>252</i>			
Roden I	133	x	x	
Roden II	50	x	x	
Roden III	86	x	x	
<i>Roden insg.</i>	<i>272</i>			
Fraulautern I	50	x	x	
Fraulautern II	85	x	x	
Fraulautern III	35	x	x	
<i>Fraulautern insg.</i>	<i>165</i>			
Lisdorf	100		x	
Beaumarais	68	x	x	
Picard	53	x	x	
Neuforweiler	50	x	x	
Steinrausch	175	x	x	
<i>Saarlouis insg.</i>	<i>1.137</i>	.	.	.

* Einschließlich Kinder, die eine vorschulische Einrichtung besuchen.

Tabelle 12: Tageseinrichtungen nach Trägergruppen, Art der Tageseinrichtung und Öffnungszeiten am 1.3.2012

Trägergruppen	Insgesamt	Und zwar						
		mit einem Beginn der Öffnungszeit von ... bis ... Uhr			mit einem Ende der Öffnungszeit von ... bis ... Uhr			Öffnungszeit beginnt später als 7.30 Uhr und endet vor 16.30 Uhr
Art der Tageseinrichtung		Vor 7.00	7.00 bis 7.30	Später als 7..30	Vor 16.30	16.30 bis 18.00	Später als 18.00	
Tageseinrichtungen mit Kindern im Alter von ... bis unter ... Jahren								
0 - 3	-	-	-	-	-	-	-	-
2 - 8 (ohne Schulkinder)	6 (3)	-	5 (2)	1 (1)	2 (1)	4 (2)	-	1 (1)
5 - 14 (nur Schulkinder)	-	-	-	-	-	-	-	-
mit Kindern aller Altersgruppen	9 (2)	-	7 (2)	2	2	7 (2)	-	2
<i>davon</i>								
<i>mit alterseinheitlichen Gruppen</i>	3	-	1	2	2	1	-	2
<i>mit altersgemischten Gruppen</i>	1	-	1	-	-	1	-	-
<i>mit alterseinheitlichen und altersgemischten Gruppen und</i>	5 (2)	-	5 (2)	-	-	5 (2)	-	-
Insgesamt	15 (5)	-	12 (4)	3 (1)	4 (1)	11 (4)	-	3 (1)
<i>und zwar:</i>								
<i>Tageseinrichtungen mit integ- rativer Betreuung</i>	10 (4)	-	9 (3)	1 (1)	2 (1)	8 (3)	-	1 (1)
<i>Tageseinrichtungen für behin- derte Kinder</i>	-	-	-	-	-	-	-	-
<i>Tageseinrichtungen für Kinder von Betriebsangehörigen</i>	1	-	1	-	-	1	-	-
<i>Tageseinrichtungen von Eltern- initiativen ..</i>	1	-	-	1	1	-	-	1

Werte in Klammern = Öffentliche Träger

Quelle: Statistisches Landesamt Saarland

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sowie der zunehmenden Zahl an Alleinerziehenden und Frauen in Erwerbstätigkeit, werden den haushaltsnahen Unterstützungsangeboten eine verstärkte Bedeutung zukommen. Bisher sind diese Angebote überwiegend im Seniorenbereich angesiedelt und werden insbesondere von ambulanten Pflegediensten angeboten. Zukünftig werden diese haushaltsnahen Dienstleistungen auch für jüngere Generationen interessant werden, um fehlende, innerfamiliäre Strukturen zu kompensieren (Göpfert-Divivier & Schulz 2009). Nach Meinung der befragten Experten, bietet sich an dieser Stelle den Kommunen die Chance, diese Versorgungslücken mittels niedrigschwelliger Angebote in Form bürgerschaftlichen Engagements zu decken. Bei der Ausgestaltung können bereits bestehende Strukturen genutzt und unterstützt werden.

Bemerkenswert ist, dass Frauen vorwiegend im Familienkontext wahrgenommen werden. Spezielle Angebote für Frauen sind eher rar. Es existiert lediglich ein spezielles Unterstützungsangebot bei häuslicher Gewalt sowie ein Sprachtraining für Mütter mit Migrationshintergrund und ein Frauenhistorischer Arbeitskreis, welche beide im lokalen Bündnis für Familie angesiedelt sind.

Handlungsbedarfe bezüglich Leben und Wohnen in der Kreisstadt

Die größten Wohnbauflächen finden sich in Roden, Steinrausch, Fraulautern, Beaumarais, Picard, Neuforweiler und Lisdorf-Holzmühle. In diesen Stadtteilen herrschen allgemein eher strukturelle Handlungsbedarfe (soziale Treffs, Nahversorgung...) vor. Beaumarais, Picard und Neuforweiler hingegen, weisen eine Tendenz zu ‚Wohn- und Schlafgemeinden‘ auf. In Lisdorf und der Innenstadt findet

sich die stärkste gemischte bauliche Nutzung. In den übrigen Stadtteilen prägen kleine Teilzentren entlang der Hauptstraßen das Stadtbild. Diese stellen jedoch weniger Standorte der Nahversorgung dar, sondern sind durch alte Siedlungsausprägungen entstanden (vgl. FIRU, 2009). Beim Wohnungsbestand in der Kreisstadt Saarlouis dominieren die Eigenheime, was typisch ist für Mittelstädte in ländlichen Kreisen (vgl. InWIS 2012). Zu den Haushaltsstrukturen liegen nur bis Kreisebene differenziertere Angaben vor (vgl. Kapitel 3.1). Dort dominieren allgemein die Mehrpersonenhaushalte mit drei und mehr Personen (vgl. Alaze / Renaud 2011).

Beim Thema Wohnen werden mittelfristig, neben dem Seniorenwohnen insbesondere auch die Bereiche Ansiedelung junger Familien und Berufspendler relevant sein. Gründe für die geringe Ansiedelung von Berufspendlern können sowohl in der Angebotsknappheit aber auch in den hohen Immobilienpreisen begründet liegen. Um diesen Umstand detaillierter zu klären, werden noch weitere Analysen im Rahmen der von der Stadt aktuell durchgeführten Wohnungsstudie notwendig sein (vgl. InWIS, 2012).

Unmittelbar mit der Schaffung von Anreizen in der Ansiedlungspolitik verbunden, ist die Auseinandersetzung mit der Nahversorgung in den Stadtteilen. Die Kreisstadt hat dazu im Stadtteil Roden mit der Ansiedlung eines „CAP-Marktes“³³ bereits gezeigt, dass gerade diese Problematik mittels alternativer Lösungen angegangen werden sollte, da langfristig nicht zu erwarten ist, dass sich z.B. reguläre Einzelhandelsunternehmen oder Lebensmittelläden wieder verstärkt dort ansiedeln. Gerade für die ältere Bevölkerung und Familien die auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind, bedeutet der ‚CAP-Markt‘ mit seinem Lieferdienst eine gute Lösung bei der Deckung von Lebensmitteln des täglichen Bedarfs (vgl. AWO 2012).

Innerhalb der Experteninterviews erfolgte der Hinweis, dass die Ausgestaltung der Nahversorgung den Bestimmungen der kommunalen Bebauungspläne unterliegt. Aufgrund dessen können sich die Nahversorger in den Stadtteilen nicht ohne weiteres ansiedeln. Hier zeigt sich sehr deutlich der beschriebene *städtebauliche Paradigmenwechsels* (vgl. Kapitel 5).

4.2.2 Kinder- und Jugendliche

Die folgende Einschätzung des Kinder- und Jugendbereiches, stützt sich auf die Analyse der Dokumente, Projekte, Webseiten und der geführten Interviews.

Aktuelle Herausforderungen in der Kinder- und Jugendarbeit

Die Kreisstadt Saarlouis verfügt insgesamt über eine breite Palette jugendspezifischer Angebote. Darunter finden sich offene sowie auch zweckgebundene freizeitgestaltende Einrichtungen, welche je nach Trägerstruktur ausgestaltet sind. Infrastrukturell gesehen, existieren insbesondere institutionalisierte Angebote, welche sich im Bereich der Innenstadt bündeln. Diese werden unterschiedlich stark von der Zielgruppe genutzt. Das Fachteam Jugendarbeit stellte dazu fest, dass die offenen Jugendtreffs in jüngster Vergangenheit wenig bis gar nicht aufgesucht werden, während spezifische Angebote wie Sport oder Tanzveranstaltungen stets gut besucht sind. Gründe dafür bestehen nach Meinung des Fachteams zum einen in der Einführung des G8 und der damit verbundenen früheren Abwanderung der Jugendlichen aus der Heimatstadt, zur Aufnahme eines Studiums oder um ein Auslandsjahr wahrzunehmen. Des Weiteren haben sich die Schulzeiten bis weit in den Nachmittag verla-

³³ Deutschlandweit ansässige Lebensmittelläden, welche sich die Verbesserung der Arbeitsplatzsituation und die Erweiterung der Möglichkeiten für die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung zum Ziel gemacht hat.

gert und die Inanspruchnahme von Nachmittagsbetreuung hat sich parallel dazu verstärkt, so dass die Kinder- und Jugendlichen über den Tag verteilt bereits stark in institutionalisierte Angebote involviert sind. Die offenen Jugendtreffs, welche ebenfalls den Charakter einer institutionsgebundenen Einrichtung besitzen, werden daher nicht mehr so stark nachgefragt. Die Stoßzeiten in denen Jugendliche an ihren Treffpunkten im Sozialraum angetroffen werden, liegen zwischen 15:30 Uhr und 16:30 Uhr (nach Schulschluss) sowie 17:30 Uhr und 18:00 Uhr. Dies weist wiederum auf ein knappes Freizeitkontingent bei den Jugendlichen hin (vgl. Dezernat für Finanzen, Familien, Soziales, Schulen und Sport 2012).

Moderne Medien ermöglichen zudem, dass viele Freizeitbedürfnisse von zu Hause aus befriedigt werden, so dass sich junge Menschen zunehmend aus dem öffentlichen Raum zurückziehen. Darüber hinaus sind die Jugendlichen seit Einführung der Nachtbusse weitaus mobiler und verbringen ihre Wochenenden auch in anderen Städten wie Saarbrücken (vgl. Dezernat für Finanzen, Familien, Soziales, Schulen und Sport 2012). Des Weiteren wiesen die Experten darauf hin, dass sich die Jugendlichen am Wochenende immer mehr in ihre Heimatgemeinden zurück ziehen, ein Effekt der sich wohl darin begründet, dass der Sicherheitsdienst in der Stadt verstärkt wurde und die Jugendlichen in den Gemeinden mehr Ruhe finden. Deutlich werden hierbei die Bemühungen um Kontrolle seitens der Stadt.

Ähnlich den in Kapitel 4.2.1 beschriebenen Voraussetzungen für bürgerschaftliches Engagements, gestaltet sich auch der Anreiz für Kinder und Jugendliche die Einrichtungen der Stadt zu besuchen oder sich dort zu engagieren. Auch hier spielt die gesellschaftliche Form der Einbindung, hier insbesondere in Form von Freundschaften und dem Besuch der ansässigen Schule eine Rolle. Diese Annahmen werden gestützt von den Ausführungen der interviewten ExpertenInnen. Ihrer Meinung nach zeigt sich, dass die Angebote eher im eigenen Stadtteil, als stadtteilübergreifend genutzt werden.

Widersprüchliche Einschätzung von Bestand und Bedarf

Bei der näheren Analyse der Kinder- und Jugendarbeit können durchaus paradoxe Situationsbeschreibungen festgestellt werden.

Die Stadt ist überaus engagiert und stellt viele unterschiedliche Angebote zur Verfügung. In der Gesamteinschätzung von ‚Ding dein Dorf‘ (2011) lag sie auch saarlandweit vorne. Hier lag seitens der Jugendlichen bei den Bedarfen und Wünschen die Betonung in der Jugendbefragung auf dem Wunsch nach mehr Freizeit- und Einkaufsmöglichkeiten. Darüber hinaus wurde in hohem Maße der Ausbau und Preisgestaltung des ÖPNV angesprochen (vgl. DingDeinDorf 2011). Auch in einer exemplarisch durchgeführten Nutzer- und Expertenbefragung (Verantwortliche aus der sozialen Infrastruktur) im Stadtteil Steinrausch im Jahr 2012 zeigte sich, dass die Jugendlichen dort mit den bestehenden Strukturen insgesamt zufrieden sind. Dominierender Kritikpunkt ist hier ebenfalls fehlendes Charakteristikum großer Städte, wie bestimmte Modehausfilialen oder auch Schnellrestaurantketten (Dezernat für Finanzen, Familien, Soziales, Schulen und Sport 2012). Diese Resultate weisen auf eine widersprüchliche Wahrnehmung der infrastrukturellen Gegebenheiten hin. Es stellt sich die Frage inwieweit die Jugendlichen mit den Angeboten der Kreisstadt zufrieden sein können, wenn sie diese wie oben bereits näher beschrieben, nicht oder nur wenig nutzen. Hierin zeichnet sich ein Dunkelfeld ab, welches zur Aufdeckung zukünftig weiterer Forschung bedarf.

Ein zentraler Fokus in diesem Kontext, ist die Identifikation der Treffpunkte im Sozialraum. Die Streetworker haben neben ihren wöchentlichen Statusberichten in einem Dokument zusammenge-

fasst, welche Plätze in der Stadt und den Stadtteilen besonders stark frequentiert werden. Die Angaben beschränken sich dabei jedoch auf die Ortsbeschreibung in der Innenstadt und den Stadtteilen und auf wenige Angaben, welche Situationen dort aufgefunden werden. Nicht dargestellt wird die Interaktion zwischen aufsuchender Jugendarbeit und den Kindern und Jugendlichen bzw. eine konkrete Beschreibung dessen, mit was die Jugendlichen dort ihre Zeit verbringen. Die Dokumentationen weisen damit auch nur sehr marginal auf, wie sich die tägliche Arbeit der Streetworker gestaltet (vgl. Kreisstadt Saarlouis 2012c). Es entsteht der Eindruck, dass sich die Mitarbeiter in einem Spannungsfeld zwischen ihrem Hauptaufgabengebiet (der Schaffung zielgruppenorientierter ‚Geh-Strukturen‘) und der Anforderung der Stadt zu Sicherheit und Sauberkeit an den von den Jugendlichen stark frequentierten Plätzen herzustellen, befinden.

Die Angaben der Vertreter der Stadt sowie der relevanten Institutionen und Träger, weisen auf ein weiteres Spannungsfeld bei der Frage nach Bedarfen und Bedürfnissen hin. Die von der Stadt befragten Experten im Stadtteil Steinrausch, sehen den Bedarf in der Kinder- und Jugendarbeit eher in der Verstärkung institutioneller Arbeit in Form zentraler Anlaufstellen oder Zielgruppenarbeit (vgl. Dezernat für Finanzen, Familien, Soziales, Schulen und Sport 2012). Fehlende Räume für Kinder und Jugendliche wurden auch mehrfach in den Experteninterviews als zentraler Bedarf genannt. Dieser Umstand kontrastiert mit der beschriebenen mangelnden Nutzung nach diesen Einrichtungen bei der Zielgruppe. Spürbar wird hier ein Spannungsfeld zwischen Bestandserhalt und Neuausrichtung aus ‚Stakeholderperspektive‘.

Nach Meinung der Befragten ExpertenInnen, sind insbesondere die langen Dienstwege bei der zielgruppenorientierten Gestaltung neuer Angebote im Kinder- und Jugendbereich problematisch. Häufig haben bis zum Zeitpunkt des Beschlusses durch den Sozialausschuss und der Projektimplementierung die Mitglieder der Gruppe von Jugendlichen bereits gewechselt und andere Interessen rücken in den Vordergrund.

Aufklärungsstrategien der Kreisstadt

Zur Klärung der beschriebenen divergierenden Vorstellungen von Bedarfen im Kinder- und Jugendbereich, bedient sich die Stadt verschiedener alternativer Datenerhebungsmethoden um der Frage, wie die Jugendpolitik zukünftig unter diesen Bedingungen überhaupt noch gestaltet werden kann, zu begegnen.

Die Stadt versucht zum einen, über entsprechende Webseiten (z. B. youngweb.de) die Zielgruppe mittels moderner Medien zu erreichen. Des Weiteren soll die in Steinrausch bereits durchgeführte Befragung der Jugendlichen im Herbst 2012 auf die anderen Stadtteile ausgeweitet werden. Diese Zielgruppenbefragung, kann Hinweise auf einen mittel- bis langfristig notwendigen Wandel in der Ausgestaltung von Angeboten im Kinder- und Jugendbereich liefern. Sollte sich in der Befragung der Jugendlichen erhärten, wie etwa dass stadtteilübergreifend weniger Institutionsgebundene freie Angebote gewünscht werden, würde auch die Veränderung von Kooperationsvereinbarungen und eventuell auch finanzielle Verluste für die Träger bedeuten. Inwieweit sich diese Vermutung erhärtet, werden die von den Streetworkern erhobenen Befragungen in den Stadtteilen zeigen.

Eine weitere in diesem Kontext wichtige Datenquelle, stellt die Dokumentation des saarlandweiten Projekt ‚Schoolwork‘ dar. Dabei handelt es sich um Monitoringdaten zu Gründen und Häufigkeiten der Ansprache der Schoolworker in den Schulen der Kreisstadt. Diese Daten könnten möglicherweise die herrschende Informationslücke ein Stück weit schließen oder zumindest neue Anhaltspunkte liefern. Der Landkreis Saarlouis hat bereits von Beginn dieses Projektes an (2004) Daten zur Nutzung

des Schoolwork erhoben. Saarlouis war der erste Landkreis der solche Daten erhoben hat, sowohl auf Ebene des Kreises als auch der Kommunen. Die Datenfreigabe unterliegt dem Landkreis und ist bislang noch nicht entschieden.

Entwicklungen im Jugendhilfebereich

Der Bereich der Jugendhilfe lässt sich festhalten, dass bezogen auf die unter 21-Jährigen rund ein Fünftel aller Maßnahmen des Kreisjugendamtes auf die Stadt Saarlouis entfallen. Die deutlichsten Veränderungen findet sich bei der ‚Sozialpädagogischen Familienhilfe‘ (SPFH, §31 SGB VIII) mit einem Anstieg von rund 48 % zwischen 2008 und 2009. Die Fallzahlen im Bereich der übrigen Maßnahmen haben sich zwischen den beiden Jahren quantitativ nicht relevant verändert. Roden ist auch hier der Stadtteil mit den meisten Fallzahlen. Insgesamt gesehen sind Roden und Steinrausch die Stadtteile in denen die Kinder- und Jugendhilfe insgesamt am stärksten intervenieren. Zur näheren Interpretation sind ergänzende Analysen auch zu den Gegebenheiten in den Stadtteilen notwendig (vgl. Kreisjugendamt Saarlouis 2010). Anhand der Aussagen in den Experteninterviews muss bezüglich der Aussagekraft dieser Resultate eine Einschränkung vorgenommen werden. Die Daten bilden in erster Linie eine Momentaufnahme ab und sind nicht dazu geeignet eine Prognose zu stellen oder konkrete Entwicklungen abzuleiten.

Der größte Handlungsbedarf im Bereich der Jugendhilfe besteht nach Meinung der Experten, im Angebot spezieller Kinder- und Jugendtherapeuten und im Schulpsychologischen Dienst. Insbesondere bei der Gestaltung von Übergängen und schneller Intervention bei Krisen, wirkt sich dieser Mangel stark hemmend aus. Die ambulante Jugendhilfe kann dies nur bedingt kompensieren. Auch die Stadt kann hier höchstens bei den entsprechenden Kammern oder auf Landesebene einen Bedarf anmelden und/oder mit den ansässigen Therapeuten eine entsprechende Diskussion anstoßen.

4.2.3 Senioren

Der Seniorenbereich findet insbesondere in den neu geschaffenen Projekten der Stadt Beachtung. Mit dem Projekt ‚Miteinander der Generationen‘ (MdG) im Stadtteil Steinrausch, hat die Kreisstadt einen ersten Grundstein in der zielgruppenübergreifenden Arbeit geschaffen. In Form offener Gesprächskreise und ähnlichem sollen die Senioren aktiv eingebunden werden und der drohenden Altersarmut begegnet werden. Gerade hinsichtlich dieser sich andeutenden Problematik, werden den Niedrigschwelligen, offenen Angeboten in der Stadt und den Stadtteilen eine zunehmende Bedeutung zukommen.

Die Seniorenmoderatorin der Kreisstadt Saarlouis bietet unter dem Motto ‚Aktiv älter werden‘ auch zweimal pro Jahr eine Programmreihe an. In Kooperation mit der Katholischen Familienbildungsstätte und der VHS werden verschiedenste Veranstaltungen mit medizinischen, ernährungs- und bewegungsorientierten Aspekten angeboten (vgl. MdG 2011). Aktuell liegt auf den Webseiten des MdG noch das Herbstprogramm aus dem Jahr 2011 vor.

Experten weisen auf weitere Kooperationsmöglichkeiten hin

Nach Einschätzung der befragten ExpertenInnen, sollten gerade die Veranstaltungen, die darauf abzielen die Senioren zusammenzubringen, häufiger als momentan einmal im Monat (wie z.B. das offene Frühstück) angeboten werden. Darüber hinaus sollten Kooperationsmöglichkeiten mit den Kirchen und anderen Akteuren in diesem Feld genutzt werden, um eine Ausweitung solcher niedrigschwelliger Angebote zu ermöglichen.

Die Stadt kann so auch einem weiteren zentralen Problemfeld begegnen, nämlich dem der drohenden Altersarmut. Insbesondere davon betroffen sind davon alleinstehende Frauen. Auch heute sind erste Merkmale bereits spürbar. Durch eine Ausweitung niedrigschwelliger Angebote, kann die Teilhabemöglichkeit dieser Personen erhöht und bestehende Bedarfe schneller aufgedeckt und kompensiert werden.

Berechnungen prognostizieren zunehmende Pflegebedürftigkeit

Für den Seniorenbereich liegt auf Kreisebene eine Seniorenplanung aus dem Jahr 2011 vor. Viele der analytischen Ergebnisse dieses Berichtes, lassen sich jedoch auf die Stadt übertragen, geht man davon aus, dass Saarlouis die größte Kommune des Landkreises ist. Ein zentrales Ergebnis der Analyse sind die Entwicklungen der Pflegebedürftigkeit anhand prognostischer Berechnungen. Demzufolge sind deutliche Zunahmen bei der Anzahl der zukünftigen Pflegebedürftigen bis 2020 bzw. 2030 zu erwarten. Ähnlich verhält es sich bei der zukünftigen Entwicklung des Pflegepersonalbedarfs. Zeitgleich werden in allen Leistungsbereichen (ambulant, stationär und Pflegegeldleistungen) ausgeprägte Anstiege erwartet (vgl. Alaze et al. 2011).

Wohnstudie berücksichtigt Prognosen

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sind neben einem höheren Pflegebedarf auch Veränderungen im Bedarf von geeigneten Wohnräumen zu erwarten. Die Kreisstadt lässt aktuell zur näheren Betrachtung der zukünftigen Bedarfe im Bereich des Wohnens eine Studie durchführen. Ein erstes Ergebnis dieser Analyse ist, dass die Nachfrage nach kleineren Haushaltsgrößen steigen wird, denn es ist davon auszugehen, dass die steigende Anzahl der älteren Personen eher in kleineren Wohnungen leben möchte (vgl. InWIS 2012). Die Kreisstadt lässt damit ähnliche Entwicklungen erwarten, wie sie auf Landesebene prognostiziert werden. Denn dort lebt in der Altersgruppe 65 bis 80 die Mehrheit in Haushalten mit zwei Personen, in der Gruppe der 80-jährigen lebt mehr als jeder zweite allein. Die Vorausberechnungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder zeigen, dass bis 2020 die Anzahl der Haushalte und dabei insbesondere die mit drei oder mehr Personen deutlich sinken werden. Die Zahl der Ein- und Zweipersonenhaushalte werden dagegen steigen (vgl. Alaze / Renaud 2011).

Langfristig gesehen, wird die Bevölkerungsentwicklung damit auch zu verstärktem Leerstand und Qualitätsdefiziten in den bestehenden Wohnungen führen. Verstärkte Sanierungen, Umbau und auch Rückbau müssen daher mittelfristig ins Auge gefasst werden (vgl. InWIS 2012). Darüber hinaus werden zukünftig zur Ermöglichung des zukünftig längeren Verbleibs in der eigenen Häuslichkeit im Alter, die Weiterentwicklung alternativer Wohnformen mit integrierter Betreuung und Service relevant sein (vgl. Alaze / Renaud 2011 ; InWIS 2012). Den oben erwähnten haushaltsnahen Alltagshilfen kommt in diesem Zusammenhang ebenfalls eine stetig steigende Bedeutung zu (vgl. Kapitel 4.2.1).

Alternative Versorgungsangebote werden zunehmend relevanter

Ein besonderer Bedarf besteht in der alternativen und ambulanten Versorgung. Insbesondere gilt dies für Demenzerkrankte und deren Angehörige. Die Angebotspalette an alternativen Wohn- und Betreuungsformen ist zur Zeit weder transparent, noch kann davon ausgegangen werden, dass der Bedarf damit momentan gedeckt werden kann (vgl. Alaze et al. 2011). Orientierung hierfür, bieten die Empfehlungen des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge zur Unterstützung und Betreuung von Demenzerkrankten von 2011. Darin enthalten ist die Novellierung des Begriffs der Pflegebedürftigkeit, so dass auch Demenzerkrankte Leistungen aus der Pflegeversicherung erhalten können. Eine interdisziplinäre Zusammenarbeit und ein Ausbau mobiler ärztlicher Sprechstunden in

Kombination mit aufsuchenden Angeboten zur Rehabilitation und Prävention sollen die Versorgung langfristig verbessern. Transparenz, Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit sowie die Schaffung von Demenz-Netzwerken soll die Sensibilität der Bevölkerung schärfen und zugleich den Austausch von Angehörigen und den verschiedenen an der Behandlung beteiligten Professionen befördern. Darüber hinaus bieten solche Strukturen die Möglichkeit verstärkt niedrigschwellige Angebote anzusiedeln. Kommunale Unterstützungsmöglichkeiten bestehen außerdem in der Erweiterung sozialer Netzwerke und bürgerschaftlichem Engagement sowie der Förderung von Angeboten zur Fort-, Aus- und Weiterbildung von Professionellen und Ehrenamtlichen (vgl. DV 2011b). Die Stadt kann diese Empfehlungen sicherlich nicht in voller Gänze umsetzen, jedoch können Sie in Auszügen als Grundlage und Anstoß für zukünftige Diskussionen mit verantwortlichen Institutionen dienen.

Kooperationsmöglichkeiten bestehen für die Stadt u.a. mit dem dort ansässigen Demenzverein. Hierbei handelt es sich um eine Einrichtung mit Modellcharakter. Bisher verfügt im Landkreis Saarlouis nur die Stadt Saarlouis über einen solchen Verein, eine Ausweitung auf Standorte in anderen Städten und Gemeinden des Landkreises war nach Expertenauskunft bisher nicht möglich. Der Verein verfügt über eine langjährig gewachsene Fachexpertise und kooperiert stark mit den ansässigen Trägern der Altenhilfeeinrichtungen.

Darüber hinaus besteht aus Expertensicht zukünftig ein stärkerer Bedarf an diesen Angeboten da die stationären Angebote zum einen ausgesprochen kostenintensiv sind und zum anderen auch von den älteren Menschen nicht mehr so stark präferiert werden. Innerhalb der Gruppe der Senioren ist eine deutliche Wende zu beobachten, welche dazu führt, dass dem Verbleib in der eigenen Häuslichkeit und dem Leben in Selbstbestimmtheit eine viel größere Bedeutung zukommt, als das noch vor einigen Jahren der Fall war.

4.2.4 Behinderte

In den geführten Interviews wurde deutlich, dass in der Stadt Saarlouis seit einigen Jahren nicht nur bereichsübergreifend das Thema Barrierefreiheit verstärkt diskutiert wird sondern, dass diese Thematik auch verstärkt bei der Umsetzung von Projekten und Programmen berücksichtigt wird. Die Stadt folgt damit im Rahmen ihrer Möglichkeiten der 2009 in Kraft getretenen UN-Behindertenrechtskonvention, in der es heißt:

Art. 1: „[...]bedeutet „universelles Design“ ein Design von Produkten, Umfeldern, Programmen und Dienstleistungen in der Weise, dass sie von allen Menschen möglichst weitgehend ohne eine Anpassung oder ein spezielles Design genutzt werden können. ‚Universelles Design‘ schließt Hilfsmittel für bestimmte Gruppen von Menschen mit Behinderungen, soweit sie benötigt werden, nicht aus. (UN-Behindertenrechtskonvention 2011)

Diese Konvention geht einher mit einer neuen Bewegung hin zur Inklusion. Dieser Umstand hat weitreichende Auswirkungen auf verschiedene Bereiche wie etwa Schulen und Kindergärten. Die momentan bestehenden Werkstätten und Wohnheime etwa, liegen nach Expertenmeinung überwiegend weit außerhalb. Ein erstes Resultat dieses Paradigmenwechsels ist jedoch, dass sich der Lebensmittelpunkt der Menschen mit Behinderung zunehmend in Richtung Innenstadt verlagert. Mittelfristig steigt damit auch der Bedarf an geeigneten Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung.

Im Interesse dieses neuen Inklusionsgedankens, sollten nach Meinung der interviewten Experten, prospektivere Planungen, etwa bei der infrastrukturellen Gestaltung von Einrichtungen, ins Auge

gefasst werden. Dadurch könnte zukünftig auf das Nachrüsten bestehender Angebote verzichtet werden.

Allgemein hielten die Befragten fest, dass die Stadt im Rahmen ihrer Möglichkeiten sehr schnell und unkompliziert auf die Belange der Betroffenen reagiert, wie etwa bei der Neuausweisung von Behindertenparkplätzen.

Sensibilisierung und stärkere Differenzierungen des Barrierebegriffs

Laut den Experten, wäre seitens der Betroffenen eine höhere Sensibilität innerhalb der Bevölkerung wünschenswert, was auch durch Aktionen bzw. Programme der Stadt weiter unterstützt werden könnten. Auch wird in der allgemeinen Diskussion die Barrierefreiheit sehr stark gleichgesetzt mit der baulichen Umgestaltung für Rollstuhlfahrer oder Gehbehinderte. Die Experten wiesen jedoch explizit darauf hin, dass die Gruppe der Menschen mit Behinderung eine viel größere Heterogenität aufweist. Wichtig wäre daher, zukünftig auch die Konzentration auf andere Handicaps wie Seh- und Hörbehinderungen oder psychische Behinderungen.

Eigeninitiative Stadtinfrastruktur

Infrastrukturell gesehen, besteht die zentrale Anlaufstelle für die Menschen mit Behinderung im ‚Aktionskreis Rollstuhlfahrer, Gehbehinderte und Freunde‘ welcher 2006 gegründet wurde. Er informiert über aktuelle Neuerungen im Bereich der Barrierefreiheit in der Kreisstadt und liefert zu dem eine detaillierte Übersicht zu stadtübergreifenden behindertengerechten Infrastrukturen, wie etwa die Auflistung barrierefreier Arztpraxen, Therapeuten, Hohl- und Bring Dienste, Einkaufsmöglichkeiten, sowie Freizeitgestaltungs- und Parkmöglichkeiten. Darüber hinaus bietet die Webseite eine Plattform um Missstände aufzuzeigen oder auch gute Beispiele anzuführen. Dazu können betroffene direkt mit den Gruppenmitgliedern in Kontakt treten, in etwa per elektronisches Kontaktformular (vgl. Aktionskreis Rollstuhlfahrer 2012).

Deutlich wird hier eine hohe Eigeninitiative der Betroffenen. Dieser Umstand liegt auch darin begründet, dass die Stadt in diesem Bereich einen Nachholbedarf hat, den sie auch selbst einräumt. Dies wurde anhand der geführten Interviews deutlich.

Die Kooperation mit der Kreisstadt besteht insoweit, dass der Behindertenbeauftragte der Stadt einer der Gründungsmitglieder ist. Die Ideen, Wünsche und Bedarfe der Betroffenen werden dadurch direkt an die Stadt herangetragen. Dies entspricht der gängigen Praxis der Stadt, Beauftragte als Seismographen bestimmter Gruppen einzusetzen.

Weitere Beratungs- und Servicestellen für Menschen mit Behinderung sind teilweise auch außerhalb der Kreisstadt angesiedelt. In der Stadt angesiedelt sind das Miteinander der Generationen, der Betreuungsverein und die Arbeitsstelle für Integrationspädagogik der Arbeiterwohlfahrt sowie der Sozialverband VdK e.V. (vgl. Kreisstadt Saarlouis 2012b).

Der Behindertenbereich verfügt über diverse Schnittstellen, wie etwa mit dem Jugendbereich und auch insbesondere mit dem Seniorenbereich, da körperliche Einschränkungen sich unabhängig vom Alter der Betroffenen recht ähnlich gestalten. In diesem Zusammenhang wiesen die Fachexperten auf die Seniorenvereine hin. Diese bieten auch für Menschen mit Behinderung eine niedrigschwellige Plattform, wo ein reger Austausch möglich ist.

Gastronomie und ÖPNV weisen Entwicklungsbedarfe auf

Anhand der Angaben in den Interviews wurde deutlich, dass die Bemühungen der Stadt um eine verstärkte Berücksichtigung von Menschen mit Behinderung insbesondere im Baubereich sichtbar werden. Regelmäßig werden dazu Beratungen aus Betroffenenperspektive in Anspruch genommen.

Topografisch gesehen, bietet die Innenstadt der Kreisstadt Saarlouis Menschen mit Behinderung einen Vorteil. Sie ist sehr eben, große Anhöhen und ähnliches existieren kaum. In den Stadtteilen hingegen, existieren noch Baubestände wie etwa alte Gehsteige, welche zu erheblichen Schwierigkeiten bei Rollstuhlfahrern bzw. gehbehinderten Personen führen können. In welchen Stadtteilen dies besonders stark ausgeprägt ist, muss zukünftig noch näher identifiziert werden, so die ExpertenInnenmeinung.

Des Weiteren wiesen die Befragten darauf hin, dass hinsichtlich der Ausgestaltung der öffentlichen Einrichtungen viele kulturelle Einrichtungen bereits barrierefrei gestaltet wurden bzw. sich in entsprechenden Umbauphasen befinden. Ein großer Nachholbedarf besteht jedoch im Hotel- und Gastronomiebereich. Um dort geeignete Anreizsysteme zu implementieren, wie finanzielle Unterstützungen oder Auflagen bei der Vergabe von Konzessionen, sind die Einflussmöglichkeiten und Gestaltungsspielräume der Stadt eher begrenzt. Perspektivisch wird dies ein Thema sein, welches eher auf Bundesebene ausgestaltet werden kann.

Ein weiterer Bereich, in dem nach Meinung der Befragten Experten Handlungsbedarf besteht, ist die ÖPNV. Ungeeignete Fahrzeuge und umständliche Rampensysteme verkomplizieren die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel. In diesem Zusammenhang wäre eine weitere Ausgestaltung beim Einsatz von Begleitpersonen, wie momentan von Jugendlichen stark frequentierten Fahrten bereits üblich, denkbar.

Ein dritter Bereich, in dem seitens der Experten einen Handlungsbedarf identifiziert wurde, ist das Angebot an psychologisch-psychotherapeutischen Einrichtungen für Kinder- und Jugendliche. Diese Versorgungslücken tangieren nicht nur die Strukturen in der Jugendhilfe (s. auch 4.2.2). Vielmehr werden die Erkrankungen, die in diesem Kontext auftreten bei der Betrachtung der Menschen mit Behinderung häufig übersehen. Im Sinne einer stärkeren Ausdifferenzierung des Begriffes ‚Barrierefreiheit‘, sollte diesen Handicaps zunehmend mehr Beachtung geschenkt werden. Die ambulante Kinder- und Jugendhilfe fungiert hier häufig als Zwischenstation, bevor eine Therapie beginnen kann. Die Wartezeiten sind aufgrund des niedrigen Angebotes entsprechend lang. Auch der Schulpsychologische Dienst vermag dies nicht zu kompensieren. Eine frühzeitige Unterstützung wirkt sich maßgeblich auf die weitere Entwicklung aus und stellt die Weichen für das Erwachsenenleben. Die Einflussmöglichkeiten der Stadt sind hier begrenzt, allenfalls kann auf Grundlage dieser Erkenntnisse eine Diskussion an den verantwortlichen Stellen initiiert werden.

Integration in die Planungen der Stadt

Der Miteinbezug von Menschen mit Behinderung in die konkreten Planungen der Stadt gestaltet sich momentan nur vor dem Hintergrund einer Beratung in Bau- und Umgestaltungsmaßnahmen. Die Barrierefreiheit umfasst jedoch weit mehr als nur die Gestaltung der Umwelt im konkreten Bedarfsfall. Eine dauerhafte Veränderung und Verstärkung der Sensibilität der Bevölkerung mit diesem Thema kann nur durch verstärkte Aufklärung und Einbindung geschehen. Einen wesentlichen Beitrag trägt der Verein für Sozialpsychiatrie e.V. dazu bei. Als Träger ambulanter und stationärer Einrichtungen für Menschen mit psychiatrischen Behinderungen, Wiedereingliederungs- und Beschäftigungsmaßnahmen sowie der Beförderung bürgerschaftlichem Engagements spielt der Verein bei der För-

derung der Rechte von Menschen mit Behinderungen eine übergeordnete Rolle. Sie gestalten durch die Etablierung der Läden, in der die von den Betroffenen hergestellten Produkte verkauft werden, wesentlich das Bild der Stadt und integrieren so die Klienten ganz selbstverständlich in den Alltag der BürgerInnen (vgl. VfS 2012). Die Kooperationsbeziehungen mit der Kreisstadt erscheinen an dieser Stelle merklich ausbaufähig. Hierin besteht eine weitere Möglichkeit zur Zusammenarbeit im Sinne der weiteren Integration von Menschen mit Behinderung in der Kreisstadt.

5 Theorie und Praxis der Sozialplanung in Saarlouis

Im Fokus der beiden vorangehenden Kapitel wurden zwei zentrale Bestandteile der Sozialplanung (Monitoring/Sozialberichterstattung sowie Bestandsanalyse) in ihren Eckpunkten umrissen. Für beide Teile wurde dabei weiterer Konkretisierungs- und Vertiefungsbedarf festgestellt. Um diesem Punkt Rechnung tragen zu können, werden in diesem Kapitel die Abläufe und Planungsprozesse der Stadt Saarlouis in den Blick genommen, die bereits im Rahmen des Zwischenberichts auf Basis von Experteninterviews näher beschrieben wurden.³⁴ Aus einer strukturellen Perspektive wird nun geprüft, inwiefern die aktuelle Handlungspraxis mit sozialplanerischen Gesichtspunkten konform bzw. anzupassen ist.

5.1 Strukturen und Planungsprozesse in der Kreisstadt Saarlouis

5.1.1 Strukturproblematik

Unter dem Aspekt der Strukturproblematik ist die Berücksichtigung der drei Strukturebenen (Landkreis, Stadt und Stadteile) zentral. Im Mittelpunkt stehen hierbei die Kooperationsstrukturen und Regelungsmuster bei der Erbringung sozialer Dienstleistungen, die als Grundlage für sozialplanerische Prozesse in den Blick genommen werden.³⁵ Die Schlüsselkategorie der Strukturproblematik umfasst diejenigen Aspekte, die unter einer strukturellen Perspektive die organisatorische Rahmung sozialpolitischer Fragestellungen betreffen.

Diese sind vielfach an der *Schnittstelle zwischen Kreis- und Stadtebene* angesiedelt (vgl. Tabelle 13). Deutlich wurde, dass die beiden Strukturebenen zwei unterschiedliche Erbringungskontexte für soziale Dienstleistungen konstituieren. In der Vergangenheit ist es den Akteuren auf beiden Seiten oft gelungen, diese produktiv wechselseitig zu ergänzen. Eine nicht zu verkennende Unzufriedenheit ist indes ebenso auf beiden Seiten offenkundig. Die Kooperationsstrukturen erscheinen angesichts der verschiedenen involvierten Akteure in unterschiedlichen Konstellationen äußerst heterogen und unübersichtlich.

Tabelle 13: Strukturproblematik an der Schnittstelle zwischen Landkreis und Stadt

Kreis	Stadt
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Steuerungsanspruch ▪ Enges Verständnis als Pflichtaufgabe i. S. des Leistungsrechts ▪ Übergeordnete Planungsinstanz durch institutionelle Zuordnung (Jobcenter, Sozialamt, Jugendamt) ▪ Modulare Planungsansätze (z.B. Seniorenplanung) ▪ Reaktive Planung 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ weites Verständnis angestrebt (soziale Teilhabe) ▪ im Kern heterogene Vorstellungen und mangelnde Verankerung in Ressorts- und Zuständigkeitsbereichen (Defizit auf normativer Steuerungsebene) ▪ intermediäre Instanz zwischen Verwaltungsinstitutionen auf Kreisebene und konkreter Lebenswelt der BürgerInnen ▪ freiwillige Angebote i. S. der Daseinsvorsorge ▪ ‚antizipierende‘ Planung

Die Kooperationen stoßen aber spätestens dann an eine Grenze, wenn hierdurch die *Kreisumlage* tangiert wird. An dieser Stelle sind *unterschiedliche Auffassungen zur Verteilungslogik* bzw. -gerechtigkeit der Mittel offenkundig: Während der Kreis als übergeordnete Verwaltungseinheit dem

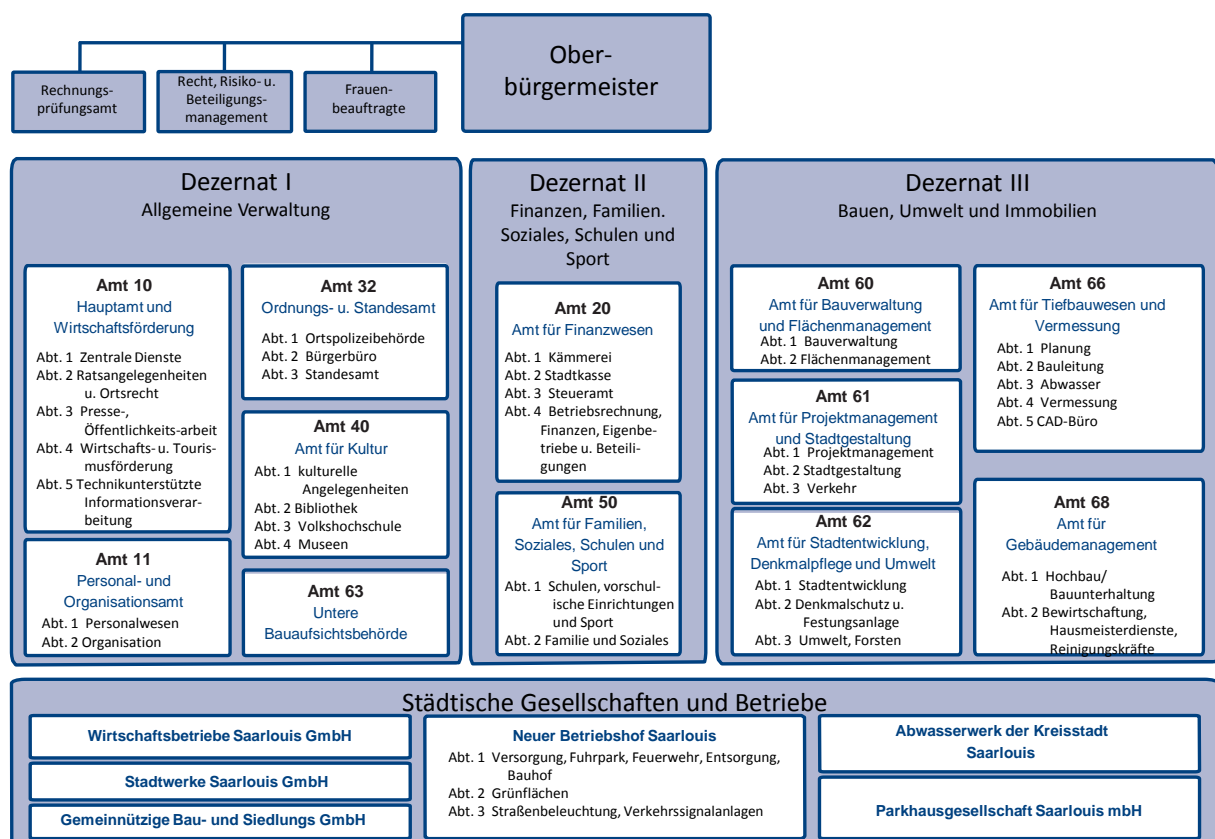
³⁴ In diesem Zusammenhang wurden drei Kernkategorien – Strukturproblematik, Projektförmigkeit und Heterogenität – rekonstruiert.

³⁵ Entgegen der ursprünglichen Projektplanung ist die Fokussierung der Stadtteilperspektive in den Hintergrund gerückt. Gemeinsam mit der Auftraggeberin wurde dieser Aspekte auf eine Folgestudie verschoben.

Prinzip der Gleichbehandlung aller angeschlossenen Kommunen folgt (Gleichverteilung), scheint von Seiten der Stadt Saarlouis als größter Einzahler der Kreisumlage eine bevorzugte Behandlung und Unterstützung der eigenen Aktivitäten erwartet zu werden (Leistungsgerechtigkeit).

Innerhalb der Stadt Saarlouis ist insgesamt noch kein einheitliches Verständnis von Sozialplanung vorhanden. Planungsprozesse erscheinen fragmentiert und von wechselnden Ressortzuständigkeiten geprägt zu sein. Unterentwickelt ist etwa die Kooperation zwischen der Stadtentwicklungsplanung und den anderen Einheiten in der Stadtverwaltung, die mit Fragen der Sozialplanung befasst sind. Das Organigramm der Stadt verdeutlicht, dass sich zahlreiche Abteilungen in unterschiedlichen Ämtern bei der Sozialplanung abstimmen müssen, woraus ein erheblicher Kooperations- und Koordinierungsbedarf resultiert. Dieser ist momentan weder institutionell berücksichtigt, noch personell abgedeckt. Das Projekt der Sozialplanung ist vor diesem Hintergrund als evolutionärer Prozess zu verstehen, im Zuge dessen die Stadt nicht nur klare Zuständigkeiten und Prozesse definieren muss. Ebenso ist auf der normativen Steuerungsebene eine Verständigung über die Zielsetzungen, die mit sozialplanerischen Maßnahmen erreicht werden sollen, erforderlich. Diese sind als Grundvoraussetzung einer kontinuierlichen Planung und Überprüfung anzusehen (vgl. Kapitel 2).

Abbildung 17: Organigramm der Stadt Saarlouis



Quelle: Stadt Saarlouis

Neben organisatorischen klaren Zuständigkeiten stellt eine *fehlende systematische Datengrundlage (strukturelle Datenblindheit)* zur Beurteilung der IST-Situation ein erhebliches Problemfeld der Sozialplanung dar. Der vorliegende Bericht greift dieses Manko auf und empfiehlt hierzu eine Vorgehens- und Verfahrensweise, wie diese Datenlücke zukünftig geschlossen werden kann, ohne dabei den Anspruch zu erheben eine abschließende und vollständige Datenbasis bereitzustellen. Auch perspektivisch wird für vertiefende Analysen in Teilbereichen immer wieder Datenbedarf entstehen.

5.1.2 Projektförmige Planungsweisen

Neben den strukturellen Rahmenbedingungen und Voraussetzung der Planung in der Kreisstadt sind insbesondere auch die Planungsprozesse selbst sowie die damit einhergehenden Interaktionsmuster im Rahmen der Analyse von Bedeutung. Die vorgefundene Projektlandschaft für die verschiedenen Zielgruppen ist in erster Linie geprägt von einem projektförmigen, äußerst heterogenen Charakter.³⁶ Im Kern ist dies als Ergebnis der Handlungspraxis der Stadt zu verstehen, die durch zwei zentrale Kennzeichen charakterisiert werden kann: einerseits Offenheit für (kleinere) Projektideen sowie, andererseits, erhebliches finanzielles Engagement für ‚Leitprojekte‘:

- *Offenheit der Stadt:* Die Stadt Saarlouis zeigt sich offen für Anregungen und Ideen von unterschiedlicher Seite (Bottom-up-Prinzip), greift diese gerne auf und fördert sie im Rahmen ihrer Spielräume. Insgesamt scheint es in den verschiedenen Bereichen jedoch an klaren Zielvorstellungen zu mangeln. Einzelne betrachtet ist jede Maßnahme und jedes Projekt für sich im Grunde gut begründbar, eine übergreifende konzeptionelle Klammer ist indes auf den ersten Blick nicht zu erkennen. Die als positiv herauszustellende Offenheit der Stadt kann so auch zu einer gewissen ‚Schnelllebigkeit‘ von Projekten führen (Gefahr des ‚Aktionismus‘). Im Fall von geringer Nachfrage oder von Problemen werden Angebote mitunter auch rasch wieder eingestellt bzw. durch andere Angebote ersetzt – ein Problem, das insbesondere im Jugendbereich erkennbar ist. Hier sind die zuständigen Abteilungen mit einer im Grunde paradoxen Situation konfrontiert, die sie ein Stück weit ratlos macht (vgl. Kapitel 4.2.2).
- *Leitprojekte:* Das finanzielle Engagement für Leitprojekte (z.B. Miteinander der Generationen; Kinder- und Jugendfarm) stellt eine Art Gegenentwurf zum oben skizzierten dar. Hier werden ‚große‘ Themenstellungen vor allem auch unter einer institutionellen Perspektive bearbeitet. Die Vorgehensweise ist hier eher als top-down Prozess zu kennzeichnen, ausgehend von einer fundierten konzeptionellen Grundlage. Die Stadt kooperiert an diesen Stellen eng mit den verschiedenen Trägern. Ziel ist es offensichtlich selbst tragende Strukturen zu schaffen, die von der Stadt kontinuierlich (aber zurückhaltend) begleitet und später nur noch punktuell (finanziell/materiell) unterstützt werden.

Das Ergebnis der rekonstruierten Strukturen und Prozesse kann mit der Kategorie ‚Heterogenität‘ gut umschrieben werden. Die *Heterogenität der Angebote und sozialen Dienstleistungen* spiegelt ein überdurchschnittliches Engagement von Saarlouis wieder, um möglichst allen Bevölkerungsteilen Chancen zur sozialen Teilhabe zu eröffnen (‚Lebenswerte Stadt zum Wohnen‘). Entsprechend breit ist die Angebotspalette, sowohl unter einer Zielgruppenperspektive wie auch im Hinblick auf die vielfältigen Trägerstrukturen der einzelnen Angebote (vgl. Kapitel 4).

Die skizzierten impliziten Handlungsorientierungen und die heterogene Infrastrukturlandschaft sind auch im Zusammenhang mit Grenzen der Planbarkeit zu diskutieren:

- Der Begrenztheit der Ressourcen versucht die Stadt durch *kreative Ausschöpfung von Möglichkeiten* zu begegnen. Sozialen Bedarfen wird mit finanziellen Möglichkeiten (sowohl budgetär wie unter Kostengesichtspunkten) in einer integrierten Perspektive Rechnung getragen. Konkret trennt sich die Stadt etwa von Liegenschaften und Gebäuden (bis hin zum Rückbau), indem alternative Nutzungskonzepte erarbeitet werden, die von Trägern und Vereinen bewirtschaftet werden. Auf diese Weise können mit vergleichsweise geringen Mitteln Räume geschaffen werden, ohne mittel- und langfristig weitere Mittel zu binden. Gleichzeitig wird

³⁶ Vgl. hierzu insbesondere die Ausführungen in Kapitel 4.2 sowie die Auflistungen im Anhang.

versucht Angebote räumlich so zusammenzulegen bzw. anzuordnen, dass sich aus der räumlichen Platzierung auch Synergien ergeben (Sozialkaufhaus und Tafel im gleichen Gebäude). So gelingt es Anforderungen der Niedrigschwelligkeit Rechnung zu tragen und gleichzeitig die ‚Kundenströme‘ zu steuern.

- Darüber hinaus spielen auch die Möglichkeiten *zivilgesellschaftlichen Engagements* und der *Förderung durch Wirtschaftsunternehmen* (Spenden und Sponsoring) eine Rolle. Der Faktor Personalkosten stellt im sozialen Bereich den größten Kostenfaktor dar. Gerade unter dem Aspekt einer projektförmigen Organisation ist die Frage der Beschäftigung von Fachpersonal in der Praxis häufig prekär. Abhilfe wird über die Kooperation mit Trägern erreicht, die auf einen Pool ehrenamtlicher und hauptamtlicher Kräfte zurückgreifen können und so angebotsübergreifend einen Personalmix realisieren können.
- Bei Veranstaltungen kann die Stadt häufig ihren *Standortvorteil* ausnutzen und auf die Unterstützung von Sponsoren zurückgreifen. Größere Einzelspenden kommen in der Regel den angestoßenen Projekten zu Gute. Über die Verwendung wird im zuständigen Dezernat beschlossen. Zum Teil tritt die Stadt aber auch mit eigenen Mitteln als Sponsor auf (z.B. gemeinsames stadtteilweites Seniorenfrühstück)
- Eine zusätzliche Begrenzung für Planungen sind in den Projektstrukturen und Schwerpunktsetzungen selbst zu sehen: Das Miteinander der Generationen stellt insofern eine zukünftige Entwicklungslinie dar, als nach einem Modellprojekt im Stadtteil Steinrausch eine Umsetzung auch in den übrigen Stadtteilen angestrebt wird. Diese erfolgt in Kooperation mit den Kirchen, da diese in den Gemeinden über entsprechende Räumlichkeiten verfügen. So werden einerseits Kosten vermieden. Nichtsdestotrotz werden die Initialinvestitionen in den kommenden Jahren Mittel binden, die dann an anderer Stelle nicht zur Verfügung stehen.
- Die Ideen und Ansätze im Zusammenhang mit der sozialen Infrastruktur sind vielfach auf *veränderte Familienstrukturen* zurückzuführen. Sie suchen im Kern danach die fragiler werdenden familialen Unterstützungsstrukturen im Zuge gesellschaftlicher Veränderungen aufzufangen (Vereinbarkeitsproblematik). Auf die sich in der Folge abzeichnenden Konsequenzen müssen sich die Stadt und der Landkreis perspektivisch einstellen.

Gerade unter dem Aspekt der Ausgestaltung bzw. Veränderung sozialer Infrastrukturen sind die jeweiligen Siedlungs- und Bebauungspläne zu berücksichtigen, die (zunächst) eine objektive rechtliche Begrenzung darstellen können (vgl. Kapitel 4.1).

5.2 (An-)Passung der Strukturen im Sinne der Sozialplanung

Sozialplanung und Controlling können als zwei Steuerungsinstrumente betrachtet werden, um sowohl den Erwartungen einer am Bedarf orientierten Politik wie auch den Anforderungen einer wirtschaftlich arbeitenden Verwaltung Rechnung tragen zu können. Sie sind dazu geeignet, um die Verwaltung bei drei Fragen der Steuerung zu unterstützen:

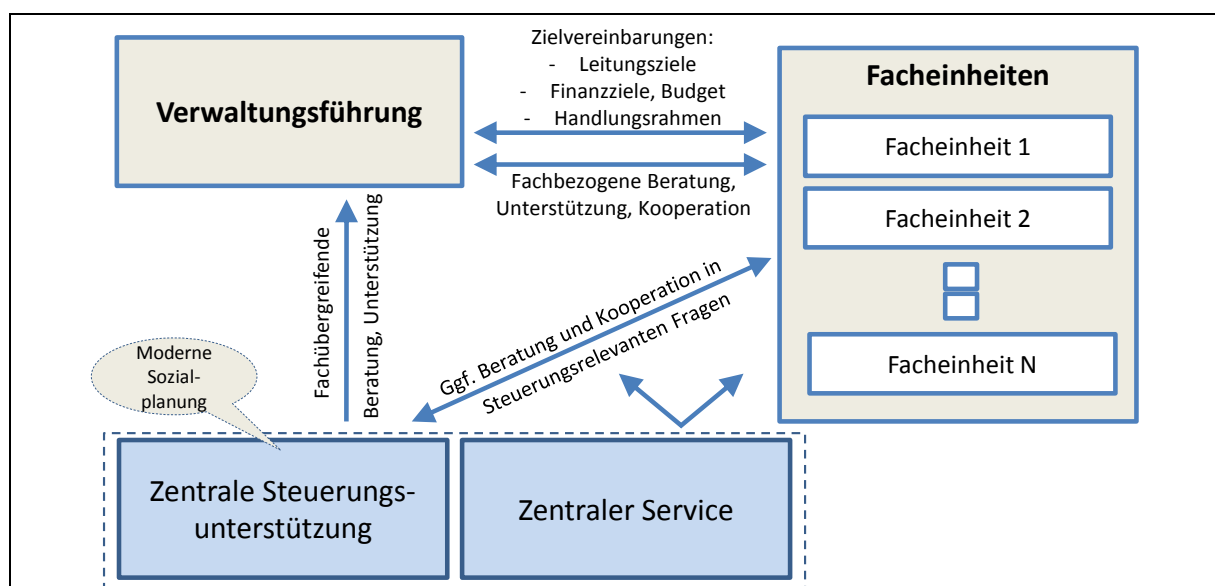
- „Stimmt die Richtung? (normative Ebene)
- Tun wir die richtigen Dinge? (strategische Ebene)
- Tun wir die Dinge richtig? (operative Ebene)“ (Gottschalk/Weins 2005, S. 28)

Nach den Autoren des Handbuchs *Moderne Sozialplanung* (vgl. Reichwein et al. 2011) ist Sozialplanung dabei als Querschnittsaufgabe zu verstehen, die in unterschiedlicher Weise organisatorisch umgesetzt werden kann. Die verschiedenen Fachabteilungen als Leistungserbringer (in Kooperation mit den verschiedenen Trägern sozialer Dienstleistungen) können erhalten bleiben, sollten aber

durch eine zentrale Serviceeinheit unterstützt werden (vgl. Abbildung 18 und Abbildung 19). Diese kann in Kooperation mit den Fachabteilungen bestimmte Dienstleistungen (z.B. die Erstellung von Statistiken) zur Verfügung stellen und eine koordinierende Funktion zwischen den verschiedenen Bereichen übernehmen. Damit wird Sozialplanung zu einem integralen Bestandteil des kommunalen Steuerungssystems und der Fokus der Betrachtung richtet sich auf die folgenden Aspekte (vgl. Reichwein et al. 2011, S. 69):

- *Schnittstellengestaltung und Zusammenarbeit* zwischen den Facheinheiten und der Organisationseinheit Sozialplanung;
- Festlegung einer klaren *Verbindlichkeitskultur* (Rollen und Verantwortlichkeiten);
- *Konstruktiver Umgang mit Abstimmungserfordernisse und potenziellen Konflikten.*

Abbildung 18: Organisationseinheiten in Kommunen und deren Zusammenspiel



Quelle: Reichwein et al. 2011, S. 63.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie gut die Kreisstadt Saarlouis gerüstet ist, um die strukturellen Anforderungen durch die Implementierung des Sozialplanungsgedankens zu bewältigen. Zwar steht Saarlouis noch ganz am Anfang eines längerfristigen Prozesses, dies ist jedoch nicht gleichbedeutend damit, dass keine Grundlagen bestünden auf denen eine systematische Planung aufgebaut werden kann. Insofern werden nachfolgend die wesentlichen Anforderungen mit möglichen Anknüpfungs-, aber auch Problempunkten kontrastiert.

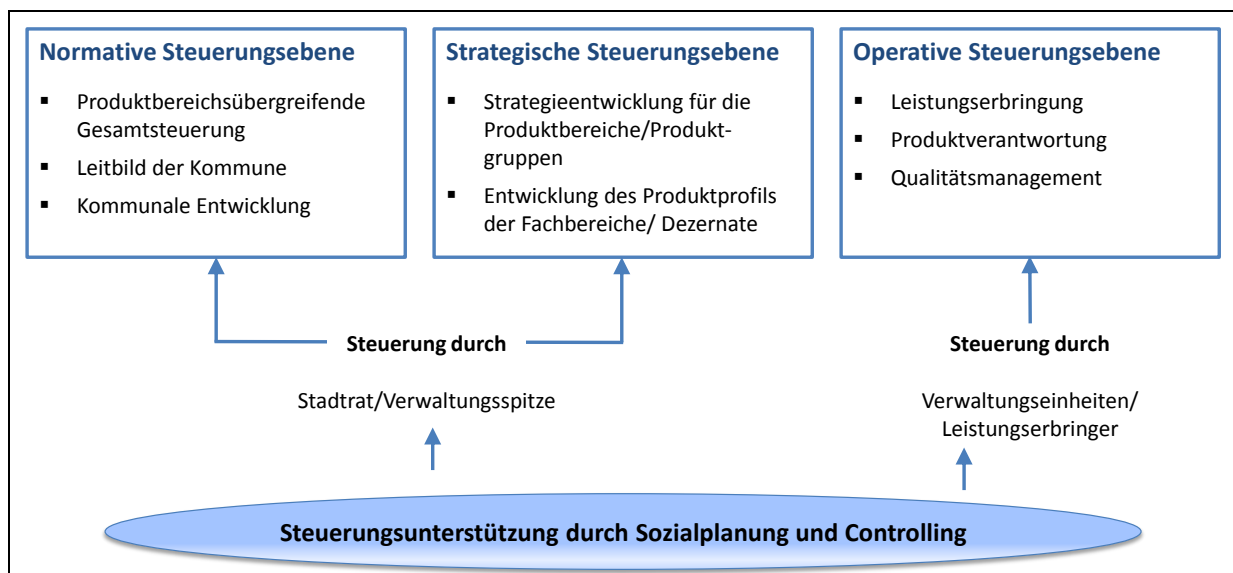
- Als eine wesentliche Grundlage der Sozialplanung ist die *Orientierung an Sozialräumen* zu nennen. Die Definition entsprechender Sozialräume ist für Planungsaufgaben und Steuerungszwecke unerlässlich. Zu unterscheiden sind dabei zwischen sozialphysischem Raum,³⁷ von der Verwaltung administrativ festgelegten Räumen (z.B. Stadtteile, Wahlbezirke) und den individuell von den Bürgern genutzten Räumen (individuelle Lebenswelt, Aktionsräume) (vgl. Reichwein et al. 2011, S. 38ff.). Die bislang vorliegenden Analysen (z.B. in Form des Stadtentwicklungskonzepts) sind primär auf die ersten beiden Raumarten hin orientiert. In der Diskussion wurde als ‚unterste Grenze‘ in der Regel die Ebene der Stadtteile angenommen. Einzubeziehen ist zukünftig stärker auch die tiefer gehende Ebene der Quartiere, die

³⁷ Der sozialphysische Raum bezieht sich auf die natürlichen bzw. vom Menschen gestalteten Umgebungsbedingungen wie Grenzlinien, funktionalen Flächennutzungen, Verkehrswegen etc.

kleinere Raumeinheiten mit einer sehr hohen Interaktionsdichte darstellen, die sich aber nicht unmittelbar aus den administrativen Räumen ableiten lassen. Eine *präzise Definition der Sozialräume* ist unerlässlich. Die Definition ist nur dialogisch und partizipativ zu erreichen und stellt somit eine wichtige Entwicklungsaufgabe dar.³⁸ Die zukünftig in den Blick zu nehmenden Sozialräume und Quartiere sind auch unter der Perspektive der statistischen Datenaufbereitung noch eingehender zu diskutieren.³⁹

- Die kommunale Sozialplanung bringt periodisch wiederkehrende Aufgaben mit sich, die auf der kommunalen *Managementebene* in einem strategischen Steuerungskreislauf auf den Ebenen zu berücksichtigen sind (vgl. Abbildung 19). Momentan erscheinen diese Aufgaben fragmentiert wahrgenommen zu werden. Die vorliegende Studie ist als Analyse der Ausgangssituation im Hinblick auf die Bewältigung dieser Aufgaben zu verstehen. Die konkrete Ausgestaltung der Managementebenen, der Kooperationserfordernisse und der damit verfolgten Ziele sind noch näher zu bestimmen.

Abbildung 19: Steuerungsebenen und Akteure eines kommunalen Managements



Quelle: Gottschalk/Weins 2005, S. 29.

Ein sozialplanerisches Vorgehen ist geprägt von einer *systematischen Herangehensweise*, für die sieben Schritte bzw. Aspekte kennzeichnend sind:

- (1) Im Rahmen einer *Auftragsklärung* sind die zu berücksichtigen Handlungsfelder mit ihren Querschnittsbezügen und den Fachplanungen zu bestimmen, die strategischen Aufgaben zu definieren und die Koordination und Steuerung des Sozialplanungsprozesses zu klären (Reichwein et al. 2011, S. 43). Die zentralen Handlungsfelder wurden im Rahmen des Auftaktworkshops deutlich (Familie, Wohnen, Jugend, Senioren) und werden im Rahmen der hier vorliegenden Bestandsanalyse einbezogen. Für die Koordination und Steuerung werden in Anlehnung an Abbildung 18 Handlungsempfehlungen vorgeschlagen (vgl. Kapitel 6). Insgesamt ist mit dieser Studie und dem begleitenden Prozess ein fruchtbarer Diskurs angestoßen worden, für dessen Verstetigung nunmehr Diffusionsprozesse zu initiieren sind (Kooperation, Transparenz, Information).

³⁸ Hierfür wurden bereits erste Überlegungen im Hinblick auf ein Folgeprojekt angestellt.

³⁹ Vgl. hierzu den Kasten „Methodische Anmerkungen“ in Kapitel 3.2.3.

- (2) Eine *Bestandsaufnahme* soll für eine Klärung der vorhandenen sozialen Infrastruktur im sozialräumlichen Bezug sorgen sowie die Bedarfe, Ressourcen und Potenziale der verschiedenen Bevölkerungsgruppen ermitteln und diese vor dem Hintergrund von Auswirkungen sozialer Wandlungsprozesse (z.B. demographischer Wandel) reflektieren. Auf Grundlage der ausgewerteten Dokumente hat die Stadt hier einige Vorarbeiten aufzuweisen,⁴⁰ die bislang allerdings nur unzureichend genutzt wurden. Der vorliegende Bericht ist in diesem Sinne als Diskussionsgrundlage zu verstehen. Positiv herauszustellen ist, dass die beiden Bereiche Finanzen und Soziales in der Stadt in einem gemeinsamen Dezernat gebündelt sind, was den Empfehlungen des deutschen Vereins für moderne kommunale Steuerung entspricht. Mit Ausnahme der für diese Studie bereitgestellten Mittel sind für sozialplanerische Aspekte bislang jedoch noch keine Ressourcen im Haushalt eingeplant. Für die *Institutionalisierung der Sozialplanung* sind diese zukünftig allerdings zu berücksichtigen.
- (3) Sozialpolitische *Visionen* sind auf kommunaler Ebene nicht immer üblich. In Saarlouis existiert hierzu durchaus eine Vielzahl von Ideen. In vielen Bereichen ist dabei jedoch eher nur eine ‚urwüchsige‘ Struktur zu erkennen. Sie bleiben auch eher so abstrakt, dass nicht unmittelbar klare Zielvorstellungen davon abgeleitet werden können. Empfehlenswert ist daher die Gründung einer ‚*Steuerungsgruppe Sozialplanung*‘ mit Vertretern aus Politik, Verwaltungsleitung, der Stadtentwicklungsplanung (ggf. auch ergänzt durch einen Vertreter der Kreisebene), den verschiedenen Fachplanungen und der kommunalen Statistikstelle (Technikunterstützte Informationserarbeitung). Ihre Aufgabe besteht darin, auf Basis der sozialpolitischen Herausforderungen entsprechende Visionen und Leitbilder zu entwickeln.
- (4) In Bezug auf die eingangs des Kapitels genannten zentralen Fragestellungen der Steuerungsebenen ist die *Zielbildung* zu betrachten, um insgesamt eine strategische Ausrichtung der Sozialplanung zu ermöglichen. Ziele sind so zu benennen, dass sie mit messbaren Indikatoren überprüfbar sind. An dieser Stelle ist für die Stadt eine Entwicklungsaufgabe zu konstatieren. Zielvorstellungen erscheinen aktuell fragmentiert und nicht unmittelbar bewusst präsent, so dass Maßnahmen im Grunde nicht überprüfbar bleiben. Ein *übergreifendes Sozialkonzept* im Sinne einer Sozialplanung befindet sich mit dieser Studie jedoch auch erst im Anfangsstadium und ist weiter zu präzisieren.
- (5) Um die gesteckten Ziele erreichen zu können sind entsprechende Handlungsstrategien zu entwickeln, die über entsprechende *Maßnahmenplanungen* in die Praxis umgesetzt werden. Gegebenenfalls sind hierbei Prioritätensetzungen bei Handlungsfeldern notwendig. Eine *regelmäßige Sozialplanungskonferenz* mit Vertretern der Stadt (ggf. auch des Kreises) und den verschiedenen Trägereinrichtungen als Dienstleistungserbringer kann hier als Reflexions- und Steuerungsgremium fungieren. Zwar existiert ein solches Gremium bislang nicht explizit in dieser Form, Prioritätensetzungen im Hinblick auf eine Handlungsstrategie sind aber aktuell etwa durch das ‚Miteinander der Generationen‘ durchaus erkennbar (Leitprojekte). Auch im Jugendbereich deutet sich eine strategische Vorgehensweise an, die auf Grundlage irritierender Eindrücke (vgl. Kapitel 4.2.2) möglicherweise zu einer Neuausrichtung bzw. Neukonzeptionierung der Jugendarbeit führen könnte.⁴¹
- (6) Angesichts angespannter Haushaltslagen ist es mittlerweile gängige Praxis, Maßnahmen durch *Evaluation und Controlling* zu überprüfen. Im Hinblick auf die unklaren Zielvorstellungen ist auch hierin für Saarlouis eine Entwicklungsaufgabe zu sehen. Dabei geht es weniger

⁴⁰ Zu nennen sind hier insbesondere das Stadtteilentwicklungskonzept.

⁴¹ Der Jugendbereich bietet sich vor diesem Hintergrund an, die Umsetzungsmöglichkeiten einer integrierten Vorgehensweise im Sinne der Sozialplanung einem Praxistest zu unterziehen.

um die konkrete Überprüfung einzelner Maßnahmen als vielmehr um deren gemeinsame Wirkung im Sinne der zu Grunde liegenden Handlungsstrategien. Ziel ist es, die Gesamtsteuerung durch die Sammlung von Angaben zu Leistungen, Wirkungen und Ressourceneinsatz zu unterstützen. Ein Instrument hierzu stellt beispielsweise ein regelmäßiger Sozialbericht dar (vgl. Kapitel 3).

- (7) *Vernetzung und Kommunikation* sind Schlüsselaufgaben kommunaler Governance-Strategien. Als zentral für den Erfolg von Sozialplanung als Querschnittsaufgabe ist insbesondere die regelmäßige Information aller beteiligten Akteure anzusehen (Netzwerk-, Projekt-, Kontraktmanagement). Hier ergeben die verschiedenen Fachplanungen, wie auch teilweise die organisatorische Aufteilung der Fachabteilungen (vgl. Abbildung 17), noch eher ein fragmentiertes Bild. Zum Teil wurde die Verwaltung von Experten als stark politisiert beschrieben. Dies könnte sich unter den Gegebenheiten ausgeprägter Kooperationserfordernisse als problematisch erweisen. Eine *zentrale koordinierende Servicestelle* erscheint an dieser Stelle erfolgversprechend (vgl. Abbildung 18). Ihre Aufgabe bestünde darin, sich im Auftrag der Verwaltungsspitze speziell um das Schnittstellenmanagement zu kümmern.⁴²

Moderne Sozialplanung ist als Prozess zu verstehen, der an seinen Wirkungen orientiert ist. Um hierbei erfolgreich abzuschneiden ist es erforderlich, dass Prozesse der Sozialplanung darauf ausgerichtet sind, am aktuellen Rand und vorausschauend die Lebensverhältnisse und -bedingungen im kommunalen Raum in den Blick zu nehmen und zu *fördern*. Eine *präventive Orientierung* ist dabei elementar. „Die ‚Kunst‘ der Planung liegt nun darin, im integrierten Prozess die Themen Bildung, Chancengleichheit, Wohnen, Bauen, Jugendhilfe, etc. hieran ausgerichtet wahrzunehmen und zusammenzuführen“ (Reichwein et al. 2011, S. 95). Eine vorausschauende Planung ist dabei in Saarlouis in verschiedenen Bereichen durchaus erkennbar. Eine stärkere *strategische Ausrichtung* und *Vernetzung* scheint jedoch erforderlich. Zwar sind zunächst klare Zuständigkeiten erkennbar, es fehlen oftmals allerdings ein fachübergreifender Austausch (Dokumentation) und eine entsprechende übergreifende Kommunikationsstruktur bzw. -kultur sowie insbesondere gemeinsame, abgestimmte Zielvorstellungen und Vorgehensweisen. Darunter leidet nicht zuletzt auch die Transparenz über die insgesamt erbrachten Leistungen und Angebote der Stadt. Eine „geordnete reflexive Koproduktion“ (Lück-Filsinger 2006) der Sozialplanung wird dadurch nachhaltig erschwert. Zusammenfassend scheint die Kreisstadt Saarlouis bereits einige der in diesem Abschnitt genannten Voraussetzungen zur Sozialplanung zumindest ansatzweise aufzuweisen. Sie betritt mit der Einführung von Sozialplanung somit nicht völliges Neuland; dennoch sind bis zu einer systematischen Umsetzung noch einige Schritte und die Überwindung verschiedener Hürden notwendig.

⁴² Denkbar wäre etwa die Einrichtung einer entsprechenden Stabsstelle. In diesem Zusammenhang ist auch die im Organigramm angelegte Zersplitterung zusammenhängender Bereiche kritisch zu hinterfragen.

6 Handlungsempfehlungen zur (Weiter)Entwicklung der Sozialplanung in Saarlouis

Die Bestandsaufnahme der vorangehenden Kapitel dürfte aus Sicht der Stadt möglicherweise zum Teil alt Bekanntes zu Tage gefördert haben. Die Studie kann jedoch Chancen eröffnen, die benannten Problemstellungen aufzugreifen, explizit zu thematisieren und zu bearbeiten. Die Weiterentwicklung der Sozialplanung stellt zweifellos eine Herausforderung dar. Aber die Stadt kann diesbezüglich auf einer guten Basis aufbauen und ihre Entwicklungspotenziale nutzen.

Allgemein ist Sozialplanung als *evolutionärer Prozess* zu begreifen, der nicht von heute auf morgen umzusetzen ist. Eine klare *zeitliche Strukturierung der Umsetzung* ist aber für den Erfolg unabdingbar und erfordert vor allem eine grundlegende Verständigung über die Dimensionierung und Ausgestaltung. Angesichts der vielfältigen erforderlichen Abstimmungsprozesse sind gerade in der Anfangsphase die Findung einer *gemeinsamen strategischen Orientierung* sowie *Vernetzung* als kritische Aspekte und zentrale Herausforderungen anzusehen. Der mit der Studie begonnene Prozess sollte deshalb weitergeführt werden. Ein entsprechendes Angebot mit dem Arbeitstitel „Weiterführung der strategischen Sozialplanung und Sozialraumanalyse“ wurde im Januar 2013 unterbreitet, deren Ergebnis ein *erster integrierter Sozialbericht* sein könnte.

Vor dem Hintergrund der vorgelegten Analyse ergeben im Hinblick auf die (Weiter-)Entwicklung und Implementierung der Sozialplanung mehrere Handlungsempfehlungen, die nachfolgend unter verschiedenen Gesichtspunkten gebündelt dargestellt werden. Dabei wird zwischen *strukturellen Empfehlungen* einerseits und *konzeptionellen Überlegungen* andererseits unterschieden, wobei in Rechnung zu stellen ist, dass sich beide Aspekte wechselseitig bedingen.

6.1 Strukturelle Empfehlungen

Die strukturellen Handlungsempfehlungen beziehen sich in erster Linie auf die Voraussetzungen, die von der Stadt zu schaffen sind, um die Prozesse der Sozialplanung steuern und organisatorisch gestalten zu können (vgl. hierzu insbesondere Kapitel 5). Als grundlegend können in diesem Zusammenhang drei Handlungsfelder angesehen werden: Institutionalisierung der Sozialplanung; Entwicklung einer integrierten Gesamtplanung; Aufbau und Weiterentwicklung eines Indikatoren gestützten Sozialmonitorings.

1. *Institutionalisierung der Sozialplanung*

Sozialplanung ist nicht ohne weiteres möglich. Sie soll weder bestehende Fachplanungen ersetzen, noch zusätzlich zu diesen erfolgen. Auch die Umsetzung einer Sozialberichterstattung (s. Punkt III weiter unten) allein stellt lediglich einen Baustein der Sozialplanung dar. Wenn diese über bloßes Datensammeln hinausgehen soll, ist vielmehr eine integrierte gemeinsame Vorgehensweise erforderlich, die wiederum an strukturelle Voraussetzungen gebunden ist.

Zentral sind hierbei die ressourcentechnische Ausstattung sowie die organisatorische Einbettung in die Gesamtstruktur der Stadt. Wie dies im Einzelnen umzusetzen ist, wird Gegenstand weiterer Diskussionen innerhalb der Stadt mit ihren Fachplanungen sein müssen. Eine feste Vorgabe von außen erscheint an dieser Stelle unangemessen. Die Steuerungsgruppe Sozialausschuss sollte jedoch nach wie vor eine zentrale Rolle spielen. Nur wenn im Sinne der Institutionalisierung feste Strukturen und damit einhergehende regelmäßige Prozesse implementiert werden, kann Sozialplanung ihre Gestal-

tungsmöglichkeiten entfalten. Die wesentlichen zu berücksichtigenden Anforderungen sind in Kapitel 5.2 aufgeführt und in

Tabelle 14 nochmals kurz zusammengefasst.

Tabelle 14: Ziele und Aufgaben zur Institutionalisierung der Sozialplanung

(I) Institutionalisierung der Sozialplanung	
Ziel	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Regelung der Zuständigkeiten ▪ Schaffung einer Verbindlichkeitsstruktur ▪ Organisatorisch/personelle Zuordnung ▪ Schnittstellenmanagement
Aufgaben	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zentrale Steuerungsunterstützung implementieren <i>(zur Kooperation der Facheinheiten)</i> ▪ Zentraler Service einrichten <i>(für gemeinsame, übergreifende Aufgaben wie Datenbündelung und -bereitstellung)</i> ▪ Regelmäßige Sozialplanungskonferenzen (als Regelungskreislauf) ▪ Sicherstellung einer gemeinsamen systematischen Vorgehensweise

II. Entwicklung einer integrierten Gesamtplanung

Sozialplanung ist als ein an ihren Wirkungen orientierter Prozess einerseits sowie als übergreifendes Steuerungsinstrument andererseits zu verstehen. Grundlage hierfür ist eine gemeinsame Verständigung über die angestrebten Zielvorstellungen und darüber, wie die einzelnen Fachbereiche der Verwaltung diese im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Kompetenzen gemeinsam anstreben wollen. Neben den verwaltungsinternen Abteilungen sind hier auch die verschiedenen Träger sowie externe Akteure zu berücksichtigen, damit alle Akteure ihre Arbeit an einer gemeinsamen Vision ausrichten. Zentral ist in diesem Zusammenhang auch die *Einbindung des Kreises* bei der Sozialplanung, da viele sozialplanerische Themenstellungen wie auf Fragen strukturell an der Schnittstelle zwischen Kommune und Kreis angesiedelt sind und der Kreis im Grunde auch die Zuständigkeit der Sozialplanung für sich reklamiert.⁴³

Eine übergreifende Gesamtkonzeption ermöglicht Prioritätensetzungen ohne einzelne Handlungsfelder ganz aus dem Blick zu nehmen. In ihr werden die gemeinsame strategische Orientierung sowie die großen Handlungsstrategien festgelegt, von der aus für kleinere themenspezifischere Planungsgruppen konkrete Ziele kooperativ abgeleitet werden können. Für die einzelnen Handlungsfelder sind fachliche Leitziele, strategische Zielsetzungen und strategische Bedeutung festzulegen sowie konkrete Indikatoren zur Messung von Wirkungen der Maßnahmen ‚outcome‘ zu definieren.⁴⁴

Tabelle 15: Ziele und Aufgaben zur Entwicklung einer integrierten Gesamtplanung

(II) Entwicklung einer integrierten Gesamtplanung	
Ziel	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Schaffung von Transparenz und Abstimmung von Maßnahmen aus verschiedenen Planungsbereichen ▪ Synergiepotenzial nutzen, Kompetenzen ausschöpfen ▪ Vermeidung von Überforderung
Aufgaben	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vision entwickeln und Ziele definieren ▪ (!) Sozialplanung auf Kreisebene anstoßen bzw. Kreis als Partner einbeziehen <i>(Überwindung kommunal eingeschränkter Handlungsspielräume; Kooperation anstreben)</i>

⁴³ Vgl. Zwischenbericht.

⁴⁴ Für konkrete Methoden und Instrument zur Umsetzung vgl. Reichwein et al. 2011, S. 131ff.

	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Themenspezifische Planungskonferenzen ▪ Entwicklung übergreifender Handlungsstrategien ▪ Information und Dokumentation („interne Öffentlichkeitsarbeit“) ▪ Prioritätensetzung ▪ Verbindliche (Kooperations-)Strukturen (Verbindlichkeitskultur)
--	---

III. Aufbau und Weiterentwicklung eines Indikatoren gestützten Sozialmonitorings

Ein Sozialmonitoring zur Beobachtung der Lebensverhältnisse innerhalb der Stadt stellt eine unentbehrliche Grundlage der Sozialplanung dar. In Kapitel 3 wurde hierzu eine erste Diskussionsgrundlage erarbeitet und die aktuell noch bestehenden Restriktionen diesbezüglich diskutiert. Ziele und Aufgaben werden in Tabelle 16 zusammengefasst. Perspektivisch sind die amtlichen Indikatoren durch zusätzliche Daten der Stadt sowie durch qualitative Aspekte zu ergänzen. Für die vorliegende Studie wurden in Teilbereichen erstmals Daten nach Stadtteilen aufbereitet. Dieser Prozess der Datengewinnung sollte konsequent weiter verfolgt und auf alle Planungsbereiche ausgeweitet werden.

Tabelle 16: Ziele und Aufgaben zu Aufbau und Weiterentwicklung eines Indikatoren gestützten Sozialmonitorings

(III) Aufbau und Weiterentwicklung eines Indikatoren gestützten Sozialmonitorings	
Ziel	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Transparente Darstellung von Lebensverhältnissen, Teilhabechancen und sozialräumlichen Veränderungsprozessen über ‚harte‘ Indikatoren ▪ Regelmäßige Fortschreibung
Aufgabe	<ul style="list-style-type: none"> ▪ (!) Sozialräume definieren (z.B. über Straßenzügen) ▪ Orientierung an ‚harten‘ SMART⁴⁵-Indikatoren ▪ (!) Abschluss einer individuellen Datenaufbereitungsvereinbarung mit der BA ▪ Stadt(teil)spezifische zusätzliche Indikatoren prüfen (z.B. Anzahl der Sozialpässe in Relation der Bevölkerung) ▪ Eigenen Datenbestand systematisch nach Stadtteilen (Quartieren?) aufbauen (als Grundlage zur Messbarkeit) ▪ Qualitative Ergänzungen über partizipative Verfahren ▪ Umsetzung/Fortschreibung des vorgeschlagenen Indikatorenkataloges; ▪ (!) kritische Überprüfung vorsehen ▪ Zuständigkeit klären; Zentralen Service einrichten

6.2 Konzeptionelle Überlegungen

Die konzeptionellen Überlegungen reflektieren zum Teil Befunde in den spezifischen Handlungsreichen. Sie stellen insgesamt eine Mischung aus inhaltlichen Erwägungen dar, bezogen auf die verschiedenen Zielgruppen und Handlungsfelder einerseits sowie Vorschlägen im Hinblick auf die Umsetzung der oben genannten strukturellen Empfehlungen andererseits. Zu beachten ist dabei, dass im Rahmen der Studie die konkrete Praxis der Stadt vor dem Hintergrund sozialplanerischer Anforderungen im Mittelpunkt steht. Eine Kritik der grundsätzlichen Konzepte seitens der Stadt wird explizit nicht angestrebt.

Grundsätzlich sollten folgende Punkte übergreifend zunächst handlungsleitend sein:

- *Systematische Vorgehensweise in einem ausgewählten Bereich erproben und Erfahrungen reflektieren:* Im Kern besteht die Empfehlung dieser Studie darin, eine komplexe systematische Vorgehensweise zu implementieren. Die Umsetzung ist als längerfristiger Prozess zu verstehen und voraussichtlich nicht ohne weiteres in allen Bereichen zu realisieren. Insofern erscheint es vielversprechend, in einem oder mehreren Bereichen in Form von Pilotprojekten

⁴⁵ spezifisch, messbar, aktionsorientiert, realistisch, terminiert.

die Möglichkeiten, aber auch die damit unvermeidlich einhergehenden Widrigkeiten zu erproben. Vorstellbar wäre etwa die Jugendarbeit oder der Behindertenbereich.

- *Das als Expertin ihrer selbst:* Die Vorgehensweise im Rahmen der Sozialplanung ist partizipativ angelegt. Dies umfasst strukturell (s. oben) neben den Fachabteilungen der Stadt auch die Träger sowie weitere Akteure und nicht zuletzt auch die Einbeziehung der Bevölkerung selbst. Die Stadt verfügt dabei gerade unter der Stadtteilperspektive über ein erhebliches implizites Wissen, auf das sie zurückgreifen kann. Eine externe Stadtteilanalyse dürfte insofern erheblich aufwendiger sein und möglicherweise weniger praxisaffin.⁴⁶ Externer Sachverstand kann über Beratung durchaus zur Reflexion des Vorgehens dienen, die eigentliche Umsetzung sollte indes möglichst in Eigenregie durchgeführt werden.

I. *Stadtteilebene*

Die Stadtteilperspektive ist in den vorliegenden Ergebnissen bislang nur unzureichend enthalten, ist im Sinne der Sozialplanung aber eine zentrale Strukturebene. Neben den je individuellen Bedarfen sind die einzelnen Stadtteile auch in ihrer Beziehung untereinander sowie in Bezug auf die Gesamtstadt zu betrachten. Konzeptionell können diesbezüglich zwei Handlungsempfehlungen ausgesprochen werden:

- Im Hinblick auf die Erhebung der Stadtteilperspektive stellen *Stadtteilkonferenzen* eine Möglichkeit dar. Sie sind auch als abgestufte Vorgehensweise denkbar bei dem zunächst eine infrastrukturelle Bestandsaufnahme gemeinsam mit den Akteuren vor Ort durchgeführt und in einem zweiten Schritt die Bevölkerung mit einbezogen wird.
- Bei konkreten Lösungsansätzen können möglicherweise die geltenden Bebauungspläne einschränkende Vorgaben enthalten. Um diese Begrenzungen zu überwinden, sollten die *Bebauungspläne unter sozialplanerischer Perspektive kritisch überprüft* werden.

II. *Integration*

Die Verteilung der ausländischen Bevölkerung bzw. der Bevölkerung mit Migrationshintergrund über die Stadtteile weist auf latente Problemlagen (Segregation) hin (vgl. Kapitel 3.2.2). Integration ist somit bei allen Fragestellungen *als Querschnittsaufgabe mitzudenken*, um die Sensibilität für diese Problemlagen zu erhöhen. Konkret sollten alle institutionellen Angebote der Stadt unter dem Aspekt der interkulturellen Öffnung reflektiert werden.

III. *Jugend*

Im Bereich der städtischen Jugendarbeit wurde eine paradoxe Problemlage festgestellt (vgl. Kapitel 4.2.2), in deren Folge die bisherigen fachlichen Leitziele hinterfragt werden. Ganz aktuell sind Ansätze zu beobachten, die darauf abzielen, die Angebote der Jugendarbeit zielgruppenadäquater auszurichten. Diese sich andeutende konzeptionelle Neuorientierung geht jedoch einher mit einer merklichen Verunsicherung der Beteiligten.

- Die *Erprobung des übergreifenden Handlungsansatzes* in diesem Themenbereich erscheint sinnvoll und vielversprechend. Mit einzubinden sind hier insbesondere die Träger der Jugendarbeit sowie die Gruppe der Jugendlichen selbst. Eine mögliche Form könnte eine *Jugendkonferenz* sein, entweder auf Ebene der Gesamtstadt oder auch stadtteilspezifisch.

⁴⁶ Nach den Erfahrungen im Projektverlauf weist Saarlouis ein komplexes Geflecht sozialer Beziehungen zwischen den verschiedenen Akteuren auf, das von außen fast nicht durchschaubar ist. In der Folge Auswahlprozesse schon durch eine strukturelle Überforderung gekennzeichnet sind. Unter dieser Voraussetzung war eine partizipative Erhebung der Stadtteilperspektiven nicht umsetzbar.

- Die Ausgestaltung des institutionellen Angebots der Jugendarbeit ist im Zusammenhang mit Saarlouis als zentralem *Schulstandort* sowie als *regionales Zentrum* zu verhandeln, denn die Zahl der Jugendlichen, die sich täglich in der Stadt aufhalten, übersteigt die der hier tatsächlich Ansässigen. Die Bearbeitung der hieraus resultierenden Gemengelage berührt auch Bereiche, die nicht unmittelbar mit Jugendarbeit verknüpft sind.

IV. *Seniorinnen und Senioren*

In Folge des demographischen Wandels werden Themenstellungen rund um die Zielgruppe der Senioren an Bedeutung gewinnen.

- Mit dem Leitprojekt des ‚*Miteinander der Generationen*‘ hat die Stadt bereits eine grundsätzliche Handlungsstrategie angedacht, die auch bereits praktisch erprobt wird. Im Hinblick auf eine Ausweitung in weiteren Stadtteilen ist darauf zu achten, *konzeptionell* für die je spezifischen Bedarfe und/oder Ideen in den Stadtteilen *offen und flexibel zu bleiben*. Eine enge Kooperation mit Trägern und den Institutionen vor Ort (z.B. Kirchengemeinde, lokales Bündnis) ist anzustreben.
- Bei den Betreuungsmöglichkeiten für Senioren, könnte neben den stationären und ambulanten Einrichtungen zukünftig verstärkt die Beratungs- und Tagespflegestelle des Demenzvereins als Bindeglied zwischen familiärer und institutioneller Pflege genutzt werden. Diese Strukturen werden den in Zukunft steigenden Bedarf an Unterstützung familiärer Pflege nicht in Gänze kompensieren können.

V. *Behinderte*

In Bezug auf die Einbindung von Menschen mit Behinderungen verweist die Stadt Saarlouis selbst auf ein (noch) bestehendes Defizit. Weder liegt eine grundlegende Konzeption vor, noch wird das Querschnittsthema im notwendigen Umfang in allen Handlungsfeldern berücksichtigt. Zudem deutet sich eine Verengung auf körperliche Beeinträchtigungen an (z.B. Barrierefreiheit als rein bauliche Planungsüberlegung speziell für Rollstuhlfahrer). Insofern bietet sich auch dieser Bereich für eine *sozialplanerische Pilotphase* an.

6.3 Fazit

Die Studie „Empirische Grundlagen für die Sozialplanung der Stadt Saarlouis“ hatte eine zweifache Aufgabe: (1) die empirischen Grundlagen für die Entwicklung der Sozialplanung (verfügbare bzw. zu gewinnende Daten) zu prüfen, die Datenlage differenziert aufzubereiten und zu bewerten und Bedarfe zu ermitteln. (2) Die bisherigen Rahmenbedingungen, Strukturen und Prozesse der Sozialplanung zu analysieren und Hinweise auf Entwicklungsbedarfe und Voraussetzungen für die Weiterentwicklung der Sozialplanung auszuarbeiten. Die Erwartungshaltungen der beteiligten bzw. durch Interviews einbezogenen Akteure waren sehr heterogen, was auch im Zusammenhang mit recht unterschiedlichen Vorstellungen zur Sozialplanung zu betrachten ist. Sie reichten von konkreten Hinweisen auf neue Projektideen über die fachliche Bewertung verschiedener Handlungsansätze bis hin zur Schaffung vollständiger Transparenz im Sinne einer Gesamtübersicht aller vorhandenen Maßnahmen, Projekte, Institutionen etc. in Saarlouis. Diesen vielfältigen Erwartungen konnte nur zum Teil entsprochen werden. Der Kern des Auftrags ist jedoch realisiert worden. Die ursprünglich vorgesehene Einbeziehung der Stadtteile (Leitorientierung: Partizipation und sozialräumliche Orientierung) hätte das Vorhaben überfrachtet und wurde einvernehmlich zurückgestellt (siehe Zwischenbericht).

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse der abgeschlossenen Studie erscheint es sinnvoll und perspektivereich in einem weiteren Schritt die gewonnenen Erkenntnisse (Potenziale, Problemstellen, Bedar-

fe) aufzugreifen und ein Konzept für die künftige Sozialplanung der Stadt Saarlouis nicht nur zu entwickeln, sondern auch praktisch umzusetzen. Mit dem vorläufigen Arbeitstitel „Strategische Sozialplanung“ soll verdeutlicht werden, dass die Sozialplanung nicht nur aufklären soll über soziale Lagen in der Stadt und Bedarfe (Sozialberichterstattung), sondern auch Grundlagen für stadtpolitische Entscheidungen bereit zu stellen hat. Die Indikatorenentwicklung, die Verbesserung der Datenlage, die eine Kooperation mit dem Landkreis erfordert, und die Organisation der Sozialplanung in der Stadt [Kooperations-)Strukturen, Prozesse, Methoden) sind dabei zentrale Themen. Im Ergebnis könnte ein *erster integrierter Sozialbericht* vorliegen. In diesem Bericht wird ein erstes Indikatorenset vorgestellt und mit den vorhandenen Daten exemplarisch umgesetzt. Daran kann weitergearbeitet werden; ein weiterer Bedarf an quantitativen und qualitativen Analysen ist deutlich.

Die Erstellung dieses Sozialberichts sollte allerdings nicht extern vergeben, sondern von der Stadt selbst unter externer wissenschaftlicher und fachlicher Begleitung erstellt werden, wobei diese externe Begleitung selbstverständlich neben den Beratungsleistungen auch darüber hinausgehende Leistungen zu übernehmen hat.

Bereits für die jetzt abgeschlossene Studie bestand zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer Konsens darüber, dass die Sozialplanung sozialräumlich und partizipatorisch zu konzeptualisieren ist. Ein erster Schritt in diese Richtung wurde bereits gegangen (siehe die Ergebnisse des Auftaktworkshops). In einem Folgeprojekt bestünde die Möglichkeit, die Stadtteile substantiell und methodisch strukturiert in die Sozialplanung mit einzubeziehen. Für eine sozialräumliche und quartiersbezogene Betrachtung ist eine Festlegung der zu betrachtenden Sozialräume – über die Stadtteilebene als verwaltungstechnische Raumeinteilung hinaus – erforderlich. Diese ist auch im Hinblick auf die indikatoren-gestützte Berichterstattung relevant. Zwischen den Fachressorts ist eine einheitliche Definition anzustreben und umzusetzen.

Im Verlauf der Studie wurde deutlich dass Strukturfragen, die im Zusammenhang mit der Handlungspraxis der Stadt („Projektförmigkeit“) sichtbar wurden, einer genaueren Analyse und einer Bearbeitung bedürfen. Insofern nehmen solche Fragen einen bedeutenden Stellenwert im Bericht und in den Handlungsempfehlungen ein.

Im Interesse einer längerfristig angelegten Sozialplanung sollten die Strukturfragen systematisch und zügig angegangen werden. Das Entwicklungspotenzial der Stadt ist beträchtlich. Sie kann mit ihrer bisherigen (Steuerungs-)Praxis durchaus auf respektable Erfolge verweisen. Sie ist in einigen Bereichen sogar als Modellkommune zu bezeichnen. Eine Weiterentwicklung der Sozialplanung erfordert ohne Zweifel auch Neuorientierungen, die jedoch Erfolg versprechend sind.

Literatur

- Aktionskreis Rollstuhlfahrer (2012): Aktionskreis Rollstuhlfahrer Gehbehinderte und Freunde Saarlouis. Online verfügbar unter: <http://www.aktionskreis-rollstuhlfahrer.de/index.php>, zuletzt geprüft am 18.10.2012.
- Alaze, F./ Renaud, D. (2011): Aktuelle und zukünftige demografische Situation im Landkreis Saarlouis und in den Gemeinden. Online verfügbar unter: http://www.kreis-saar-louis.de/city_info/webaccessibility/index.cfm?region_id=389&waid=210&item_id=844292&oldrecord=57067&oldmodul=5&olddesign=0&oldkeyword=0&oldeps=20&oldaz=all&oldcat=0&fsize=1&contrast=0, zuletzt geprüft am 25.01.2012.
- Alaze, F./Gädicke, A./Renaud, D. (2011): Pflegerische Versorgungsstruktur und zukünftige -bedarfe im Landkreis Saarlouis. Online verfügbar unter: http://www.kreis-saar-louis.de/city_info/webaccessibility/index.cfm?region_id=389&waid=210&item_id=844292&oldrecord=57067&oldmodul=5&olddesign=0&oldkeyword=0&oldeps=20&oldaz=all&oldcat=0&fsize=1&contrast=0, zuletzt geprüft am 25.03.2012.
- AWO (2012): Verbund für Integration und Bildung. Online verfügbar unter: <http://www.awo-saarland.de/index.php?id=521>, zuletzt geprüft am 07.11.2012.
- Baum, D. (Hg.) (2007): Die Stadt in der Sozialen Arbeit. Ein Handbuch für soziale und planende Berufe. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 389-400.
- BMFSFJ (2006): Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. 7. Familienbericht. Online verfügbar unter: <http://www.bmfsfj.de/doku/Publikationen/familienbericht/haupt.html>, zuletzt geprüft am 23.10.2012.
- BMFSFJ (2009): Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. Online verfügbar unter: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/buergerschaftliches-engagement-bericht-wzb-pdf,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>, zuletzt geprüft am 23.10.2012.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2012): Gender Mainstreaming. Link: <http://www.gender-mainstreaming.net/>, zuletzt geprüft am 10.10.2012.
- Dezernat für Finanzen, Familien, Soziales, Schulen und Sport (2012): Fachteam Jugendarbeit am 20.09.2012. Verfügbar unter: Anzufordern bei der Kreisstadt Saarlouis, Dezernat für Soziales.
- DingDeinDorf (2011): Zeugnis für die Gemeinde Saarlouis. Online verfügbar unter: http://www.dingdeindorf.de/content.jsp?kontext=Kontext_83&auswahl=0&publicationlanguage=de&jsessionid=971418DADB95719114026264390B9D70, zuletzt geprüft am 24.10.2012.
- DV - Deutscher Verein für öffentliche und private Vorsorge e.V. (2011a): Eckpunkte für eine integrierte Sozial- und Finanzplanung in Kommunen. (DV 08/11 AF I). Online verfügbar unter

http://www.deutscher-verein.de/05-empfehlungen/empfehlungen_archiv/2010/pdf/DV%2008-11.pdf, zuletzt geprüft am 08.07.2011.

DV - Deutscher Verein für öffentliche und private Vorsorge e.V. (2011b): Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Unterstützung und Betreuung demenziell erkrankter Menschen vor Ort. Online verfügbar unter: http://www.deutscher-verein.de/05-empfehlungen/empfehlungen_archiv/2011/DV%2012-11.pdf, zuletzt geprüft am 29.10.2012.

Enquête-Kommission des Landtags Nordrhein-Westfalen (2005): Situation und Zukunft der Pflege in NRW. Bericht der Enquête-Kommission des Landtags Nordrhein- Westfalen. Düsseldorf: Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen.

Filsinger, D. (2000): Zivilgesellschaftliche Gestaltung: Kontexte, (Test-) Felder und Forschungsaufgaben. In: Elsen, S./Ries, H.A. u. a. (Hg.): Sozialen Wandel gestalten - Lernen für die Zivilgesellschaft. Neuwied/Kriftel: Luchterhand, S. 54-97.

Filsinger, D. (2008): Bedingungen erfolgreicher Integration. Integrationsmonitoring und Evaluation. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Filsinger, D. (2011): Monitoring und Evaluation. In: Kunz, T./Puhl, R. (Hg.): Migration und interkulturelle Soziale Arbeit – eine Einführung. Weinheim/München: Juventa, S. 270-278.

Filsinger, D. (2013): Integrationsberichte als Sozialberichterstattung. Konzepte, Methoden, Reflexionen. In: Willems, H. (Hg.): Konzepte und Methoden der Jugendberichterstattung - wissenschaftliche Herausforderungen und Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (i. E.).

FIRU (2009): Städtebauliches Entwicklungskonzept Stadt Saarlouis. Gesamtstädtisches Konzept. Online verfügbar unter: http://www3.saarlouis.de/dateien/staedtebauliches-entwicklungskonzept_19-11-2009.pdf, zuletzt geprüft am 25.01.2012.

Göpfert-Divivier, W./Schulz, J. (2009): Alltagshilfen erfolgreich aufbauen. Schritt für Schritt in ein neues Geschäftsfeld. 1. Auflage, Hannover: Vincentz.

Heinelt, H. (2004): Governance auf lokaler Ebene. In: Benz, A. (Hrsg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 29-44.

InWIS (2012): Zukunftsdialog demografischer Wandel Saarlouis. Zwischenbericht. Verfügbar nach Anforderung bei der Gemeinnützigen Bau- und Siedlungsgesellschaft GBS Saarlouis.

Kessl, F./Reutlinger, C./Maurer, S./Frey, O. (Hg.) (2005): Handbuch Sozialraum. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Kreisjugendamt Saarlouis (2010): Jugendhilfebericht 2008/2009. Online verfügbar unter: http://www.kreis-saarlouis.de/city_info/webaccessibility/index.cfm?region_id=389&waid=210&item_id=844308&oldre-cord=58977&oldmodul=5&olddesign=0&oldkeyword=0&oldeps=20&oldaz=all&oldcat=0&fsize=1&contrast=0, zuletzt geprüft am Stand: 18.05.2012.

Sozialplanung Saarlouis

Kreisstadt Saarlouis (2012a): Bilanzierung Abteilung Familie und Soziales. Verfügbar nach Anforderung bei der Kreisstadt Saarlouis, Amt für Familien, Soziales, Schulen und Sport.

Kreisstadt Saarlouis (2012b): Menschen mit Behinderung. Online verfügbar unter: <http://www.saarlouis.de/deine-stadt/soziales/menschen-mit-behinderungen/>, zuletzt geprüft am 18.10.2012.

Kreisstadt Saarlouis (2012c): Vorläufige Landkarte/ Bilanzbogen bezüglich Jugendliche im Stadtgebiet von Saarlouis. Verfügbar unter: Anzufordern bei der Kreisstadt Saarlouis, Dezernat für Soziales.

Landkreis Saarlouis (2012): Sozialatlas des Landkreises Saarlouis. Online verfügbar unter: <http://landkreis-saarlouis.sozialatlas.info/>, zuletzt geprüft am 17.05.2012.

Merchel, J. (2010): Sozial- und Jugendhilfeplanung. In: Thole, W.(Hg.): Grundriss soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch. 3. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften , S. 743–758.

MdG (2011): Herbstprogramm „Aktiv älter werden“. Online verfügbar unter: <http://www.miteinander-der-generationen.de/index.php?id=186&Fsize=0>, zuletzt geprüft am 27.10.2012.

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS NRW) (Hg.) (2007): Sozialbericht NRW 2007. Armuts- und Reichtumsbericht. Düsseldorf.

Reichwein, A./ Berg, A./Glaser, D./Junker, A./ Rottler-Nourbakhsch, J./Vogel, S./Trauth-Koschnick, M. (2011): Moderne Sozialplanung. Ein Handbuch für Kommunen, 1. Auflage, Düsseldorf: Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen.

Stockmann, R. (Hg.) (2007): Handbuch zur Evaluation. Münster: Waxmann.

UN-Behindertenrechtskonvention (2011): Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderung. Online verfügbar unter: http://www.behindertenbeauftragter.de/SharedDocs/Publikationen/DE/Broschuere_UNKonvention_KK.pdf?__blob=publicationFile, zuletzt geprüft am 02.11.2012.

VfS (2012): Verein für Sozialpsychiatrie e.V. Online verfügbar unter: http://www.vfs-saarlouis.de/php/index.php?content_id=2130&language_id=1, zuletzt geprüft am 27.10.2012.

Wunderlich, H./Hensen, G. (2010): Familienberichterstattung als Instrument kommunaler Familienpolitik. In: Maykus, St./Schone, R.(Hg.): Handbuch Jugendhilfeplanung. Grundlagen, Anforderungen und Perspektiven. 3. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften , S. 291–307.

Anhang

6.4 Indikatorenset 2011 (Stand Oktober 2012)

Indikatoren		Kernindikatoren									
1	Bevölkerung (zum 31.12.)	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
1.1	Personen insgesamt	38.056	38.198	38.283	38.250	38.189	37.937	37.770	37.328	37.136	36.910
1.2	Frauenanteil	51,8	51,8	51,6	51,5	51,4	51,4	51,3	51,4	51,5	51,4
1.3	Ausländeranteil	10,6	11,0	11,2	11,5	11,6	11,7	11,7	11,2	11,0	11,4
Altersstruktur											
1.4	Anteil Kleinkinder, 0 bis 2 Jahre	2,4	2,4	2,4	2,3	2,3	2,3	2,1	2,1	2,1	2,2
1.4a	<i>Kleinkinder (Ausländeranteil)</i>	6,9	6,5	5,6	5,2	5,5	6,8	7,4	6,2	5,1	4,9
1.5	Anteil Kindergartenkinder, 3 bis 5 Jahre	2,5	2,4	2,5	2,5	2,4	2,3	2,2	2,2	2,2	2,1
1.5a	<i>Kindergartenkinder (Ausländeranteil)</i>	15,6	13,2	10,8	7,5	7,6	6,1	5,0	5,0	5,0	7,7
1.6	Anteil Grundschul Kinder, 6 bis 10 Jahre	4,5	4,5	4,4	4,4	4,4	4,2	4,2	4,1	4,0	3,9
1.6a	<i>Grundschul Kinder (Ausländeranteil)</i>	14,3	14,8	15,2	15,2	13,1	12,6	11,1	8,8	6,3	6,1
1.7	Anteil Kinder, 0 bis 14 Jahre, insgesamt	13,7	13,5	13,3	13,0	12,7	12,5	12,2	11,9	11,9	11,6
1.7a	<i>Kinder insgesamt (Ausländeranteil)</i>	12,0	12,1	11,9	11,4	10,8	10,5	10,2	8,9	7,6	7,7
1.8	Anteil Kinder u. Jugendliche, 0 bis 17 Jahre, insgesamt	17,1	17,0	16,7	16,3	16,0	15,6	15,2	14,8	14,6	14,3
1.8a	<i>Kinder- und Jugendliche (Ausländeranteil)</i>	12,0	12,1	11,7	11,4	11,0	11,0	10,7	9,8	8,4	8,6
1.9	Anteil SeniorInnen, 65 Jahre u. älter	18,9	19,2	19,6	20,3	20,8	21,0	21,2	21,5	21,6	21,6
1.9a	<i>SeniorInnen (Ausländeranteil)</i>	5,0	5,3	5,5	5,5	5,5	5,8	6,0	6,2	6,5	6,8
1.10	Anteil Hochbetagte, 80 Jahre u. älter	5,3	5,2	5,2	5,2	5,3	5,3	5,3	5,4	5,4	5,4
1.10a	<i>Hochbetagte (Ausländeranteil)</i>	4,3	5,1	5,6	5,8	6,2	6,6	7,0	6,8	6,5	6,7
2	Bevölkerungsveränderung	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
2.1	Veränderung der Bev. zum Vorjahr (absolut)		142	85	-33	-61	-252	-167	-442	-192	-226
	Veränderung der Bev. zum Vorjahr (in %)		0,4	0,2	-0,1	-0,2	-0,7	-0,4	-1,2	-0,5	-0,6
2.2	Dekadenveränderung	-1,4	-0,4	-0,1	-0,7	-0,7	-1,7	-1,1	-1,9	-2,7	-3,0
2.3	Zuzüge je 100 Einwohner	5,2	5,4	5,7	5,7	5,2	5,2	5,8	5,3	5,3	-
	Fortzüge je 100 Einwohner	5,4	4,7	5,1	5,4	5,1	5,6	5,9	6,1	5,5	-
	Geburten je 100 Einwohner	0,8	0,8	0,8	0,7	0,5	0,8	0,7	0,7	0,8	-
	Sterbefälle je 100 Einwohner	1,1	1,2	1,2	1,1	1,0	1,1	1,1	1,1	1,0	-

Sozialplanung Saarlouis

	Indikatoren	Kernindikatoren									
3	Haushalte (Kreis Saarlouis) ⁴⁷	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
3.1	Haushalte insgesamt (in 1000)	X					94	94	91	95	94
3.2	Anteil Einpersonenhaushalte						35,4	33,9	34,5	36,8	37,8
3.3	Anteil Haushalte mit Kindern (unter 18 J.)						24,1	22,4	23,6	22,5	21,1
3.4	Anteil Haushalte mit Haushaltsnettoeinkommen unter 900 Euro						15,4	10,4	11,5	10,9	9,8
4	Arbeitsmarktintegration – Existenzsicherung	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
4.1	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insg. (30.6.)	11.813	11.614	11.426	11.300	11.266	11.480	11.704	11.678	11.795	12.002
4.2	SVB in % der Bev. im Alter 15-64 Jahre	39,1	38,4	37,9	37,8	37,9	38,9	39,9	40,4	41,0	41,9
4.3	SVB Frauenanteil	41,5	41,9	41,6	41,7	41,9	41,8	42,3	43,1	43,7	43,5
4.4	SVB Ausländeranteil	6,7	6,4	6,9	7,1	7,3	7,4	7,7	7,7	8,0	8,3
4.5	Arbeitslose insgesamt (Jahresdurchschnitt)	X			2.041	1.943	1.603	1.441	1.490	1.493	1.381
4.6	Arbeitslose in % der Bev. im Alter 18-64 J.				8,4	8,0	6,7	6,0	6,3	6,3	5,8
4.7	dar. Frauen in % der weibl. Bev. im Alter 18-64 J.				7,9	8,2	6,8	6,1	5,9	6,0	5,8
4.8	dar. Ausländer in % der ausl. Bev. im Alter 18-64 J.				9,8	10,0	8,2	7,5	8,2	8,3	7,4
4.9	dar. Jugendliche (u. 25 J.) in % der Bev. im Alter 16-24 J.				6,8	3,7	2,9	2,9	4,1	3,8	3,4
4.10	dar. 55 Jahre u. ä. in % der Bev. Im Alter von 55-64 J.				10,6	11,4	9,4	8,4	8,1	8,5	8,0
4.11	Empfänger von Leistungen nach SGB II insg. (31.12.)	X					3.496	3.303	3.355	3.215	2.868
4.12	Empfänger von Leistungen nach SGB II in % der Bev. im Alter von 0-64 J.						11,7	11,1	11,5	11,0	9,9

⁴⁷ Daten für den Landkreis Saarlouis, Ergebnisse des Mikrozensus.

	Indikatoren	Kernindikatoren									
4.13	Weibl. Empfänger v. Leistungen nach SGB II in % der weibl. Bev. im Alter von 0-64 J.						12,1	11,5	11,7	11,6	10,4
4.14	Ausl. Empfänger von Leistungen nach SGB II in % der ausl. Bev. im Alter von 0-64 J.						17,9	16,6	17,9	17,5	16,1
4.15	0-14 Jährige Empfänger von Leistungen nach SGB II in % der Bev. im Alter von 0-14 J.						19,9	18,7	19,2	19,1	17,6
4.16	Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb) (SGB II) insg.						2.524	2.413	2.471	2.332	2.068
4.17	Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb) (SGB II) in % der Bev. im Alter von 15-64 J.						10,0	9,6	9,9	9,4	8,4
4.18	Anzahl Bedarfsgemeinschaften (31.12.)						1.764	1.707	1.776	1.703	1.537
4.19	Bedarfsgemeinschaften mit Kindern im Alter von 0-14 J.						32,2	30,8	29,2	30,1	29,0
4.20	alleinerziehende Bedarfsgemeinschaften						18,4	18,6	17,2	18,4	18,4
4.21	Empfänger von Grundsicherung (SGB XII, Kap. 4) ab 65 J. insg. (31.12)						296	256	223	243	250
4.22	Empfänger von Grundsicherung (SGB XII, Kap. 4) ab 65 J. insg. in % der Bev. ab 65 J.						3,7	3,2	2,8	3,0	3,1
4.23	Weibl. Empfänger von Grundsicherung (SGB XII, Kap. 4) ab 65 J. in % der weibl. Bev. ab 65 J.						4,3	4,0	3,3	3,6	3,6
4.24	Ausl. Empfänger von Grundsicherung (SGB XII, Kap. 4) ab 65 J. in % der ausl. Bev. ab 65 J.						5,6	4,6	4,2	4,2	3,9
5	Partizipation	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
5.1	Wahlbeteiligung bei der letzten Stadtratswahl			53,9				50,5			

Sozialplanung Saarlouis

	Indikatoren	Kernindikatoren									
6	Erziehung, Bildung, soziale Infrastruktur	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
6.1	(genehmigte) Krippen-/Kitaplätze							1.224	1.137	1.135	1.137
6.2	Versorgungsgrad Krippen-/Kitaplätze							74,2	70,9	70,8	72,7
7	Wohnen	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
7.1	Wohnungsbestand	17.751	17.814	17.882	17.968	18.134	18.147	18.216	18.287	18.292	18.340
7.2	Veränderung des Wohnungsbestandes ggü. dem Vorjahr		63	68	86	166	13	69	71	5	48

Datenquellen: Statistisches Landesamt Saarland; Bundesagentur für Arbeit (Daten-Service Südwest)

6.5 Projekte, Angebote und Informationsmaterialien 2012

Übersicht des aktuellen Stands an Projekten und Angeboten der Kreisstadt Saarlouis (Kreisstadt Saarlouis 2012a)

Einrichtungen in der Kreisstadt

- **Deutsch-Ausländischer Jugendtreff im Kinder-, Jugend- und Familienhaus:**
 - Internetcafé
 - Mädchen- und Jungenarbeit
 - Sporttreff
 - Tanztreff
 - Musiktreff
- **Selbstverwaltetes Jugendzentrum**
- **Kinder- und Jugendtreff Picard in der Freien Kunstschule**
 - Kindertreff
 - Jugendtreff
- **Jugendinitiative Lisdorf**
- **Offener Sporttreff**
 - Sporthalle Picard
 - Sporthalle in den Fliesen
 - Sporthalle Ludwigschule
- **Miteinander der Generationen Steinrausch - Jugendtreff**
 - Gesundheitsprävention
 - Internetcafé
 - Mädchen- und Jungenarbeit (in Planung)
- **Kath. Familienbildungsstätte Saarlouis e.V.**
- **Spiel- und Krabbelkreis Maria Himmelfahrt**
- **Spiel- und Krabbelkreis Feengarten**
- **Freie Kunstschule Saarlouis e.V.**
- **Selbstverwalteter Betriebshof Saarlouis e.V.**
- **Jugendkulturzentrum Saarlouis e.V.**
- **Kinder- und Jugendtreff Picard in der Freien Kunstschule Saarlouis e.V.**
- **Sozialbüro Christkönig des Caritasverbandes für die Region Saar Hochwald**
- **ANLAUFstelle (Schulverweigerung und Straßensozialarbeit)**
- **Beratungszentrum Saarlouis**
- **MOBiL Saarlouis (Jugendberufshilfe)**
- **Möbelprojekt Saarlouis (Recycling und Möbellager)**
- **Fahrrad-Service-Station**
- **‚s Kaufhaus Saarlouis**
- **Frauenbeauftragte des Landkreises Saarlouis (Angebote für Familien und Senioren)**
- **VHS Saarlouis**
- **Streetwork**
 - Freitagsevent
 - Streetwork- Sondereinsätze (Emmes, Familien Aktionstag, Stadtteilstfest)

Maßnahmen / Projekte

- **Präventionseinsatz**
in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt und BOB in der Altstadt
- **Präventionsmaßnahmen**
in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt und dem Kreisjugendamt
- **Deutsch- Französischer- Jugendaustausch**
- **Familienaktionstag**
- **„Aktionstag Demokratie“**
- **Angebote im Rahmen der Ferienprogramme der Kreisstadt Saarlouis**
- **Multifunktionsfeld**
- **Skateboardanlage**
- **Fußballturnier für Jugendliche**
- **Ansprechpartner und Vermittler** bei Anwohnerproblemen
- **Beach-Party** für Mädchen im Hallenbad Saarlouis
- **Dialog der Generationen**
- **Mädchen- und Jungenarbeit** (Berufsbegleitende Fortbildung)

Einzelfallhilfe / Beratung

- **Einzelfallberatung** von Jugendlichen, Familien, Behinderten und Senioren
- **Beantwortung der Anfragen** über den Kummerkasten von Youngweb.de

Lokales Bündnis für Familie Saarlouis

- Leitung und Betreuung des Lokalen Bündnisses für Familie Saarlouis

Fairtrade Saarlouis/Hauptstadt des fairen Handels

- Anlaufstelle in der Verwaltung

Öffentlichkeitsarbeit / Informationsmaterialien

- **Flyer:**
 - Wo geht was ab?
 - Kooperationspartner
 - Wegweiser – Wohnungslosigkeit / Obdachlosigkeit
 - Lokales Bündnis für Familie Saarlouis
 - Jugendinfos Saarlouis
 - Infos des Kinder- und Jugendbüros
 - Kinder- Jugend- und Familienhaus
- Visitenkarte ‚Streetwork‘
- Fragebögen
- Infobroschüren
- Ferienbroschüren
- Familienbroschüre
- YoungWeb
- **T-Shirts:**
 - Youngweb
 - Lokales Bündnis für Familie